

Große Anfrage

der Fraktion der FDP/DVP

und

Antwort

der Landesregierung

**Dienstleistungen als Motor für Innovationen, Beschäftigung
und Wohlstand in Baden-Württemberg**

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

- I. Entwicklungen und Potenziale der Dienstleistungen in Baden-Württemberg
1. Wie hat sich der Wertschöpfungs- und der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor (tertiärer Wirtschaftssektor) insgesamt, differenziert nach den wesentlichen wirtschaftspolitischen Bereichen, seit 1991 im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe (sekundären Wirtschaftssektor) in Baden-Württemberg – dargestellt in 5-Jahresstufen – entwickelt?
2. Welche Entwicklung erwartet die Landesregierung bezüglich der Nachfrage nach Dienstleistungen angesichts des absehbaren Strukturwandels in der Wirtschaft des Landes sowie des demografischen Wandels?
3. Wo liegen nach Einschätzung der Landesregierung die Dienstleistungs-Zukunftsfelder für Baden-Württemberg?
4. Welche Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg misst sie den Querschnittsbranchen oder Querschnittsdienstleistungen insbesondere Tourismuswirtschaft, Handwerk, Logistik, Gesundheitswirtschaft, Informations- und Kommunikationswirtschaft oder Kultur- und Kreativwirtschaft zu?
5. Wie schätzt die Landesregierung die Bedeutung sowie das Potenzial von personal- und beschäftigungsintensiven Dienstleistungen, insbesondere im Umfeld privater Haushalte, im Hinblick auf die Steigerung der Beschäftigungsquote ein?
6. Welche Faktoren und welche Hemmnisse sind für eine markt- und erwerbswirtschaftlich orientierte Nutzung des Beschäftigungspotenzials im Bereich

von personal- und beschäftigungsintensiven Dienstleistungen, insbesondere im Umfeld privater Haushalte, bekannt?

II. Potenziale wissensintensiver Dienstleistungen in Baden-Württemberg

1. Wie sieht die Landesregierung das Land Baden-Württemberg im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen im Vergleich zu anderen Ländern aufgestellt?
2. Welche Bedeutung misst sie den wissensintensiven und unternehmensnahen Dienstleistungen als Innovationstreiber und Wettbewerbsfaktor für die Industrie und die Gesamtwirtschaft bei?
3. Welche Forschungsvorhaben und Projekte werden derzeit gefördert, um den Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen weiterzuentwickeln und welche wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg bearbeiten die Thematik wissensintensiver Dienstleistungen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den Stand des Transfers aus der Wissenschaft heraus in die kleinen und mittleren Unternehmen (auch Freie Berufe) hinein und welche Schlüsse zieht sie hieraus?
5. Wie schätzt sie die Export- und Internationalisierungsmöglichkeiten von Dienstleistungen ein, insbesondere von wissensintensiven Dienstleistungen?

III. Fort- und Weiterbildung als Beispiel einer wissensintensiven Dienstleistung

1. Welche wesentlichen Anbieter der Fort- und Weiterbildung, unterteilt in die Bereiche der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, gibt es in Baden-Württemberg?
2. Welche unterschiedlichen Aufgabenstellungen werden in der beruflichen, in der allgemeinen und in der wissenschaftlichen Fort- und Weiterbildung verfolgt?
3. Wie werden die Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung, unterteilt in die Bereiche der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, finanziert?
4. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Fort- und Weiterbildung, unterteilt in die Bereiche der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, vor dem Hintergrund der Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft und der damit auch verbundenen höheren Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt zu?
5. Durch welche Maßnahmen wird der Bedeutung einer permanenten Fort- und Weiterbildung, unterteilt nach den Bereichen der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, Rechnung getragen?

IV. Strategien, Konzepte und Maßnahmen für eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik des Landes

1. Welchen Strategien und Konzepten folgt die Landesregierung, um die Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich noch besser auszuschöpfen?
2. Welches sind die wichtigsten Handlungsfelder und Maßnahmen der Dienstleistungspolitik des Landes, insbesondere der „Dienstleistungsinitiative Baden-Württemberg“?

3. Welche Strategien und Konzepte sind denkbar, um das Potenzial von personal- und beschäftigungsintensiven Dienstleistungen, zum Beispiel im Umfeld privater Haushalte, besser zu nutzen?
4. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung den Export und die Internationalisierung von Dienstleistungen?

29.09.2009

Dr. Rülke
und Fraktion

Begründung

Dienstleistungen erlangen für das einzelne Unternehmen wie auch für die Gesamtwirtschaft und die Wirtschaftspolitik eine zunehmende strategische Bedeutung. So trägt in Baden-Württemberg die Dienstleistungswirtschaft:

- 60 % zur Wertschöpfung bei,
- stellt ca. 60 % der Ausbildungsplätze und
- zwei Drittel aller Arbeitsplätze
- sowie fast 80 % der Unternehmensgründer.

Ziel der Wirtschafts- und Dienstleistungspolitik des Landes muss es daher weiterhin sein, das Potenzial der Dienstleistungen für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand in Baden-Württemberg zu nutzen. Dabei verspricht die Entwicklung der Dienstleistungen in der gesamten Breite – von den haushaltsbezogenen über die unternehmensnahen und produktbegleitenden bis zu den technologisch hochwertigen und wissensintensiven Dienstleistungen einen großen volkswirtschaftlichen Nutzen. Dieser Nutzen liegt zum einen im innovativen Charakter der wissensintensiven Dienstleistungen und zum anderen auch in der Krisenfestigkeit vor allem von personenorientierten Dienstleistungsbranchen und damit einer Verbreiterung der konjunkturellen Stabilität sowie einer Verstärkung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Positiv auf die weitere Entwicklung der Dienstleistungswirtschaft im Land dürften sich auch wesentliche Zukunftstrends auswirken. So gelten die Digitalisierung als Querschnitts-Technologie und die Internetwirtschaft als nachhaltige Treiber des Strukturwandels, beispielsweise im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft. Darüber hinaus dürfte der demografische Wandel wesentliche Impulse vor allem auf die Betreuungs- und Gesundheitsdienstleistungen (Gesundheitswirtschaft) auslösen. Schließlich gewinnen die wissensintensiven Dienstleistungen Forschung und Entwicklung sowie Fort- und Weiterbildung eine immer größere Bedeutung für die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit auch der mittelständischen Unternehmen.

Zusätzliche Dienstleistungsangebote eröffnen den Unternehmen ein Potenzial zur Differenzierung gegenüber Wettbewerbern. Innovative Dienstleistungen sind daher für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung. Insbesondere in einem dynamischen Umfeld – sei es in sehr wettbewerbsintensiven oder in stark wachsenden Märkten – werden Dienstleistungsunternehmen zu wichtigen Treibern für Technologieinnovationen. Deshalb sind es gerade auch Branchen wie Informationstechnik, Telekommunikation, Logistik, Unternehmensdienstleistungen und Gesundheit, welche die Rolle von „Pioniernachfragern“ übernehmen und somit die (Weiter-)Entwicklung von marktfähigen Technologien nachhaltig forcieren können. Es zeigt sich daher immer deutlicher, dass Technologie- und Dienstleistungsinnovationen keine Einbahnstraßen sind, sondern sich gegenseitig befördern. Die Entwicklung innova-

tiver Dienstleistungsangebote dürfte zukünftig selbst verstärkt zum Auslöser für die Entwicklung neuer Technologien werden. Zudem nehmen wissensintensive Faktoren wie z. B. Design und Marke eines Produktes einen immer höheren Anteil an dem Produktwert und der Wertschöpfung ein und erhöhen die Bereitschaft der Kunden zum Kauf und Bezahlung eines höheren Preises.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 27. Januar 2010 Nr. III-4290.:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Dr. Reinhart

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums

Anlage: Schreiben des Wirtschaftsministeriums

Mit Schreiben vom 21. Januar 2010 Nr. 3-4290.0/23 beantwortet das Wirtschaftsministerium im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP „Dienstleistungen als Motor für Innovationen, Beschäftigung und Wohlstand in Baden-Württemberg“ wurde auf der Grundlage zahlreicher Beiträge von Kammern, Verbänden sowie Forschungs-, Transfer- und Wirtschaftsfördereinrichtungen erstellt. Eine Liste der gehörten Einrichtungen ist als *Anlage 1* angeschlossen.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Entwicklungen und Potenziale der Dienstleistungen in Baden-Württemberg

1. Wie hat sich der Wertschöpfungs- und der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor (tertiärer Wirtschaftssektor) insgesamt, differenziert nach den wesentlichen wirtschaftspolitischen Bereichen, seit 1991 im Vergleich zum Produzierenden Gewerbe (sekundärer Wirtschaftssektor) in Baden-Württemberg – dargestellt in 5-Jahresstufen – entwickelt?

Zu 1.:

Auch in Baden-Württemberg ist der Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors weiter vorangeschritten. Inzwischen werden 60% der gesamten *Bruttowertschöpfung* vom Dienstleistungssektor erbracht, Anfang der 90er-Jahre waren es gut 54%. Im Jahr 2008 trug der Dienstleistungssektor 196 Mrd. Euro zur gesamten Wertschöpfung des Landes (327 Mrd. Euro) bei. Dagegen hat sich der Anteil des Produzierenden Gewerbes (einschl. Baugewerbe) von 1991 bis 2008 von rund 45% auf 39% verringert. (Die Abgrenzungen der Wirtschaftssektoren und der Dienstleistungsbranchen, insbesondere der Branche unternehmensnahe Dienstleistungen sind in *Anlage 2* erläutert).

Der in langfristiger Sicht deutliche Anteilsgewinn der Dienstleistungen ist vor allem auf die dynamische Entwicklung der Unternehmensdienstleister und des Gesundheitswesens zurückzuführen. Weitgehend stabil blieben die Wertschöpfungsanteile im Handel, Gastgewerbe, im Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Wirtschaftsbereich Erziehung und Unterricht. Eine nur sehr geringe Bedeutung für die Gesamtwirtschaft hat der Wirtschaftsbereich private Haushalte mit Hauspersonal. Sein Wertschöpfungsanteil lag 2008 nur bei 0,3%, wobei auch die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sehr eng gefasste Definition der Wirtschaftsleistung dieses Sektors zu berücksichtigen ist.

Im Durchschnitt der Bundesländer belief sich der *Wertschöpfungsanteil* des Dienstleistungssektors 2008 auf 69%, wobei sich Hessen als ausgewiesener Standort von Banken, Versicherungen und Unternehmensdienstleistern unter den hier untersuchten Flächenländern mit einem Spitzenwert von gut 75% abhebt. Auch in Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind die Dienstleistungsanteile deutlich höher als in Baden-Württemberg. Dafür hat Baden-Württemberg bundesweit den höchsten Anteil im Verarbeitenden Gewerbe (2008: fast 33%), der vor allem auf dem hohen Anteil der Investitionsgüterindustrie und der Exportorientierung der baden-württembergischen Industrieunternehmen beruht (*Anlage 3 und 4: Bruttowertschöpfung nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Schaubilder zur Wirtschaftsstruktur Baden-Württemberg 1991 bis 2008*).

Bei der *Erwerbstätigkeit* führte der Strukturwandel in Baden-Württemberg dazu, dass der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor im Zeitraum 1991 bis 2008 von 54% auf rund 66% angestiegen ist. Inzwischen sind von den insgesamt 5,6 Mio. Erwerbstätigen 3,7 Mio. im Dienstleistungssektor beschäftigt. Auch bei

der Erwerbstätigkeit sind die Anteilsgewinne vor allem den Unternehmensdienstleistern und dem Gesundheitswesen zu verdanken. Im Gegenzug ist der Anteil des Produzierenden Gewerbes um 10 Prozentpunkte auf fast 33 % gefallen. Im Verarbeitenden Gewerbe (Industrie) waren im Jahresdurchschnitt 2008 nur noch knapp 27 % der Erwerbstätigen beschäftigt (1991: 35 %). Dennoch stellt Baden-Württemberg bundesweit den höchsten Beschäftigungsanteil im Verarbeitenden Gewerbe. In Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen lag dieser Industrieanteil zwischen 17 % und 23 %. Der Bundesdurchschnitt belief sich auf 19 % (*Anlage 5 und 6: Erwerbstätige nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Schaubild zur Beschäftigungsstruktur Baden-Württemberg 1991 bis 2008*).

Im Grundsatz liefern die Analysen des Statistischen Landesamtes zur Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigenzahlen jeweils denselben Befund zum Strukturwandel. Allerdings weisen die Erwerbstätigenzahlen auf einen intensiveren Tertiärisierungsprozess hin. Dass der Beschäftigungsanteil in der Industrie stärker als der Wertschöpfungsanteil gefallen ist, dürfte vor allem durch den enormen Produktivitätsfortschritt und die Rationalisierungsanstrengungen zu erklären sein. Spiegelbildlich dazu konnte der Anteil der im Dienstleistungssektor weit überdurchschnittlich zugenommenen Erwerbstätigenzahl stärker zulegen als dessen Wertschöpfungsanteil. Das hohe Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor dürfte zu einem nicht unerheblichen Teil auch auf die gerade in den Dienstleistungen expandierende Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen sein.

Die vorgenannten Kennziffern stellen allerdings allein auf die sektorale Betrachtung und damit auf den *sektoralen Strukturwandel* ab. Eine solche Sichtweise verdeckt jedoch wesentliche Aspekte der Arbeitsteilung. Insbesondere die auf Hightech-Branchen und Spitzentechnologie ausgerichtete Industrie in Baden-Württemberg erbringt in den Bereichen Logistik, Kommunikation, Verwaltung, Beratung, Service, Planung, Forschung und Entwicklung in beachtlichem Umfang selbst Dienstleistungen. Zusätzlich dürfte das für die wirtschaftssystematische Abgrenzung von Betrieben und Unternehmen maßgebende Schwerpunktprinzip den Dienstleistungsanteil unterschätzen.

Um ein umfassendes Bild über die wirtschaftliche Bedeutung der Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft zu bekommen, muss man daher die Erwerbstätigen mit Dienstleistungsfunktionen im Produzierenden Sektor und im Dienstleistungssektor zusammen betrachten. In dieser funktionalen Sichtweise üben mittlerweile nach den Berechnungen der Prognos AG im Rahmen der Studie im Auftrag des Wirtschaftsministeriums vom April 2009 „Qualifizierungsbedarf 2015 und 2030 in Baden-Württemberg“ rund 76 % der Beschäftigten im Land eine Dienstleistungstätigkeit aus. Mit produktionsnahen Tätigkeiten (Fertigen, Be- und Verarbeiten, Maschinen einrichten, Reparieren, Renovieren sowie Anbauen, Züchten und Hegen) waren 24 % der Beschäftigten befasst. Die Prognos AG erwartet, dass dieser *funktionale Strukturwandel* die Tätigkeitsstruktur der Gesamtwirtschaft des Landes weiter zugunsten der Dienstleistungstätigkeiten verändert und dass bis zum Jahr 2030 rund 80 % der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft Baden-Württembergs einen Arbeitsplatz mit überwiegend Dienstleistungstätigkeiten haben. Vor allem die wissensbasierten Tätigkeiten (Messen, Prüfen, Erproben, Forschen, Entwickeln, Werbung, Marketing, Erziehen, Ausbilden, Lehren, Beraten, Informieren sowie Künstlerisch und Journalistisch tätig sein) werden zunehmen. Laut der Prognos AG hat Baden-Württemberg bereits heute Deutschland auf dem Weg in die Wissensgesellschaft überholt und schreitet im Strukturwandel überdurchschnittlich schnell voran.

2. *Welche Entwicklung erwartet die Landesregierung bezüglich der Nachfrage nach Dienstleistungen angesichts des absehbaren Strukturwandels in der Wirtschaft des Landes sowie des demografischen Wandels?*
3. *Wo liegen nach Einschätzung der Landesregierung die Dienstleistungs-Zukunftsfelder für Baden-Württemberg?*

Zu 2. und 3.:

Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels und des demografischen Wandels haben einen erheblichen Einfluss auf die Nachfrage nach Dienstleistun-

gen und damit auf die Dienstleistungs-Zukunftsfelder. Die Fragen Ziffer 2. und 3. werden daher zusammen beantwortet.

Die Landesregierung erwartet, dass sich der *wirtschaftliche Strukturwandel* sektorübergreifend und innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren auch in Baden-Württemberg weiter fortsetzt. Der wirtschaftliche Strukturwandel ist durch die Trends Globalisierung, Wissensintensivierung, Digitalisierung, Mobilisierung und Flexibilisierung der Produktionsstrukturen gekennzeichnet. Vorangetrieben wird der Strukturwandel durch den internationalen Wettbewerb. Von zentraler Bedeutung für den Strukturwandel sind die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien.

Gleichzeitig wird es aus Gründen des Klimaschutzes unabdingbar sein, den wirtschaftlichen Strukturwandel so auszugestalten, dass ökonomisches Wachstum stärker in nachhaltiges Wachstum umgewandelt und mit einer Entkopplung vom Ressourcenverbrauch, insbesondere fossilen Brennstoffen, verbunden wird.

Für die äußerste Entwicklungslinie des sektoralen Strukturwandels dürfte die Schätzung der Prognos AG in der Studie „Qualifizierungsbedarf 2015 und 2030 in Baden-Württemberg“ einen Anhaltspunkt geben. Danach würde die Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes bis zum Jahr 2030 um jahresdurchschnittlich 1,5% zunehmen und damit hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum (1,7%) zurückbleiben. Mit dieser Entwicklung ginge nach Prognos ein weiterer Anteilsverlust des Produzierenden Gewerbes gemessen an der Bruttowertschöpfung von 38% im Jahr 2007 auf 33% im Jahr 2030 einher. Wachstumsimpulse gehen nach der Prognos AG demgegenüber von den Dienstleistungen aus. Diese würden langfristig mit jahresdurchschnittlich 2% stärker wachsen als die Gesamtwirtschaft. In der Folge würden im Jahr 2030 zwei Drittel der gesamten Wertschöpfung im Dienstleistungssektor erwirtschaftet.

Nach der Einschätzung der Prognos AG werden daher Beschäftigungswirkungen vor allem von den Dienstleistungsbranchen, insbesondere von den Dienstleistungen für Unternehmen, ausgehen.

Das wichtigste Charakteristikum des *demografischen Wandels* in Baden-Württemberg und Deutschland ist die Alterung der Bevölkerung. Die Zahl der 60-Jährigen und älteren nimmt nach der neuesten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes bis 2060 um über ein Drittel zu und wird sich dann voraussichtlich auf 3,5 Mio. Personen belaufen. Noch wesentlich stärker wächst die Zahl der Hochbetagten, also der 85-Jährigen und älteren. Ihre Zahl wird sich gemäß der Vorausrechnung verdreifachen und 2060 rund 740.000 betragen. Der Rückgang der Gesamtzahl der Bevölkerung (-15% bis 2060) dürfte demgegenüber zumindest mittelfristig von geringerer Bedeutung für die Dienstleistungsnachfrage sein. Zumal dem leichten Rückgang der Bevölkerungszahl bis 2020 (-1%) eine deutliche Zunahme bei der Zahl der Haushalte gegenüber steht (+7% im Zeitraum von 2006 bis 2020).

Nach Einschätzung der Landesregierung sind die *zentralen Dienstleistungsbereiche*, bei denen von einem steigenden Bedarf und tendenziell steigender Nachfrage ausgegangen werden kann, die *unternehmensnahen Dienstleistungen*, die *Gesundheitswirtschaft einschließlich Pflege sowie die Bildung, insbesondere die Fort- und Weiterbildung und die Kinderbetreuung*. Während sich die Wachstumspotenziale an Gesundheitsdienstleistungen aus der demografischen Entwicklung direkt ergeben, ist bei der Bildung und bei den Unternehmensdienstleistungen vor allem der wirtschaftliche Strukturwandel, insbesondere die Veränderung der Produktionsstrukturen und der internationalen Arbeitsteilung und demzufolge der Wandel zur Wissenswirtschaft für eine steigende Nachfrage maßgeblich.

Die Dienstleistungspolitik des Landes hat schon bislang das Ziel, das Potenzial der Dienstleistungen für Innovation, Wachstum und Beschäftigung und damit Wertschöpfung und Wohlstand stärker zu nutzen. Die Entwicklung der Dienstleistungen in der gesamten Breite – von den haushaltsbezogenen bis zu den technologisch hochwertigen und wissensintensiven Dienstleistungen – verspricht einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen. Dieser Nutzen liegt zum einen im innovativen Charakter der wissensintensiven Dienstleistungen und zum anderen – gerade unter dem Eindruck der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung – auch in

einer Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis und damit einer Verstärkung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Insgesamt liegen daher nach Einschätzung der Landesregierung die Dienstleistungs-Zukunftsfelder in folgenden Bereichen mit hohen Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen:

- Unternehmensnahe Dienstleistungen, insbesondere technische und IKT-Dienstleistungen sowie produktbegleitende Dienstleistungen, z. B. gesamtes Service-Spektrum wie Aufbau, Wartung und Nachrüsten von Maschinen sowie CRM (Customer Relationship Management), E-Business, E-Learning,
- Logistik und Mobilitätsdienstleistungen,
- Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft, insbesondere Software/Games, Architektur und Design,
- Gesundheitswirtschaft (Gesundheitsdienstleistungen einschl. Pflege),
- Bildung, insbesondere Fort- und Weiterbildung, sowie Kinderbetreuung,
- Planungs- und Entwicklungsdienstleistungen sowie Beratungs- und Informationsdienste im Zukunftsfeld „nachhaltiges Wirtschaften“, z. B. im Bereich der Energieeffizienz und des barrierefreien Bauens,
- Tourismus-, Freizeitwirtschaft und Sport,
- grundsätzliches Wachstumspotenzial bei haushaltsnahen Dienstleistungen.

Für die zentralen Dienstleistungsbranchen werden folgende Entwicklungen erwartet:

Die Branche *Unternehmensnahe Dienstleistungen* dürfte – wie bereits in der Vergangenheit – vom Trend zur Flexibilisierung der Produktionsstrukturen profitieren. Dabei geht es vor allem um eine noch stärkere Differenzierung der Produkte und um eine noch bessere Abstimmung zwischen allen Beteiligten am Produktionsprozess. Von zentraler Bedeutung für die Flexibilisierung der Produktionsstrukturen und die verstärkte Integration von Zulieferern und Kunden sind die Informations- und Kommunikationstechnologien. Die stetig steigende Komplexität dieser Technologien dürfte dazu führen, dass sich das Outsourcen von Informationsdienstleistungen fortsetzt. Da sich zudem die Anwendungsfelder der Informations- und Kommunikationstechnik auch in der Zukunft noch erheblich ausweiten dürften (bspw. im Bereich der Gesundheitsversorgung und im Verkehrsbereich), wird die Nachfrage nach IT-Dienstleistungen eine hohe Dynamik entfalten. Bei standardisierten IT-Dienstleistungen, wie beispielsweise Software, bei denen sich Leistungserstellung und Leistungsverbrauch räumlich trennen lassen, dürften aber auch ausländische Anbieter von dieser Entwicklung profitieren.

Bei den Forschungsdienstleistungen dürfte mittel- und langfristig ebenfalls eine hohe Nachfrage vorhanden sein. Klar ist, dass Innovationen immer wichtiger werden und damit auch die Bedeutung von Forschung und Entwicklung zunimmt. Da sich die Industrieunternehmen darüber hinaus noch stärker als in der Vergangenheit auf ihre Kernfunktionen beschränken werden, also Markenpflege und das Management der komplexen Produktionsstrukturen betreiben werden, spricht vieles dafür, dass Forschungsdienstleistungen in der Zukunft verstärkt extern nachgefragt werden.

In der *Gesundheitswirtschaft* wird der Bedarf an Gesundheitsleistungen stark vom medizinisch-technischen Fortschritt beeinflusst. Ein Beispiel sind neue Therapien für vorher nicht therapierbare Krankheiten. In der Vergangenheit hat der medizinisch-technische Fortschritt erheblich zum Nachfragewachstum beigetragen. In der Zukunft könnten allerdings die effizienzsteigernden Effekte des medizinisch-technischen Fortschritts vermehrt an Bedeutung gewinnen. Dies würde zwar nichts am Behandlungsbedarf ändern, der notwendige Leistungsumfang dürfte dann aber gleichwohl sinken: Wo früher beispielsweise ein Krankenhausaufenthalt notwendig war, könnte in Zukunft eine ambulante Behandlung genügen.

Kurz- und mittelfristig wird im Gesundheitsbereich die Nachfrage durch die ungelöste Finanzierungsproblematik gedämpft. Von der Höhe der Eigenbeteiligung

wird die Bereitschaft der Haushalte abhängen, weitere Mittel für ergänzende Gesundheitsdienstleistungen, etwa im Wellnessbereich oder im Gesundheitstourismus, auszugeben.

Die starke Zunahme der Zahl der Hochbetagten wird den Bedarf an Pflegedienstleistungen erheblich steigen lassen. Geht man davon aus, dass die Pflegehäufigkeiten konstant bleiben werden und die familiäre Pflege genauso verfügbar sein wird wie heute, würde sich die Zahl der stationär Pflegebedürftigen nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes bis 2030 um rund 50.000 Personen gegenüber 2005 auf etwa 129.000 erhöhen. Die Zahl der durch ambulante Pflegedienste zu Versorgenden würde sogar um zwei Drittel auf ca. 77.000 steigen. Darin wird insbesondere der Wunsch deutlich, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld zu verbleiben.

Eine aktuelle Studie des BDWi-Mitgliedsverbandes Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienst (bpa) geht von bundesweit einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze in der Altenpflege aus.

Nicht nur die Nachfrage nach ambulanten Pflegediensten wird wachsen, sondern auch die Nachfrage nach technischen Hilfsdiensten und Hilfsmitteln für ältere Menschen und weiteren, die Lebensführung erleichternden Diensten. Beispiele sind Instandhaltungs- und Reinigungsdienstleistungen oder das Erledigen von Einkäufen und Behördengängen. Voraussetzung ist allerdings, dass eine entsprechende Zahlungsbereitschaft der Nachfrager vorhanden ist und ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Ein weiteres Feld liegt im Bereich des *nachhaltigen Wirtschaftens*. Nachhaltiges Wirtschaften umfasst alle Bereiche der Nachhaltigkeit, vor allem die soziale Verantwortung des Unternehmens gegenüber den Mitarbeitern, den Geschäftspartnern und den Kunden, die Verstärkung nachhaltigen Handelns durch Information und Bildung sowie die klassische Nachhaltigkeitskomponente, die Ökologie. In diesem Bereich wird mit der fortschreitenden Verknappung fossiler Ressourcen wie Erdöl, Erdgas sowie Kohle und den großen Herausforderungen des Klimaschutzes die Bedeutung von nachhaltigem Wirtschaften zunehmen. Wie in allen Industriezweigen erfolgt dabei die Hauptwertschöpfung durch die Produktion und den Verkauf von Technologien. Allerdings zeigen neuere Studien, dass insbesondere bei den Erneuerbaren Energien der Dienstleistungsanteil bei der Wertschöpfung als auch bei den Erwerbstätigen bei rund einem Drittel liegt. Insbesondere bei den Teilsegmenten Photovoltaik und Solarthermie liegt der Dienstleistungsanteil bei den Erwerbstätigen bei über 50 %. Dies liegt u. a. an der Vielzahl von Handwerksbetrieben in diesem Bereich. Hinzu kommen bei den meisten Technologiebereichen des nachhaltigen Wirtschaftens eine Reihe von produkt- und anlagenbegleitenden Dienstleistungen in Form von Standortgutachten, Verträglichkeitsprüfungen, Planungs- und Entwicklungsdienstleistungen. Auch in Baden-Württemberg sind nach den Zahlen der amtlichen Statistik von den rund 15.500 Beschäftigten in den Umweltschutzbetrieben rd. 22 % dem Dienstleistungsbereich zuzurechnen.

Im Bereich der *Bildung und auch der Kinderbetreuung* dürfte es mittelfristig zu einem weiter steigenden Mitteleinsatz und damit einer steigenden Nachfrage nach Bildungs- und Betreuungsleistungen kommen. Allerdings dürften öffentlich getragene Einrichtungen auf absehbare Zeit dominierende Leistungsanbieter im Bildungsbereich, insbesondere bei den Schulen und Hochschulen, bleiben. Bildungs- und Betreuungsangebote privater Dienstleistungsunternehmen werden jedoch weiter an Bedeutung gewinnen.

Insbesondere bei der frühkindlichen Betreuung und im Vorschulbereich, wo staatliche Angebote noch nicht im erwünschten Umfang bestehen, dürften auch private Dienstleister von der steigenden Nachfrage profitieren. Zwar nimmt die Zahl der Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren gemäß der Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes bis 2060 um rund 30 % ab. Insbesondere der Wunsch der Familien nach einer optimalen Förderung der Kinder als auch nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfte zu einer steigenden Nachfrage führen. Soweit die Kommunen ihr Betreuungsangebot nicht ausweiten, dürften sich auch in diesem Bereich Marktchancen für private Anbieter eröffnen.

Die *Fort- und Weiterbildung*, insbesondere das berufsbegleitende Lernen, ist der zweite Bildungsbereich, bei dem es in der Zukunft zu einer erheblichen Ausweitung der Nachfrage kommen dürfte und in dem für private Bildungsdienstleister beträchtliche Marktchancen bestehen. Schon heute existiert ein Markt für Weiterbildungsleistungen, in dem Unternehmen Bildungsleistungen für ihre Beschäftigten einkaufen. Die Themen „Weiterbildung“ und „lebenslanges Lernen“ bekommen im Hinblick auf den erwarteten wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel sowie die demografische Entwicklung und fehlende Fachkräfte eine hohe wirtschaftspolitische Bedeutung.

4. *Welche Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg misst sie den Querschnittsbranchen oder Querschnittsdienstleistungen, insbesondere Tourismuswirtschaft, Handwerk, Logistik, Gesundheitswirtschaft, Informations- und Kommunikationswirtschaft oder Kultur- und Kreativwirtschaft zu?*

Zu 4.:

Die Landesregierung misst insbesondere folgenden Querschnittsbranchen und Querschnittsdienstleistungen für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg eine erhebliche Bedeutung bei:

- Tourismuswirtschaft

Dem Tourismus kommt in Baden-Württemberg eine erhebliche wirtschafts-, arbeitsmarkt- und strukturpolitische Bedeutung zu. Er bietet eine Vielzahl von an den Standort gebundenen Arbeitsplätzen, insbesondere auch für Frauen. Insgesamt sichert die Tourismuswirtschaft rund 280.000 Arbeitsplätze im Land. Der Anteil der tourismusabhängig Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg liegt bei rund 5,1 % (Jahr 2007). Übernachtungsgäste und Tagesausflügler tätigten allein im Jahr 2007 direkte Ausgaben in Höhe von rund 13,6 Mrd. Euro. Die Wertschöpfung aus dem Nettogesamtumsatz (Nettoprimärumsatz + Nettosekundärumsatz) des Tourismus von 22,4 Mrd. Euro liegt bei 7,5 Mrd. Euro. Der Beitrag des Tourismus zum Volkseinkommen in Baden-Württemberg liegt damit bei 2,8 %. Mit rund der Hälfte aller statistisch erfassten Gästeübernachtungen ist der ländliche Raum ein Schwerpunktort des Tourismus. Hier und insbesondere in den überwiegend ländlich geprägten Heilbädern und Kurorten kommt dem Tourismus eine wichtige regional- und strukturpolitische Aufgabe zu. Er bringt kaufkräftige Nachfrage in strukturschwache Regionen und führt zu einer Stärkung der dortigen Wirtschaftskraft. Aber auch in den Städten kommt dem Tourismus eine wachsende wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund des Strukturwandels und des Beschäftigungsabbaus im Verarbeitenden Gewerbe bietet nicht zuletzt der Tourismus als Teil der Dienstleistungswirtschaft potenzielle Wachstumschancen. Dies gilt nicht nur für das Gastgewerbe, sondern auch für andere Dienstleistungsbereiche, insbesondere auch für den Einzelhandel. Touristen sind einerseits wichtige Kunden des Einzelhandels, andererseits haben attraktive Einzelhandelsgeschäfte Magnetfunktion für den Besuch einer Stadt oder Region. Einkaufen ist nach Einschätzung des Einzelhandelsverbandes Baden-Württemberg für viele Menschen zu einer Freizeitbeschäftigung geworden, die keineswegs nur in der Nähe des eigenen Wohnortes wahrgenommen wird. Bei vielen Tagesausflügen, Urlaubs- oder Geschäftsreisen ist heute „Shopping“ ein wichtiges Motiv.

- Handwerk

Das Handwerk ist ein wichtiger Dienstleister im Bereich der personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen, aber auch als Zulieferer für die Industrie und hat eine herausragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Im Jahr 2008 hat das baden-württembergische Handwerk mit knapp 130.000 Betrieben und fast 750.000 Beschäftigten einen Umsatz von rund 70 Mrd. Euro erzielt. Zudem bildet das Handwerk rund 60.000 junge Menschen aus. Im gewerblich-technischen Bereich bildet das Handwerk jeden zweiten Lehrling aus. Das Handwerk hat eine hohe Bedeutung für Innovation, Ausbildung und Beschäfti-

gung sowie die Wirtschaftsentwicklung des Landes. Das Handwerk hat Wachstumschancen mit innovativen Dienstleistungen insbesondere im Bereich erneuerbare Energien und der Energieeffizienz sowie angesichts einer zunehmend älteren Bevölkerung mit neuen und individuell zugeschnittenen Dienstleistungen für eine wohnortnahe Versorgung der Haushalte und des barrierearmen Bauens.

- Logistik

Logistische Dienstleistungen stellen für das Verarbeitende Gewerbe, aber auch für den Handel die Material- und Informationsflüsse entlang der globalen Lieferketten sicher, über die vor allem auch die exportorientierte Wirtschaft in Baden-Württemberg mit ihren Kunden und Lieferanten verbunden ist. Logistische Dienstleistungen umfassen neben den klassischen T-U-L-Aspekten (Transport, Umschlag, Lagerung) in zunehmendem Maße komplexe und innovative Systemdienstleistungen. Daher ist ein leistungsstarkes logistisches Dienstleistungsangebot ein entscheidender Standortfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft.

In der Kernbranche Logistik (logistikspezifische und logistikahe Dienstleistungen sowie logistikahe Industrie) erwirtschaften in Baden-Württemberg rund 185.000 Beschäftigte in knapp 18.000 Unternehmen fast 40 Mrd. Euro Umsatz.

- Informations- und Kreativwirtschaft

Baden-Württemberg ist ein bedeutender Standort der Informations- und Kommunikationswirtschaft (IKT) sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft. Mehr als 18 % der deutschlandweit in der IKT-Wirtschaft tätigen Personen entfallen nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes auf Baden-Württemberg, in der Kultur- und Kreativwirtschaft sind es etwa 16 %. Zum Vergleich: Der Anteil des Landes an allen Erwerbstätigen in Deutschland beträgt rund 14 %. Entsprechend liegt auch die gesamtwirtschaftliche Bedeutung beider Branchen in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt.

In der *Informations- und Kommunikationswirtschaft* (u. a. Büromaschinen und Datenbearbeitungstechnik; Rundfunk- und Nachrichtentechnik; Mess-, Steuer- und Regelungstechnik; Datenverarbeitung und Softwarehäuser; Fernmelde- und Telekommunikationsdienste) erzielten 13.000 Unternehmen zuletzt einen Umsatz von über 65 Mrd. Euro. Die IKT-Wirtschaft sorgt für Innovationen in den Informationstechnologien, einem Kernbereich der Wissenswirtschaft, was in allen anderen Branchen zu erheblichen Produktivitätsgewinnen führen kann.

Auch die *Kultur- und Kreativwirtschaft* gilt aufgrund ihrer Querschnittswirkungen als Innovationstreiber. In Baden-Württemberg erwirtschafteten im Jahr 2007 in der Kultur- und Kreativwirtschaft 155.000 Erwerbstätige in über 28.000 Unternehmen fast 20 Mrd. Euro Umsatz. Damit erreicht die Zahl der Selbstständigen und Unternehmen in den 11 Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft einen Anteil von 6,6 % an der Gesamtwirtschaft des Landes. Der Umsatzanteil erreicht 2,7 % und der Anteil der Erwerbstätigen 3,7 % an der Gesamtwirtschaft des Landes. Zur Kultur- und Kreativwirtschaft werden die Branchen Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Markt für darstellende Künste, Designwirtschaft, Architekturmarkt, Pressemarkt, Werbemarkt, Software/Games gezählt. In ergänzend erhobenen kulturwirtschaftlichen Teilmärkten sind in Baden-Württemberg z. B. fast 3.700 Erwerbstätige im Kunsthandwerk und rund 1.500 in der Herstellung von Musikinstrumenten beschäftigt.

Die Softwarebranche ist sowohl Bestandteil der IKT- als auch der Kultur- und Kreativwirtschaft und hierunter jeweils die weitaus beschäftigungsstärkste Branche. Im Vergleich zu Deutschland zeigt sich die heimische IKT- und Kreativwirtschaft gerade auf diesen Bereich spezialisiert. Beispielsweise lag der Beschäftigungsanteil der Branche Software/Games in der Kultur- und Kreativwirtschaft in Baden-Württemberg zuletzt bei gut 44 %, bundesweit waren es dagegen nur 33 %. In der IKT-Wirtschaft zeigen sich weitere Spezialisierungsvorteile im Bereich der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik. Hier liegt der Beschäftigungsanteil mit 23 % ebenfalls deutlich über dem entsprechenden Bundesdurchschnitt von etwa 16 %.

- Gesundheitswirtschaft

Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Gesundheitswirtschaft zeigt sich eindrucksvoll an ihrem Beitrag zur baden-württembergischen Wirtschaftsleistung und an ihrem Beschäftigungsanteil. Nach Schätzung des Statistischen Landesamtes erbringt die Gesundheitswirtschaft fast ein Zehntel der Wirtschaftsleistung im Land. Mit rund 614.000 Beschäftigten waren im Jahr 2007 gut 11 % der Erwerbstätigen des Landes in dieser Querschnittsbranche beschäftigt. Hiermit ist die Gesundheitswirtschaft der beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg. Von 2000 bis 2007 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg um 44.000.

Die Gesundheitswirtschaft durchdringt mit ihren verschiedenen Wirtschaftszweigen viele Bereiche: die Industrie mit Pharma, Biotechnologie und Medizintechnik, den Handel mit pharmazeutischen und das Handwerk mit orthopädischen und optischen Produkten sowie den Dienstleistungsbereich mit den Kernbereichen der stationären und ambulanten Versorgung sowie den Kur- und Rehaeinrichtungen. Die Gesundheitswirtschaft ist somit ein gutes Beispiel für eine intensiv vernetzte Querschnittsbranche.

Auch der 2008 erstmals vom Wirtschaftsministerium herausgegebene „Regionale Clusteratlas Baden-Württemberg“ bestätigt, dass in den Regionen des Landes zahlreiche Cluster dienstleistungsorientierte Querschnittsbereiche wie Engineering, Informations- und Kommunikationstechnik, Kreativwirtschaft, Life Sciences, Logistik, Umwelt-/Ergietechnik und Tourismus/Gesundheit prägen.

5. Wie schätzt die Landesregierung die Bedeutung sowie das Potenzial von personal- und beschäftigungsintensiven Dienstleistungen, insbesondere im Umfeld privater Haushalte, im Hinblick auf die Steigerung der Beschäftigungsquote ein?

Zu 5.:

Die Landesregierung schätzt die beschäftigungspolitische Bedeutung und das Potenzial von personalintensiven Dienstleistungen, insbesondere im Umfeld privater Haushalte, grundsätzlich positiv ein. Aufgrund des demografischen und gesellschaftlichen Wandels wird in den folgenden Jahren damit zu rechnen sein, dass

- mehr ältere Menschen ihre Selbstständigkeit im gewohnten Umfeld bewahren wollen,
- zunehmend mehr Frauen im Berufsleben stehen,
- die Zahl der Single-Haushalte wächst und
- Haushalte mit Kindern, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, zunehmen werden.

Der Stellenwert haushaltsnaher Dienstleistungen dürfte in der Gesellschaft entsprechend zunehmen. Der betroffene Personenkreis wird darauf angewiesen sein, zuverlässige und erschwingliche Unterstützung im Haushalt bzw. der Pflege zu finden.

Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland zu Hause betreut und gepflegt wird, besteht ein erhebliches Potenzial an stärkerer Ergänzung der familiären Betreuung zur Entlastung der pflegenden Angehörigen. In besonderem Maße zeigt sich diese Entwicklung bei Familien, die sowohl pflegebedürftige Angehörige als auch Kinder zu versorgen haben. Neben den eigentlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen dürften weitere Angebote im Bereich häuslicher Dienste, Einkäufe oder Besorgungen zur Bewältigung des Alltags eine Nachfrage finden. Familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungsangebote können hier ansetzen und ein geeignetes Instrument zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben darstellen. Anbieter von haushaltsnahen und personennahen Dienstleistungen integrieren dabei häufig das bürgerschaftliche Engagement.

6. Welche Faktoren und welche Hemmnisse sind für eine markt- und erwerbswirtschaftlich orientierte Nutzung des Beschäftigungspotenzials im Bereich von personal- und beschäftigungsintensiven Dienstleistungen, insbesondere im Umfeld privater Haushalte, bekannt?

Zu 6.:

Für eine markt- und erwerbswirtschaftlich orientierte Nutzung des Beschäftigungspotenzials im Bereich von personalintensiven Dienstleistungen, insbesondere haushaltsnahen Dienstleistungen, werden in Untersuchungen grundsätzlich folgende Faktoren bzw. Hemmnisse genannt:

- fehlende Markttransparenz,
- geringes Image der Dienstleistung und
- hohe marktgängige Preise für Haushaltsdienstleistungen im Vergleich zum Angebot in der Schwarzarbeit bzw. in der Schattenwirtschaft.

So nennt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg in einer Auswertung der Forschung für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Haupthindernis für die Entstehung legaler Beschäftigung im Bereich der Familienunterstützenden Dienstleistungen, dass der marktgängige Preis so hoch ist, dass viele Familien nicht bereit oder in der Lage sind, diesen zu zahlen (Monitor 13 Familienforschung 2008).

Dienstleistungen, insbesondere im Umfeld privater Haushalte, leiden bisher erheblich unter der breiten gesellschaftlichen Akzeptanz von Schattenwirtschaft bzw. Schwarzarbeit in diesem Beschäftigungssegment. Nach einer aktuellen Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln „Familienunterstützende Dienstleistungen“, 2009, sind vor allem die haushaltsnahen Dienstleistungen von Schwarzarbeit betroffen (44,4%). Neben der Hausarbeit (15,8%) zählen hierzu im weiteren Sinne auch die Schönheitspflege (12,2%), die Nachhilfe/Kinderbetreuung (12,1%) und die Kranken- und Altenpflege (4,3%). In einer Analyse der Verteilung der Schwarzarbeit nach Branchen und Umsatz erreichen die haushaltsnahen Dienstleistungen nach den Berechnungen des Experten für die Schattenwirtschaft, Professor Friedrich Schneider, Universität Linz, 15% des Gesamtumsatzes der Schwarzarbeit in Deutschland. Höhere Werte verzeichnen die Bauwirtschaft und das Kfz-Gewerbe.

Die grundsätzliche Bereitschaft, professionelle Hilfe im Haushalt anzunehmen, hängt neben dem akuten Bedarf und der Finanzierbarkeit auch maßgeblich von den Werteeinstellungen der einzelnen Haushalte ab. In Deutschland haben viele Haushalte prinzipielle Vorbehalte, sich bei der Hausarbeit helfen zu lassen. Zum einen werden familienunterstützende Dienstleistungen unabhängig vom konkreten Preis als unangemessener Luxus betrachtet, oder es bestehen Vorbehalte gegenüber einer Tätigkeit von „fremden“ Personen im eigenen Haushalt. Haushalte mit dieser Werthaltung dürften auch bei geringen Kosten keine entsprechende Hilfe in Anspruch nehmen. So zeigen 60% der Bevölkerung unabhängig vom Preis der Dienstleistung keine Bereitschaft, eine Haushaltshilfe in Anspruch zu nehmen. Überwiegend wird die Hilfe für Putzarbeiten, Gartenarbeiten und Bügeln in Anspruch genommen. Nur 7% der Nutzer leisten sich eine Hilfe für länger als zehn Stunden pro Woche. Der Durchschnittswert der Inanspruchnahme liegt bei wöchentlich 4,7 Stunden.

Die erheblichen Preisunterschiede zwischen in der Schattenwirtschaft bzw. Schwarzarbeit Tätigen und legalen Anbietern begünstigen naturgemäß eine illegale Beschäftigung. Nur Personen, die es sich in ihrem sozialen und beruflichen Umfeld nicht leisten können, als Arbeitgeber von illegal Beschäftigten enttarnt zu werden, entscheiden sich in jedem Fall für eine legale Beschäftigung. Die seit 2006 bestehenden Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen können allerdings nur in Anspruch genommen werden, wenn die Anstellung gemeldet wird. Unter diesem Aspekt besteht ein hoher Anreiz, die Hilfe zumindest bis zur steuerlichen Absetzbarkeitsgrenze legal zu beschäftigen. Ein weiterer wichtiger Grund für eine legale Beschäftigung ist auch die Absicherung bei Unfällen durch die gesetzliche Unfallversicherung.

Der Verwaltungsaufwand, der mit der Beschäftigung einer Hilfe zusammenhängt, kann Haushalte gleichfalls von der Realisierung ihrer Nachfragewünsche abhalten. So ist etwa der Aufwand für die Inanspruchnahme einer Minijobberin bzw. eines Minijobbers oder der Dienste einer Agentur oder eines erwerbswirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmens eher gering. Bei der sozialversicherungspflichtigen Haushaltshilfe übernimmt der Haushalt hingegen Arbeitgeberpflichten und muss sich entsprechend informieren. Bei Schwarzarbeit entsteht dagegen keinerlei Verwaltungsaufwand. Die Haushalte bewerten familienunterstützende Dienstleistungen aufgrund der überwiegend geringen fachlichen Anforderungen als einfache Arbeiten und sind in der Regel nicht bereit, dafür einen hohen Preis zu zahlen. Aus psychologischer Sicht stehen die familienunterstützenden Dienstleistungen in Konkurrenz zur unbezahlten Eigenarbeit und rechtfertigen auch aus dieser Sicht keinen hohen Preis. Bei Aufgaben, die im Betreuungs- und Pflegebereich eine mittlere Qualifikation und hohe Sozialkompetenz erfordern, dürfte die Zahlungsbereitschaft der Nachfrager etwas höher sein, da hier auch die Zufriedenheit der Betreuten ausschlaggebend ist. Der Haushalt fühlt sich in der Regel nicht als Arbeitgeber, sondern als Kunde, der eine Dienstleistung einkauft. Arbeitgeberpflichten, wie die Gewährung von Urlaub oder Krankentagen sind im Selbstverständnis der Haushalte nicht verankert.

II. Potenziale wissensintensiver Dienstleistungen in Baden-Württemberg

1. Wie sieht die Landesregierung das Land Baden-Württemberg im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen im Vergleich zu anderen Ländern aufgestellt?

Zu 1.:

Die Landesregierung sieht Baden-Württemberg im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen im Vergleich zu anderen Bundesländern mit einer ähnlichen Wirtschaftsstruktur gut aufgestellt. In einzelnen wissensintensiven Dienstleistungsbranchen, wie z. B. der Softwarebranche, IKT-Dienstleistungen, im Bereich des Design, der Architektur oder der Gesundheitsdienstleistungen ist Baden-Württemberg oder dessen Regionen bundesweit führend. So gilt z. B. Stuttgart als Hauptstadt der Architektur.

Laut „Prognos-Zukunftsatlas Branchen 2009“ liegen 10 von 25 deutschen Regionen mit den besten Zukunftsaussichten im Bereich Logistik, Informations- und Kommunikationstechnologien, hochwertige Unternehmens-, Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen sowie Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg.

Auch die Industrieunternehmen des Landes erbringen wissensintensive Dienstleistungen, wie Forschung und Entwicklung, Marketing, Beratung, Schulung und Kundenservice in erheblichem Umfang. Hinweise darauf liefern die Daten des Stifterverbandes Wissenschaftsstatistik, wonach die baden-württembergische Wirtschaft 2007 gemessen an den internen FuE-Ausgaben und am FuE-Personal über die höchsten FuE-Kapazitäten aller Bundesländer verfügte. Dabei wurden die FuE-Aktivitäten des Wirtschaftssektors fast ausschließlich vom Verarbeitenden Gewerbe (Industrie) erbracht.

In einer international vergleichenden Gesamtwertung der Aufstellung der baden-württembergischen Wirtschaft im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen sind jedoch auch die aktuellen Forschungsergebnisse zum deutschen Innovationssystem auf der Grundlage internationaler Länderanalysen zu berücksichtigen. Danach ist die deutsche Wirtschaft bei wissensintensiven Dienstleistungen unterdurchschnittlich spezialisiert (Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung in „Adäquate quantitative Erfassung wissensintensiver Dienstleistungen“, Februar 2009).

Für Baden-Württemberg stellt sich die Datenlage der wissensintensiven Dienstleistungen im Einzelnen wie folgt dar:

Die Definition und Abgrenzung wissensintensiver Dienstleistungen zielt darauf, Wirtschaftszweige mit hohem Innovationspotenzial zusammenzufassen. Als Ab-

grenzungskriterien für wissensintensive Dienstleistungen gelten daher auf der Basis nationaler und internationaler Studien „hohe Schlüsselqualifikationen für technische Prozesse“ und „hochqualifiziertes Personal aller Fachrichtungen“. Beispiele für wissensintensive Dienstleistungen sind Softwaredienste, Banken- und Versicherungsdienstleistungen, Architektur- und Ingenieurdienste, Unternehmensberatung, Gesundheitsdienste. So sollen erstens Dienstleistungsbranchen mit großer Techniknähe erfasst werden, die in direkter Interaktion mit der Industrie stehen. Zweitens zielt die Abgrenzung auf hochentwickelte Dienstleistungen, z. B. in der Gesundheitswirtschaft oder im Kultur- und Bildungsbereich, die vor allem auch als Nachfrager von High-Tech-Produkten der Industrie auftreten (Abgrenzung wissensintensiver Dienstleistungen in *Anlage 7*).

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung wissensintensiver Dienstleistungsbereiche lässt sich anhand der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigkeit ermes sen. Der *Wertschöpfungsanteil wissensintensiver Dienstleistungsbereiche* an der gesamten Bruttowertschöpfung belief sich 2006 in Baden-Württemberg in *sektoraler Abgrenzung* auf 29,1 % gegenüber 27,5 % im Jahr 1995 (*Anlage 8: Bruttowertschöpfung in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen im Ländervergleich*; Daten zu den wissensintensiven Dienstleistungen liegen lediglich für den Zeitraum 1995 bis 2006 in der erforderlichen tiefen sektoralen Gliederung vor). Zwar liegt der Wertschöpfungsanteil wissensintensiver Dienstleistungen in Baden-Württemberg damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt, allerdings relativiert sich dies vor dem Hintergrund des „unterdurchschnittlich“ ausgeprägten Dienstleistungssektors im Land, wie in der Antwort zu Frage I. 1. dargestellt. Danach weist der gesamte Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg aus den dort genannten Gründen einen geringeren Wertschöpfungsanteil an der Landes-Bruttowertschöpfung auf, als dies im Durchschnitt der Bundesländer der Fall ist (im Jahr 2008 belief sich der Unterschied auf immerhin 9 Prozentpunkte). Daraus folgt, dass *zur Wertschöpfung des baden-württembergischen Dienstleistungssektors die wissensintensiven Branchen überdurchschnittlich beitragen*.

Zwischen 1995 und 2006 stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der wissensintensiven Dienstleistungsbereiche im Land um 22,6 % an, was leicht über dem Bundesdurchschnitt von 20,8 % liegt. Allerdings entwickelten sich die wissensintensiven Dienstleistungsbranchen (in sektoraler Abgrenzung) mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 1,9 % im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mit 2 % weniger dynamisch.

Die Anzahl der *in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen Erwerbstätigen* entwickelte sich dynamischer als die dort erzielte Wertschöpfung (in Baden-Württemberg war von 1995 bis 2006 ein Anstieg von 31,6 % zu verzeichnen, was einem Jahresdurchschnitt von 2,5 % entspricht; *Anlage 9: Erwerbstätige in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen im Ländervergleich und Anlage 10 mit Schaubild: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsbereichen*). Die Dynamik der Entwicklung unterscheidet sich dabei nur geringfügig vom Bundesdurchschnitt (Jahresdurchschnitt: 2,4 %).

Die Analyse der wissensintensiven Dienstleistungen allein in der (sektoralen) Abgrenzung des Dienstleistungssektors wird jedoch ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft nicht gerecht, wie dies auch für die Dienstleistungen insgesamt gilt (vgl. Ausführungen unter I. 1. im Hinblick auf die sektorale und funktionale Sichtweise). Denn gerade wissensintensive Dienstleistungen werden auch von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes erbracht. Hier lässt sich jedoch keine sektorale Eingrenzung vornehmen. Analysiert man den Anteil wissensintensiver Dienstleistungen an der Wirtschaftsleistung eines Bundeslandes lediglich unter Einbeziehung der wissensintensiven Dienstleistungssektoren ohne Berücksichtigung des Anteils wissensintensiver Dienstleistungen im Verarbeitenden Sektor, so werden Bundesländer mit einem hohen Industrieanteil wie Baden-Württemberg systematisch unterbewertet. Vor diesem Hintergrund sollte ein Rating Baden-Württembergs im Hinblick auf die Bedeutung wissensintensiver Dienstleistungen in diesem Bundesland auch abgestützt werden auf Daten zum Stellenwert wissensintensiver Dienstleistungen im Verarbeitenden Sektor.

Eine Basis hierfür bieten die Ergebnisse der Erhebung „Modernisierung der Produktion“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI), in der zuletzt 2009 repräsentativ Informationen zu ca. 1.500 Betrieben in Deutsch-

land gesammelt wurden, von denen 278 in Baden-Württemberg beheimatet sind. In dieser Erhebung wurden die Anteile am Umsatz erfasst, die aus wissensintensiven Dienstleistungen stammen. Dabei wird deutlich, dass baden-württembergische produzierende Firmen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überproportional wissensintensive Dienstleistungen erbringen. Während in Deutschland insgesamt 12,8% der Umsätze des Produzierenden Gewerbes aus Dienstleistungen resultieren, so sind dies in Baden-Württemberg 13,6%. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch, dass die baden-württembergischen Firmen nicht an der Spitze der deutschen Bundesländer liegen. In Hessen werden 16% der Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes mit Dienstleistungen getätigt, in Niedersachsen 15,3%.

2. Welche Bedeutung misst sie den wissensintensiven und unternehmensnahen Dienstleistungen als Innovationstreiber und Wettbewerbsfaktor für die Industrie und die Gesamtwirtschaft bei?

Zu 2.:

Die Landesregierung erwartet, dass wissensintensive und unternehmensnahe Dienstleistungen, wie diese vor allem auch von den Freien Berufen erbracht werden, als Produktivitäts- und Wachstumstreiber in einer hochentwickelten Wirtschaft wie Baden-Württemberg weiter an Bedeutung gewinnen werden. Gerade von diesen Bereichen wird ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Modernisierung „reifer“ Branchen und zum wirtschaftlichen Strukturwandel erwartet. Anbieter von wissensintensiven und unternehmensnahen Dienstleistungen sind in der Regel Unternehmen, welche die Fähigkeit besitzen, technologisches Wissen interdisziplinär zu vernetzen und auf die Anforderungen der Kunden abzustimmen. Wissensintensive Unternehmensdienstleister tragen damit zur Generierung und Übertragung neuen Wissens beziehungsweise von Innovationen bei und sind wichtige Impulsgeber regionaler Innovationssysteme. Dabei spielen die IKT-Technologien eine Schlüsselrolle.

Hinzu kommt, dass die Grenzen zwischen Dienstleistungen und traditioneller Produktion reiner Sachgüter zunehmend verwischen. Viele Industrieprodukte beinhalten bereits heute Dienstleistungen als Kernelement. An Produkte gekoppelte Services, wie z. B. IT-Installationen, Wartungsaufgaben oder Schulungen sind immer häufiger integraler Bestandteil von Neuentwicklungen. Oft werden diese Zusatzservices auch selbst zum Hauptprodukt.

Wie eine weitere Untersuchung des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe für die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung im Jahr 2009 zeigt, ermöglicht die Erbringung wissensintensiver Dienstleistungen wichtige Einblicke in Kundenbedarfe und in eventuelle Unzulänglichkeiten des vorhandenen Produkt- und Dienstleistungsangebots. Der durch die Dienstleistungserbringung geschaffene Kundenkontakt geht weit über die Intensität der Kontakte, die bei Sachgutlieferungen entstehen, hinaus. Er eröffnet einen Informationskanal, der weitreichende Hinweise für Produkt- und Dienstleistungsinnovationen transportieren kann. Die Organisation der Dienstleistungserbringung erwies sich in den Analysen als wichtige Stellgröße, welche die Durchlässigkeit der im Dienstleistungskontakt zu gewinnenden innovationsrelevanten Informationen ganz wesentlich mitzubestimmen scheint.

Die Landesregierung sieht in der starken Verflechtung zwischen forschungsintensiver Industrie und wissensintensiven sowie unternehmensnahen Dienstleistungen in Baden-Württemberg einen Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum und zunehmende Beschäftigung. Vor allem wissensintensive Dienstleistungen sind auch Treiber für Innovation und technischen Fortschritt. Wichtige Anwendungsfelder für neue Technologien können oftmals erst in einem Netz von Dienstleistungen zur Marktreife geführt werden. Diese Einschätzung teilt auch die „Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)“, die in ihrem ersten Gutachten auf die Rolle von Dienstleistungen und Dienstleistungsforschung explizit eingegangen ist.

Dienstleistungen ersetzen daher keine Industrieprodukte, sondern ergänzen diese mit Dienstleistungen. So führt ein wachsender Dienstleistungsbereich nicht zur Bedeutungsabnahme des Produzierenden Sektors, sondern trägt zu seiner Stärkung bei. Das trifft gleichermaßen auch für den internationalen Wettbewerb zu.

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Verflechtung werden Güter weltweit produziert und weisen dabei immer geringere Unterschiede auf. Produktbegleitende Dienstleistungen werden daher zum Alleinstellungs- und Differenzierungsmerkmal im globalen Wettbewerb. Dienstleistungen „veredeln“ Sachgüter und machen sie somit im Wettbewerb erfolgreich.

Die Landesregierung sieht vor allem in diesem leistungsstarken Verbund forschungsintensiver Industrien und wissensintensiver Dienstleistungen in Baden-Württemberg den Motor für Innovation und Wirtschaftswachstum sowie Beschäftigung und Wohlstand. So konnte die baden-württembergische Wirtschaft von 2000 bis 2008 ihre reale wirtschaftliche Leistung stärker als Deutschland insgesamt steigern. Im Konjunkturaufschwung ab 2006 wuchs die Wirtschaftsleistung des Landes um rund 9% (2006 bis 2008). Das war der stärkste Zuwachs aller Bundesländer und übertraf den Bundesdurchschnitt von 6,9% deutlich.

3. Welche Forschungsvorhaben und Projekte werden derzeit gefördert, um den Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen weiterzuentwickeln und welche wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg bearbeiten die Thematik wissensintensiver Dienstleistungen?

Zu 3.:

Baden-Württemberg richtet im Rahmen seiner Forschungs- und Technologiepolitik seine Anstrengungen schon seit geraumer Zeit auf die Bildung von Clustern und Netzwerken aus Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen in innovativen Technologie- und Wissensfeldern. Ein gutes Beispiel ist die *Dienstleistungsforschung*. In diesem zukunftssträchtigen Forschungs- und Wissenschaftsfeld hat sich Baden-Württemberg im vergangenen Jahrzehnt zu einem der wichtigsten Standorte in Deutschland und Europa entwickelt. Ausgangspunkt war die Koordination der ersten Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Bereich Dienstleistungen durch das Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) Mitte der 90er-Jahre. An der Initiative „Dienstleistung 2000plus“ waren unter Führung des damaligen Institutsleiters und heutigen Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, Professor Hans-Jörg Bullinger, mehr als 300 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft beteiligt. Ein wichtiges Ergebnis war u. a. die Schaffung des ersten deutschen Forschungsprogramms zu Dienstleistungen, das nach Darstellung des Fraunhofer IAO mittlerweile eine Vorbildfunktion für weitere europäische Staaten (z. B. skandinavische Länder) und asiatische Staaten (z. B. China, Südkorea, Taiwan) übernommen hat.

Die Dienstleistungsforschung des Landes wird inzwischen von einem breiten Spektrum an Wissenschaften – insbesondere Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Geistes- und Sozialwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Informatik – getragen. Baden-Württemberg verfügt im Dienstleistungsbereich über eine hohe Dichte an Forschungseinrichtungen und Forschungsinfrastruktur. Beispielfhaft werden folgende genannt (alphabetische Reihenfolge):

- Betriebswirtschaftliches Institut der Universität Stuttgart mit Dienstleistungsmanagement, insbesondere Unternehmenslogistik;
- Forschungszentrum Informatik an der Universität Karlsruhe (FZI) mit Schwerpunkten u. a. in der Entwicklung neuer Methoden der softwarebasierten Dienstleistungen sowie der strukturellen Entwicklung von Web-basierten Dienstleistungen;
- Forschungszentrum Innovation und Dienstleistung (FZID) der Universität Hohenheim auf den Feldern industrielle Dienstleistungen, Finanzdienstleistungen und Gesundheitsmanagement;
- Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation in Stuttgart (IAO) mit einem Schwerpunkt in der Dienstleistungsforschung und -entwicklung;
- Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe auf dem Feld industrielle Dienstleistungen, insbesondere produktbegleitende Dienstleistungen sowie Produktion und Dienstleistung;

- Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen mit Kernkompetenzen in Strukturanalysen im Dienstleistungsbereich und der Gesundheitswirtschaft;
- Institut für Produktionstechnik (wbk) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) mit einem Schwerpunkt auf produktbegleitenden Dienstleistungen in der Industrie;
- itb – Institut für Technik der Betriebsführung im Deutschen Handwerksinstitut in Karlsruhe mit dem Schwerpunkt „Steigerung der Dienstleistungs-, Kooperations- und Internationalisierungskompetenz von mittelständischen Unternehmen“;
- ISW-Consult in Leonberg mit Kernkompetenzen im Bereich von Clustern und Dienstleistungsnetzwerken;
- Karlsruhe Service Research Institute – KSRI, Anfang des Jahres 2008 in Zusammenarbeit mit der IBM am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) gegründet, will mit einem interdisziplinären Ansatz entlang der Dimension Menschen, Organisation, Information und Technologie das führende Forschungsinstitut im Bereich Service Science in Europa werden; ein aktuelles Forschungsprojekt befasst sich mit den wissensintensiven Dienstleistungen;
- Wissenschaftliche Hochschule Lahr (WHL) mit einem Schwerpunkt „systematische Dienstleistungsentwicklung“;
- Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim unterstützt mit dem Forschungsschwerpunkt Informations- und Kommunikationstechnologien die Verbreitung der IuK-Technologien sowie die Unternehmen im IuK-Sektor und im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen.

Zusammen mit weiteren Instituten und Lehrstühlen für Dienstleistungsmanagement und Dienstleistungsmarketing an Universitäten, Fachhochschulen und der Dualen Hochschule des Landes ist damit ein Schwerpunkt der deutschen *Dienstleistungsforschung* in Baden-Württemberg beheimatet.

An diesen baden-württembergischen Einrichtungen werden schwerpunktmäßig im Rahmen der von der Bundesregierung und von der Landesregierung geförderten *Dienstleistungsforschung* folgende *Dienstleistungsthemen* bearbeitet:

- Trendforschung zu Dienstleistungen, z. B. Studie „International Monitoring of Activities in Research and Services“ der Fraunhofer-Institute IAO und ISI.
- Neue Dienstleistungen entwickeln (*Service Engineering*); mit „Service Engineering“ ist seit Mitte der 90er-Jahre eine eigene Fachdisziplin entstanden, die sich mit der Entwicklung und Umsetzung neuer Dienstleistungen beschäftigt. Die weltweit ersten Forschungsarbeiten hierzu fanden in Baden-Württemberg statt.
- Produktion und Dienstleistung verzahnen (*Hybride Wertschöpfung*); eine Vielzahl der heute angebotenen Leistungen sind sogenannte Bündel aus Sachgütern und Dienstleistungen. Beispiele hierfür sind Handys mit lang laufenden Verträgen, das Leasen von Fahrzeugen oder Betreibermodelle im Maschinen- und Anlagenbau. Von den Anbietern erfordert dies ein Denken in Richtung Gesamtlösung eines Problems. Die Integration von Sachgut und Dienstleistungen erfolgt häufig über Wertschöpfungsketten. Dabei kommt Dienstleistungskooperationen und Netzwerken eine enorm wichtige Bedeutung zu. Insgesamt zeichnet sich ab, dass Sachgutproduktion und Dienstleistung keine Gegensätze darstellen, sondern sich wechselseitig bedingen und fördern.
- Dienstleistung standardisiert erbringen (*Dienstleistungsstandardisierung*); während in der industriellen Praxis Normen und Standards dem Kunden bei der Entscheidung für ein bestimmtes Produkt helfen, betreten Dienstleister mit der Frage der Standardisierung häufig Neuland. Der Standardisierung von Services kommt jedoch eine tragende Rolle in der Weiterentwicklung der Dienstleistungswirtschaft zu. Standardisierung von Dienstleistungen steht für Zuverlässigkeit, Vergleichbarkeit, Effektivität, Qualität und Vertrauen. Durch die systematische Dokumentation der Prozessentwicklung können Dienstleistungen wiederholbar und reproduzierbar gemacht werden.

- Neue Märkte mit profitablen Dienstleistungen erschließen (*Geschäfts- und Preismodelle*); Unternehmen haben häufig Unterstützungsbedarf, wenn erstmals komplett neue Geschäftsfelder, z. B. neue Leistungen oder neue Märkte zu erschließen sind oder wenn neue Wege gefunden werden sollen, Kunden bisher kostenlosen Service zukünftig in geeigneter Form in Rechnung zu stellen. Denn die Zahlungsbereitschaft für „unsichtbare“ Dienstleistungen ist nicht immer sehr ausgeprägt.
- Dienstleistungen auf internationalen Märkten erbringen (*Internationalisierung*); die globalisierte Wirtschaft bietet vor allem den Unternehmen eine Chance, die weltweit innovative und hochwertige, vor allem wissensintensive Dienstleistungen anbieten – produktbegleitend oder alleinstehend. Forschungseinrichtungen entwickeln ganzheitliche Konzepte und Instrumentarien, sodass Dienstleistungen im internationalen Umfeld erfolgreich sein können.
- Ein Meilenstein in der Dienstleistungsforschung des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) in Stuttgart war im Oktober 2006 die Eröffnung des ServLab. Das ServLab bündelt die Dienstleistungsexpertise des IAO und bietet Zugriff auf unterschiedliche Methoden und Werkzeuge. Mit Hilfe von Modellierungstools können Dienstleistungsprozesse abgebildet und optimiert werden. 3D-Projektoren lassen vor dem Auge des Nutzers verblüffend naturgetreue, begehbare Dienstleistungsumgebungen entstehen. Professionelle Schauspieler schlüpfen in die Rollen von Kunden und Mitarbeitern. Mit seinen Visualisierungsmöglichkeiten eröffnet das Labor ganz neue Wege, Mitarbeiter, Partner und Kunden in den Innovationsprozess einzubeziehen. Durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven können mit Unterstützung des ServLab ganzheitliche und optimal abgestimmte Dienstleistungslösungen entwickelt werden.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst fördert im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen derzeit folgende *Forschungsvorhaben und Projekte*:

- Das Höchstleistungsrechner-Kompetenzzentrum Baden-Württemberg (hkz-bw) übernimmt Service- und Entwicklungsaufgaben im Bereich des Hoch- und Höchstleistungsrechnens;
- das Automotive Simulation Center Stuttgart (ASCS) verfolgt den Zweck, die anwendungsorientierte Forschung auf dem Gebiet des Automobilbaus durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken zu fördern und den Transfer von Erkenntnissen aus der Wissenschaft im Bereich der numerischen Simulation zu unterstützen und zu beschleunigen;
- die mit dem Programm „Forschungsverbund Unternehmenssoftware Baden-Württemberg“ geförderten Projekte zielen darauf ab, global verteilte Softwareentwicklungsprozesse für lokale Softwareunternehmen beherrschbar zu machen, den Qualitätsvorsprung lokaler Softwareunternehmen im globalen Wettbewerb zu sichern und wesentliche Anteile der Wertschöpfung in Baden-Württemberg zu halten;
- das Projekt „Globalisierte Softwareentwicklung – Erstellung flexibler Unternehmenssoftware unter Nutzung globaler Reserven“ (GlobalSE) wird vom Forschungszentrum Informatik (FZI) zusammen mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und der Universität Mannheim durchgeführt und zielt darauf ab, insbesondere die mittelständischen Softwareunternehmen in die Lage zu versetzen, die spezifischen wertschöpfungsintensiven Teile der Softwareentwicklung im Land zu behalten;
- schließlich hat der Innovationsrat Baden-Württemberg dem Land empfohlen, das Leuchtturmprojekt des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) „Stärkung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit wissensbasierter Volkswirtschaften in der Europäischen Union“ zu unterstützen.

4. Wie beurteilt die Landesregierung den Stand des Transfers aus der Wissenschaft heraus in die kleinen und mittleren Unternehmen (auch Freie Berufe) hinein und welche Schlüsse zieht sie hieraus?

Zu 4.:

Zentrales Ziel der Forschungspolitik des Landes ist es, die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken sowie den Transfer aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Unternehmen zu beschleunigen und so das generierte Wissen mit geeigneten Maßnahmen rasch wirtschaftlich fruchtbar zu machen. Dazu hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um diese Zusammenarbeit zu optimieren. Beispielsweise wurden die rechtlichen Voraussetzungen für den personellen Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stark verbessert. Stiftungsprofessuren werden ganz oder teilweise von einem Drittmittelgeber finanziert und erfolgreich in Forschungsverbänden und Forschungsk Kooperationen eingesetzt. Ein anderes Beispiel sind „Industry on Campus“-Projekte als gemeinsame Forschungseinrichtungen und Forschungsschwerpunkte zwischen Hochschulen und Unternehmen. Mit ihrer Hilfe werden Fragestellungen der Wirtschaft leichter in die Wissenschaft kommuniziert und umgekehrt die Ergebnisse der Wissenschaft leichter in die Wirtschaft getragen. Diese Initiativen stehen auch Kooperationspartnern aus den mittelständischen Unternehmen offen.

Technologietransfer in Baden-Württemberg im Hinblick auf die Förderung der Forschungs- und Entwicklungskompetenz von kleinen und mittleren Unternehmen wird unter anderem durch wirtschaftsnahe Forschungsinstitute, die Transferzentren der Steinbeis-Stiftung und den Ausbau der angewandten Forschung in den Fachhochschulen befördert. Konkrete Beispiele sind die Einrichtungen von Zentren für Angewandte Forschung an den Fachhochschulen sowie das Programm „Innovative Projekte“. Bei diesem derzeit laufenden Förderprogramm des Wissenschaftsministeriums werden in erster Linie Kooperationsprojekte unterstützt. Die Förderung soll insbesondere die FuE-Kompetenz der Fachhochschulen stärken und bei Kooperationsprojekten mit der Wirtschaft den Technologietransfer vor allem in die mittelständischen Unternehmen des regionalen Umfeldes intensivieren.

Schließlich sieht die Landesregierung im raschen *Transfer der Ergebnisse der Dienstleistungsforschung*, vor allem in die mittelständischen Unternehmen, eine herausragende innovations-, wirtschafts- und mittelstandspolitische Aufgabe. Wenngleich die Dienstleistungsforschung in Deutschland und Baden-Württemberg seit Mitte der 90er-Jahre deutlich an Intensität zugenommen hat, so scheinen deren Ergebnisse bei den Unternehmen noch nicht in ihrer Breite bekannt zu sein. Ein Grund könnte darin liegen, dass zentrale Ergebnisse der Dienstleistungsforschung erst seit wenigen Jahren verfügbar sind und gleichzeitig geeignete praxiserprobte Transferinstrumente zu fehlen scheinen.

Aktuelle Studien und Projekterfahrungen zeigen nach Darstellung von Experten, dass zwar größere Unternehmen zunehmend die Forschungsergebnisse aufgreifen und verstärkt in die Entwicklung neuer Dienstleistungen investieren (u. a. eigene Abteilungen gründen), jedoch gerade in mittelständischen Unternehmen Defizite in der Kenntnis bzw. der Umsetzung von aktuellen Ergebnissen der Dienstleistungsforschung bestehen. Diese Unternehmen würden viele Konzepte als zu komplex und abstrakt empfinden, als dass sie einen unmittelbaren Nutzen daraus ziehen könnten. Ansätze der Dienstleistungsforschung könnten daher oftmals nicht in dem dafür notwendigen Maße vermittelt werden bzw. bisherige Projekte hätten hierfür wenig Entwicklungskapazität und Raum erhalten, um sich speziell dieser Transferaufgabe zu stellen. Die Ergebnisse der Dienstleistungsforschung seien bisher häufig nicht mittelstandsgerecht aufbereitet worden. Es ließe sich daher in kleinen und mittleren Unternehmen eine grundsätzliche Wissens-, Innovations- und Umsetzungslücke beobachten. Zwar seien die in jüngster Zeit mit einem Schwerpunkt im Handwerksbereich durchgeführten Dienstleistungsprojekte, z. B. die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekte „Entwicklung innovativer Dienstleistungen im Handwerk“ oder „Service Engineering – Innovationstreiber in KMU“ bereits stärker transferorientiert. Insgesamt könnte durch entsprechende strukturierte Maßnahmen der Transfer noch deutlich verbessert werden.

Die Landesregierung hat aus diesem Befund den Schluss gezogen, die Maßnahmen zur Unterstützung des Transfers der Ergebnisse der Dienstleistungsforschung vor allem in die kleinen und mittleren Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel, Freie Berufe und Dienstleistungswirtschaft deutlich zu verstärken. Strategien, Konzepte und Maßnahmen im Rahmen des Kooperationsprojektes „Dienstleistungsinnovation und Wissenstransfer“ zwischen Landesstiftung Baden-Württemberg, dem Wirtschaftsministerium sowie den Kammern und Dienstleistungsverbänden werden unter Ziffer IV „Dienstleistungspolitik des Landes“ dargestellt. Mit dem Projekt ist der Wissenstransfer der Ergebnisse aus der Dienstleistungsforschung in die mittelständischen Unternehmen des Landes auf gutem Wege.

5. *Wie schätzt sie die Export- und Internationalisierungsmöglichkeiten von Dienstleistungen ein, insbesondere von wissensintensiven Dienstleistungen?*

Zu 5.:

Die Landesregierung sieht grundsätzlich erhebliche Potenziale für den Export und die Internationalisierung von Dienstleistungen. Sie geht davon aus, dass Marktpotenziale im Ausland im Bereich der wissensintensiven und unternehmensnahen Dienstleistungen, insbesondere den Technischen Dienstleistungen liegen. Daher stehen die Bereiche Infrastruktur (Wasser, Abwasser, Abfall), Bau/Architektur sowie Serviceleistungen im Bereich der Finanzdienstleistungen im Vordergrund. Weitere Chancen auf internationalen Märkten bestehen bei Dienstleistungen in der Gesundheitswirtschaft, im Energiebereich, aber auch bei produktbegleitenden Dienstleistungen in der Elektroindustrie und im Maschinenbau.

Nach der Studie „Going International 2009“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertags liegt bei den unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen der Anteil der Betriebe mit steigenden Umsätze im Ausland in den letzten fünf Jahren bei rund 42%. Über die Hälfte (52,6%) der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen haben ihre Umsatzentwicklung in den letzten fünf Jahren auf dem gleichen Niveau halten können. Nur etwa 5% haben ihren Auslands-Umsatz in diesem Zeitraum verringert. Bei den personenbezogenen Dienstleistungsunternehmen verzeichnen im Fünfjahresrückblick beim Auslandsgeschäft zwei Drittel der baden-württembergischen Unternehmen einen gestiegenen oder gleichgebliebenen Auslandsumsatz.

Eine Schwierigkeit besteht allerdings darin, dass es bislang keine systematische Zusammenfassung aller Dienstleistungsanbieter gibt und diese daher auch nicht direkt auf das Programm der Landesregierung zur Erschließung ausländischer Märkte angesprochen werden können.

III. Fort- und Weiterbildung als Beispiel einer wissensintensiven Dienstleistung

1. *Welche wesentlichen Anbieter der Fort- und Weiterbildung, unterteilt in die Bereiche der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, gibt es in Baden-Württemberg?*

Zu 1.:

Im Bereich der *beruflichen Weiterbildung* im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums gibt es eine Vielzahl von Anbietern in Baden-Württemberg. Eine definitive Aussage über die Anzahl der Anbieter auf dem beruflichen Weiterbildungsmarkt in Baden-Württemberg liegt dem Wirtschaftsministerium nicht vor. Dies ist wegen der Vielzahl privater Weiterbildungsträger nur schwer möglich. So sind alleine bei den vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg bezuschussten und betreuten 34 regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung über 1.200 berufliche Weiterbildungsträger verzeichnet. Das gemeinsame Weiterbildungsportal des Wirtschaftsministeriums und des Kultusministeriums <http://www.fortbildung-bw.de/wb/> bietet hier eine gute Übersicht. Ebenso sind im Weiterbildungsportal Kursnet der Bundesagentur für Arbeit

(<http://infobub.arbeitsagentur.de/kurs/portal>) eine erhebliche Anzahl von Anbietern beruflicher Bildungsmaßnahmen zu finden.

Wesentliche Anbieter auf dem Feld der beruflichen Weiterbildung sind aus Sicht des Wirtschaftsministeriums die Industrie- und Handelskammern und ihre Bildungseinrichtungen, die Bildungsakademien der Handwerkskammern sowie die Bildungsstätten der übrigen Handwerksorganisationen, die Unternehmen, die Bildungseinrichtungen der Arbeitgeberverbände, die Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften, die Volkshochschulen sowie eine Vielzahl privater Weiterbildungsanbieter. Laut der im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg durch TNS Infratest Sozialforschung erstellten Studie „Weiterbildung in Baden-Württemberg 2007“ wurden im Jahre 2007 knapp zwei von drei Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in Baden-Württemberg in Trägerschaft von Arbeitgebern bzw. Betrieben durchgeführt. Die Arbeitgeber/Betriebe waren damit – wie in den entsprechenden Erhebungen in den Vorjahren – auch im Jahre 2007 die quantitativ bedeutsamsten Träger der beruflichen Weiterbildung. An zweiter Stelle rangieren die Kammern. Sie haben laut der o. g. Studie 9 % der beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen im Jahr 2007 bereitgestellt und die privaten Träger 5 %.

Im Bereich der Weiterbildung für Gastronomie und Hotellerie ist – laut eigenen Angaben – die DEHOGA Akademie in Bad Überkingen Süddeutschlands führender Weiterbildungsanbieter. Im Zeitraum Januar bis November 2009 besuchten hier 2.500 Seminarteilnehmer die Akademie.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung im Handwerk gibt es zusammen mit den Bildungsstätten des Baugewerbes in Baden-Württemberg 61 handwerkliche oder baugewerbliche Bildungsstätten. Nach der Anzahl der Plätze ist das Handwerk – laut eigenen Angaben – der größte Anbieter von Weiterbildung im gewerblich-technischen Bereich. Darüber hinaus bestehen Kooperationen mit weiteren Bildungsträgern, wodurch auch akademische Weiterbildungen im Handwerk angeboten werden.

Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales ist die Weiterbildung in den akademischen Gesundheitsberufen (Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Psychologische Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten) Selbstverwaltungsaufgabe der jeweiligen Kammern. Für die übrigen Gesundheitsfachberufe gibt es 9 durch Rechtsverordnungen des Ministeriums für Arbeit und Soziales geregelte Weiterbildungen, die Voraussetzungen für die Besetzung von Funktionsstellen sowie die Tätigkeit in bestimmten Tätigkeitsfeldern sind. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Weiterbildungsangeboten, die keinen staatlichen Reglementierungen unterliegen. Anbieter dieser Weiterbildungsangebote sind die Weiterbildungseinrichtungen der Kliniken, der Zusammenschlüsse von Einrichtungsträgern, der Berufsverbände und der Freien Wohlfahrtspflege sowie privater und gewerblicher Bildungsträger.

Im Bereich der *allgemeinen Weiterbildung* im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport sind die Volkshochschulen, die kirchlichen Erwachsenenbildungseinrichtungen und die gewerkschaftlichen Bildungswerke sowie die Familien- und Elternbildungseinrichtungen die wesentlichen Anbieter von Weiterbildungsmaßnahmen. Außerdem sind im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Institutionen wie die Lehrerfortbildungseinrichtungen und beispielsweise die Fachschulen zu nennen.

Die 174 *Volkshochschulen* in Baden-Württemberg mit 734 Außenstellen (beide Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2008) und der Volkshochschulverband Baden-Württemberg stellen zusammen einen der größten Träger öffentlich verantworteter Weiterbildung dar. Mit den wesentlichen Schwerpunkten in der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung gliedern die Volkshochschulen ihr Angebot in die Programmbereiche: „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“, „Arbeit – Beruf“ und „Grundbildung – Schulabschlüsse“. Die 174 Volkshochschulen in Baden-Württemberg garantieren eine flächendeckende Grundversorgung mit Weiterbildung einschließlich formaler Qualifikationen und Prüfungen.

Im Jahr 2008 zählten die Volkshochschulen im Land bei fast 132.000 Veranstaltungen mehr als 2 Mio. Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Im Bereich der *kirchlichen Erwachsenenbildung* gibt es die „Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenen- und Familienbildung in Baden-Württemberg“ (KILAG), in der sich fünf Landesorganisationen der kirchlichen Erwachsenenbildung zusammengeschlossen haben: die Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung in Württemberg (EAEW), die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden (EAEB), das Bildungswerk Süd der Evangelisch-methodistischen Kirche, die Katholische Erwachsenenbildung Diözese Rotenburg-Stuttgart e. V. und das Bildungswerk der Erzdiözese Freiburg. Die verschiedenen Träger kirchlicher Erwachsenenbildung nehmen die Aufgaben gemäß der subsidiären Ausrichtung der Weiterbildungsförderung des Landes in ihrem jeweiligen Bereich in eigener Verantwortung wahr. Die Landesorganisationen unterhalten in der Regel auf der mittleren Ebene (Landkreise und Dekanate/Kirchenbezirke) Außenstellen mit festangestelltem pädagogischem und Verwaltungspersonal. Zusammengekommen führte die KILAG im Jahr 2008 rund 112.000 Veranstaltungen durch mit ca. 2,85 Mio. Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Besondere Einrichtungen im Bereich der KILAG sind die Familienbildungsstätten der EAEW, die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges und die öffentlichen Büchereien in kirchlicher Trägerschaft.

Berufliche Weiterbildung in öffentlichen Fachschulen (§ 14 SchG):

Fachschulen nach § 14 Schulgesetz sind gegliedert in zwei- und einjährige Fachschulen. Sie bieten für Berufstätige mit abgeschlossener Berufsausbildung die Möglichkeit, sich auf eine Tätigkeit im mittleren Management vorzubereiten oder sich für die berufliche Selbstständigkeit zu qualifizieren. Dazu werden die in der Berufsausbildung und im Beruf erworbenen Qualifikationen vertieft und erweitert. Der Besuch der Fachschule ist über BAföG oder das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) förderungsfähig.

Zu den zweijährigen Fachschulen zählen die Fachschulen für Technik und Gestaltung, die Fachschulen für Wirtschaft, die Akademien für Betriebsmanagement im Handwerk und die Fachschule für Management Fachrichtung Hauswirtschaft.

Zu den einjährigen Fachschulen zählen neben den Meisterschulen die öffentlichen und privaten Fachschulen für Organisation und Führung sowie Fachschulen zur Weiterbildung in der Pflege. Darüber hinaus bieten die Berufsfachschulen für Zusatzqualifikation u. a. für Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen fachliche Weiterbildungen im Bereich frühe Kindheit an wie zum Beispiel Bildungsförderung im Elementarbereich. Viele Fachschulen werden auch berufsbegleitend in Teilzeitform angeboten, die Ausbildung dauert dann entsprechend länger.

Laut Angaben des Statistischen Landesamtes gab es im Schuljahr 2008/09 315 Fachschulen im Bereich der Weiterbildung mit 14.690 Schülerinnen und Schülern.

Einrichtungen des zweiten Bildungswegs:

Den zweiten Bildungsweg kann man zum Bereich der Erwachsenenbildung zählen, da Erwachsene dort versuchen, einen Schulabschluss, den diese in ihrer Schulzeit nicht erworben hatten, nachzuholen. Für das Land Baden-Württemberg hat der zweite Bildungsweg einen hohen Stellenwert. Dies ist daran zu erkennen, dass seit vielen Jahren die Kollegs in freier Trägerschaft kraft Gesetzes Ersatzschulen sind und die privaten Abendgymnasien und Abendrealschulen in Anerkennung eines wichtigen öffentlichen Interesses per Rechtsverordnung zu Ersatzschulen erklärt wurden.

Laut Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es im Schuljahr 2008/09 im sogenannten zweiten Bildungsweg 68 allgemeinbildende Schulen (42 Abendrealschulen, 20 Abendgymnasien und 6 Kollegs) und 184 berufliche Schulen.

An verschiedenen Weiterbildungseinrichtungen (überwiegend Volkshochschulen) werden Kurse angeboten, die dazu dienen, sich auf das Ablegen einer Schulfremdenprüfung zur *Erlangung des Hauptschulabschlusses* vorzubereiten. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bezuschusst auch die Träger der Vorbereitungskurse.

Lehrerfortbildung

Die Lehrkräftefortbildung für die ca. 104.000 Lehrkräfte an öffentlichen Schulen ist in Baden-Württemberg wie folgt organisiert:

Die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen entwickelt im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zentrale Konzepte, schult an ihren drei Standorten (Bad Wildbad, Esslingen, Schwäbisch Hall/Comburg) das gesamte Fortbildungspersonal (Fachberater, Multiplikatoren), bietet Veranstaltungen für Lehrkräfte, Schulleitungsteams und ganze Schulen an und liefert den Schulen und allen Lehrkräften Informationen über Veranstaltungsangebote sowie über geeignetes Fortbildungspersonal (Fachberater, Multiplikatoren, externe Experten).

Daneben unterhält das Kultusministerium noch das Landesinstitut für Schulsport (LIS) und die „Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater Schloss Rotenfels“ mit Sitz in Gaggenau-Bad Rotenfels.

Kirchliche Akademien

Im Land gibt es vier kirchliche Akademien (Evangelische Akademie Baden, Evangelische Akademie Bad Boll, Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg, Katholische Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart). Sie werden vom Kultusministerium gefördert.

Im *Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum* ist, neben den staatlichen Institutionen, der wesentliche Anbieter für Weiterbildungsmaßnahmen der ländlichen Erwachsenenbildung die Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung Baden-Württemberg e.V. (ALEB). Die ALEB zählt 22 eigenständige Vereinigungen als Mitglieder wie Ländliche Heimvolkshochschulen, Bildungs- und Sozialwerke der Landfrauenverbände, Verband Landwirtschaftlicher Fachbildung, Dorfhelferinnenwerke und Landjugendverbände. Das Bildungsangebot der ALEB erstreckt sich auf das ganze Land Baden-Württemberg.

Die *Wissenschaftliche Weiterbildung* im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gehört neben Forschung und Lehre zu den Kernaufgaben der Hochschulen. Gemäß § 31 Abs. 1 Landeshochschulgesetz (LHG) sollen die Hochschulen zur Vermittlung weiterer wissenschaftlicher, künstlerischer oder beruflicher Qualifikationen oder zur Heranbildung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses Angebote der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung entwickeln; die Duale Hochschule soll dafür zusammen mit den beteiligten Ausbildungsstätten Möglichkeiten einer wissenschaftsbezogenen und zugleich praxisorientierten beruflichen Weiterbildung im Dualen System entwickeln.

In Ergänzung ihrer eigenen Weiterbildungsangebote haben einige Hochschulen auch eigenständige Akademien für wissenschaftliche Weiterbildung gegründet. Beispielhaft wird verwiesen auf die Weiterbildungsakademie der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen; die Graduate School Rhein-Neckar gGmbH, privatrechtlich organisierte Weiterbildungseinrichtung der Fachhochschule Ludwigshafen, der Hochschule Mannheim und der Dualen Hochschule Mannheim; Akademie für Wissenschaftliche Weiterbildung e.V., gegründet von der Universität Freiburg und der Pädagogischen Hochschule Freiburg; Technische Akademie Konstanz (TAK), gegründet von der Hochschule Konstanz.

2. Welche unterschiedlichen Aufgabenstellungen werden in der beruflichen, in der allgemeinen und in der wissenschaftlichen Fort- und Weiterbildung verfolgt?

Zu 2.:

Die *berufliche Weiterbildung* dient dem Erhalt bzw. der Erweiterung oder der Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung von bestehenden beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten (Anpassungsfortbildung). Unter bestimmten Voraussetzungen können berufliche Weiterbildungen auch

einen beruflichen Aufstieg ermöglichen (Aufstiegsfortbildung). Dabei ist es aus Sicht des Wirtschaftsministeriums vor dem Hintergrund der Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft, der in der Arbeitswelt damit einhergehenden sich erhöhenden und verändernden Qualifikationsanforderungen sowie dem demografischen Wandel von größter Bedeutung, die berufliche Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten, insbesondere auch der eher weiterbildungsfernen Zielgruppen, weiter durch ein praxisnahes und bedarfsgerechtes berufliches Weiterbildungsangebot zu erhöhen.

In der Praxis sind oftmals berufliche und allgemeine Weiterbildung miteinander verzahnt. Hier sind beispielsweise soziale, methodische, kommunikative, persönlichkeitsbezogene und interkulturelle Kompetenzen zu nennen, die nicht nur der allgemeinen Persönlichkeitsbildung dienen, sondern auch für Beruf und Arbeitswelt von großer Bedeutung sind.

Die Industrie- und Handelskammern unterscheiden ihre Angebote in die Aufstiegsfortbildung sowie die Anpassungsfortbildung. Hinzu kommen Seminare/Workshops zur Aktualisierung des beruflichen Wissens bzw. zum Erwerb von „handwerklichen“ Fähigkeiten zur Bewältigung der täglichen Aufgaben. Angebote der Aufstiegsfortbildung führen zu höherwertigen beruflichen Abschlüssen, wie z.B. Industriemeister, Bilanzbuchhalter, Industrie- und Handelsfachwirte usw. Zu der Anpassungsfortbildung zählen kürzere Lehrgänge/Kurse, wie z.B. Fremdsprachen, IT-Angebote usw.

Die Bildungsakademien der Handwerkskammern haben zwei unterschiedliche Aufgabenstellungen. Zum einen richten sie die überbetriebliche Ausbildung (ÜBA) aus. Des Weiteren bieten die Bildungsakademien eine breite Palette von Weiterbildungsmöglichkeiten (sowohl Anpassungs- als auch Aufstiegsfortbildung) an. Dazu zählen beispielsweise Meistervorbereitungslehrgänge, aber auch sonstige technische, IT- und kaufmännische Lehrgänge.

Die Bundesagentur für Arbeit ist entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag im Bereich der beruflichen Weiterbildung aktiv und bedient laut Stellungnahme der Regionaldirektion Baden-Württemberg mit ihren Aktivitäten im Bereich der beruflichen Weiterbildung mehrere Aufgabenstellungen:

- Mit der beruflichen Weiterbildung soll erreicht werden, dass Arbeitslosigkeit beendet oder eine drohende Arbeitslosigkeit abgewendet wird.
- Personen, die keinen Berufsabschluss besitzen, können ggf. bis zum Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufs gefördert werden.
- Berufliche Weiterbildung hilft den Fachkräftebedarf zu decken, trägt zur Beschäftigungssicherung bei und verringert das Risiko arbeitslos zu werden. Gut qualifizierte Arbeitskräfte sind ein wichtiger Faktor für den Wirtschafts- und Technologiestandort Baden-Württemberg.
- Für Personen, die längere Zeit nicht im Erwerbsleben standen, z. B. wegen Betreuung und Erziehung von Kindern, kann die berufliche Weiterbildung als Brückenfunktion in den Arbeitsmarkt dienen.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport weist darauf hin, dass sich aus Sicht der Volkshochschulen die Unterscheidung der Aufgabenstellungen der beruflichen, der allgemeinen und der wissenschaftlichen Fort- und Weiterbildung wie folgt darstellt:

Die *berufliche Weiterbildung* hat vor allem die Aufgabe, Menschen Weiterbildungsangebote bereitzustellen, die es ihnen ermöglichen, im beruflichen Kontext erfolgreich tätig sein zu können. Dabei achten die Volkshochschulen neben der Vermittlung von fachlichem Wissen auch auf die Vermittlung von sozialen, kommunikativen und persönlichkeitsbezogenen Kompetenzen. Die berufliche Weiterbildung soll die berufliche Handlungskompetenz der Menschen stärken. Eine Aufgabe sehen die Volkshochschulen darüber hinaus darin, mehr Menschen, insbesondere auch sogenannten „bildungs-fernen“, den Zugang zur beruflichen Weiterbildung zu ermöglichen.

Die Aufgabe der *allgemeinen Weiterbildung* ist es, Menschen in ihrer persönlichen Entwicklung anzuregen, zu unterstützen und zu begleiten. Die Volkshoch-

schulen sehen die Allgemeinbildung als Schlüsselkompetenz, die es den Menschen ermöglicht, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die allgemeine Weiterbildung hat dazu Bildungsangebote in den Bereichen der politischen, der kulturellen und der sprachlichen Weiterbildung sowie der Gesundheitsbildung bereitzustellen.

Die Volkshochschulen sehen die Aufgabe der wissenschaftlichen Weiterbildung in der Bereitstellung von Weiterbildung auf wissenschaftlichem Niveau. Sie wendet sich vor allem an wissenschaftlich vorgebildete Menschen und ist i. d. R. der beruflichen Weiterbildung zuzuordnen, sie kann aber auch der persönlichen allgemeinen Weiterbildung der Menschen dienen. Träger der wissenschaftlichen Weiterbildung sind i. d. R. die Hochschulen und wissenschaftlichen Akademien. Aber auch andere Weiterbildungsträger bieten in Teilbereichen wissenschaftliche Weiterbildung an. So waren Volkshochschulen beispielsweise bereits Träger von Lehrer/-innen-Fortbildungsprogrammen.

Aus *Sicht der kirchlichen Erwachsenenbildung* wird die bisherige Trennung insbesondere zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung zunehmend in Frage gestellt und in der Praxis aufgehoben. Beispielsweise zeigen in der Wirtschaft geforderte Kompetenzen, wie die interkulturelle, biografische und soziale Kompetenz, Kreativität und Methodenkompetenz, welchen Gewinn die allgemeine Weiterbildung auch für den beruflichen Kontext birgt. Eine weitere große Herausforderung ist die soziale Selektivität des Bildungssystems. Der Ansatz „Defizite“ auszugleichen, scheitert oft, weil gerade die persönliche Erfahrung der Defizite die größte Lernblockade darstellt. Nur eine Stärkung der Persönlichkeit in neuen Formen der allgemeinen Weiterbildung kann Menschen lernbereit und -fähig machen. Hauptanliegen der allgemeinen Bildung sind daher aus Sicht der kirchlichen Erwachsenenbildung: Persönlichkeitsentwicklung; soziale und kommunikative Kompetenzen; Familienbildung; Erlernen neuer Kulturtechniken; Wissenstransfer neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse an die Bevölkerung; Stärkung der Urteilsfähigkeit und Auseinandersetzung mit vorhandenen Wertesystemen; Demokratieförderung, interkulturelle Kompetenzen und Integration. Im Sinne einer ganzheitlichen Bildung sind aus Sicht der kirchlichen Erwachsenenbildung die allgemeine, die kulturelle und die politische Weiterbildung neben der Erlangung beruflicher Fachkompetenzen insbesondere zur Aneignung personaler und sozialer Fertigkeiten von gleichrangiger Wichtigkeit. Aufgrund der Veränderungen in den Familienstrukturen und zunehmender Anforderungen an Erziehungsfähigkeit kommt der Eltern- und Familienbildung ebenfalls größere Bedeutung zu.

Die Bildungsprogramme der Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung Baden-Württemberg e. V. (ALEB) richten sich aus der *Sicht der Ländlichen Erwachsenenbildung* an den konkreten Bedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum aus und gliedern sich in die Themenbereiche landwirtschaftliche Fachbildung, Persönlichkeitsbildung, politische Bildung, Landwirtschaft, Familienleben, Lebenshilfe sowie Strukturentwicklung im ländlichen Raum. Der ALEB kommt es vor allem auf den direkten Bezug ihres Angebotes zum Leben der Menschen im ländlichen Raum und zur konkreten Umsetzbarkeit in der Praxis an. Berufliche und allgemeine Weiterbildung werden in einem Kontext gesehen. Das Weiterbildungsangebot der ALEB kommt beispielsweise landwirtschaftlichen Produzenten zur Erschließung neuer oder zusätzlicher Einkommensalternativen unter anderem im Dienstleistungsbereich zugute. Spezielle landwirtschaftliche Bildungsangebote fördern das unternehmerische Denken und die Mitverantwortung für die Umwelt, stärken die Beziehung Erzeuger und Verbraucher und motivieren junge Menschen im Agrarbereich berufliche Perspektiven zu suchen und zu finden.

Die Hochschulen führen die *wissenschaftliche Weiterbildung* in Form von Studiengängen für Absolventen eines ersten Hochschulstudiums (postgraduale Studiengänge) und in Form von Kontaktstudien durch. Postgraduale Studiengänge werden durch Studien- und Prüfungsordnungen geregelt und vermitteln einen weiteren Hochschulgrad. Zugangsvoraussetzung zu einem postgradualen Studiengang, der weitere wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Qualifikationen vermittelt, ist ein erster Hochschulabschluss. Kontaktstudien dienen der wissenschaftlichen oder künstlerischen Vertiefung oder Ergänzung berufspraktischer Erfahrungen. Die Regelungen über Studiengänge finden keine Anwendung. Nach

erfolgreicher Teilnahme können die Hochschulen ein Zertifikat ausstellen. Das Kontaktstudium wird privatrechtlich ausgestaltet; die Zulassungsvoraussetzungen regeln die Hochschulen.

3. *Wie werden die Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung, unterteilt in die Bereiche der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, finanziert?*

Zu 3.:

Bei der Finanzierung der *beruflichen Weiterbildung* gibt es viele Variationsmöglichkeiten. So sind beispielsweise bei der privaten Finanzierung der beruflichen Weiterbildung alle Variationsmöglichkeiten von der kompletten Finanzierung durch die Unternehmen bis hin zur vollständigen Kostenübernahme durch den einzelnen Teilnehmer möglich, wie Südwestmetall (Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V.) in seiner Stellungnahme darstellt.

Fördermöglichkeiten im Bereich der beruflichen Weiterbildung sind beispielsweise bei der Bundesagentur für Arbeit vorhanden. Laut Stellungnahme der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit erfolgt die Finanzierung der durch die Bundesagentur für Arbeit durchgeführten Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung im Bereich SGB III über Beitragsmittel sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Finanzierung der Maßnahmen im Bereich des SGB II erfolgt aus dem Eingliederungsbudget der Grundsicherungsstellen.

Im Bereich der Aufstiegsfortbildung ist das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz oder kurz gesagt: das Meister-BAföG zu nennen. Das Gesetz hat zum Ziel, Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung finanziell zu unterstützen und sie zu Existenzgründungen zu ermutigen. Das Meister-BAföG wird gemeinsam von Bund (78 %) und den Ländern (22 %) finanziert. Insgesamt wurden in Baden-Württemberg durch das Land (Zuständigkeitsbereich Wirtschaftsministerium) und durch den Bund bisher pro Jahr insgesamt ca. 20 Mio. Euro für ca. 24.000 geförderte Teilnehmer ausgegeben.

Im Bereich der Anpassungsfortbildung ist beispielsweise die vom Wirtschaftsministerium aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Ziel 2 finanzierte Fachkursförderung anzuführen. Im Rahmen des Förderprogramms Fachkurse fördert das Wirtschaftsministerium die Teilnahme an Kursen der Anpassungsfortbildung. Antragsberechtigte Veranstalter sind öffentliche und private Weiterbildungsträger, die mit ihrem beruflichen Weiterbildungsangebot schon mindestens 3 Jahre am Markt sind. Eine wesentliche Zielgruppe der Förderung sind Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen. Dabei wird die Personengruppe der Frauen und Männer ab 50 Jahren in der Förderung besser gestellt, da die berufliche Weiterbildungsbeteiligung des Personenkreises im Alter von 50 bis 64 Jahren laut der länderspezifischen Studie „Weiterbildung in Baden-Württemberg im Rahmen des Berichtssystems Weiterbildung“ insgesamt geringer ausgeprägt ist als die der jüngeren Altersgruppen. Es bedarf daher verstärkter Anreize, diese für eine berufliche Weiterbildung insgesamt aufzuschließen. Daher beträgt bei Personen ab 50 Jahren der Zuschuss für förderfähige Schulungen 50 Prozent der zuschussfähigen Teilnahmegebühren. Bei Personen bis 50 Jahre beträgt der Zuschuss dagegen 30 % der zuschussfähigen Teilnahmegebühren.

Des Weiteren können Weiterbildungsinteressierte unter bestimmten Voraussetzungen die „Bildungsprämie“ des Bundes erhalten, wenn sie einen Kurs, einen Lehrgang oder ein Seminar besuchen, um im Beruf voranzukommen.

Die Investitionen in die Bildungszentren des Handwerks werden gemeinsam von Land, Bund und Handwerksorganisationen getragen. Die Durchführungskosten finanzieren sich hauptsächlich durch Teilnehmergebühren, für die es jedoch diverse Fördermöglichkeiten gibt. Im Handwerk spielt das Meister-BAföG eine große Rolle sowie die Fachkursförderung. Im Jahr 2007 haben 3.400 Handwerksgehlen die Meisterprüfung abgelegt. Nach Schätzungen des Baden-Württembergischen Handwerkstages haben zwei Drittel davon Meister-BAföG erhalten.

In der *allgemeinen Weiterbildung* stehen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport für die Förderung der Volkshochschulen, der kirchlichen Erwachsenenbil-

dungseinrichtungen und Familienbildungsstätten sowie der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen im Jahr 2009 rund 11 Mio. Euro zur Verfügung. Die Förderung erfolgt gemäß Weiterbildungsförderungsgesetz und der dazu gehörigen Durchführungsverordnung.

Die Arbeit der Volkshochschulen, deren Schwerpunkt in der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung liegt, wird laut deren Stellungnahme aus zwei Quellen: den öffentlichen Zuschüssen und den Eigeneinnahmen finanziert. 2008 trug in Baden-Württemberg die öffentliche Förderung durch die Gemeinden (25,9%), das Land (5,8%) und die Landkreise (3,1%) zu gut einem Drittel zur Finanzierung der Volkshochschulen bei. Zwei Drittel werden durch eigene Einnahmen, insbesondere durch Teilnahmeentgelte, gedeckt. Dabei beträgt der Anteil der Teilnahmeentgelte an der Gesamtfinanzierung in Baden-Württemberg 57,0%. Weitere eigene Einnahmen sind Drittmittel mit 8,2%.

Dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum stehen für die Förderung der Weiterbildung im ländlichen Raum im Jahr 2009 2,2 Mio. Euro zur Verfügung, im Vorjahr waren es 2,25 Mio. Euro. Gefördert wird damit die ländliche Erwachsenenbildung auf der Grundlage des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes sowie des Weiterbildungsförderungsgesetzes und der dazu ergangenen Durchführungsverordnung. Die Erhöhung der Weiterbildungsförderung von 1,6 Mio. Euro im Jahr 2006 auf nunmehr 2,2 Mio. Euro im Jahr 2009 beruht insbesondere auf zeitlich beschränkten Erhöhungen im investiven Bereich.

Die Finanzierung der *wissenschaftlichen Weiterbildung* an den Hochschulen erfolgt aus Teilnehmerentgelten und den den Hochschulen aufgrund des Staatshaushaltsplanes allgemein zur Verfügung stehenden Mitteln.

4. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Fort- und Weiterbildung, unterteilt in die Bereiche der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, vor dem Hintergrund der Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft und der damit auch verbundenen höheren Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt zu?

Zu 4.:

Die Landesregierung misst der Fort- und Weiterbildung eine große Bedeutung zu, insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklung hin zur wissensintensiven Wirtschaft und zur Wissensgesellschaft, der damit auch verbundenen höheren Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt sowie der demografischen Entwicklung.

Nicht nur die Arbeitswelt befindet sich im Umbruch: Wirtschaftliche, demografische, soziale und kulturelle Veränderungen beeinflussen Arbeits- und Lebensprozesse. Angesichts der vielfältigen individuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen wird lebensbegleitendes Lernen unabdingbar. In einer „Welt im Wandel“ wird die Weiterbildung im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und unseres Landes zur unverzichtbaren vierten Säule unseres Bildungssystems.

Wo der Innovationsdruck steigt und die „Halbwertszeit“ von Wissen sinkt, sind nicht nur laufende Aktualisierung und Neuerwerb von Wissen nötig, sondern weitergehende Kompetenzen. Über die reine Beschäftigungsfähigkeit hinaus ist „Weiterbildung“ auch im umfassenden Sinne erforderlich, um den tiefgreifenden Herausforderungen begegnen zu können. Eine Weiterbildung, die auch Orientierungskompetenzen vermittelt, neben den kognitiven die sozialen, emotionalen, ästhetischen und motorischen Aspekte der Persönlichkeitsbildung nicht vernachlässigt und Allgemeinbildung als Schlüsselkompetenz begreift, sichert Zukunftsfähigkeit.

Aus Sicht des Wirtschaftsministeriums wird sich die Bedeutung der permanenten *beruflichen Weiterbildung* für die Unternehmen zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und für den Einzelnen zur Sicherung seiner Beschäftigungsfähigkeit noch weiter erhöhen. So misst der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag der beruflichen Weiterbildung eine große Bedeutung für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie für die persönliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen zu.

Mittel- und langfristig wird auf Baden-Württemberg vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein wachsender Fachkräftemangel zukommen. Hinzu kommt, dass die Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt weiter zunehmen. Bereits im Jahr 2015 werden in Baden-Württemberg rund 280.000 Erwerbstätige fehlen, bis zum Jahr 2030 droht die Arbeitskräftelücke dann sogar auf voraussichtlich 500.000 Erwerbstätige anzuwachsen. Dies ist das Ergebnis der vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie der Prognos AG zum „Qualifizierungsbedarf 2015 und 2030 in Baden-Württemberg“.

Laut der Studie wird sich bei der Tätigkeitsstruktur in Baden-Württemberg beispielsweise eine anteilige Reduzierung der produktionsnahen Tätigkeiten (u. a. Fertigen, Be- und Verarbeiten, Maschinen einrichten, Reparieren, Renovieren) von über 25 % im Jahr 2000 auf 19 % im Jahr 2030 ergeben. Leicht abnehmen werden die primären Dienstleistungstätigkeiten (u. a. Ein-/Verkaufen, Reinigen, Abfall beseitigen, Bewirten, Beherbergen, Fahrzeug führen) von 33,5 % auf 33,1 %. Gleichzeitig nehmen die verwaltenden und organisatorischen Tätigkeiten sowie die wissensbasierten Tätigkeiten zu. Die wissensbasierten Tätigkeiten (u. a. Messen, Prüfen, Erproben, Forschen, Entwickeln, Werbung, Marketing, Erziehen, Ausbilden, Lehren, Beraten, Informieren) erhöhen sich von knapp über 18 % auf rund 25 %. Dieser Strukturwandel hin zur Wissensgesellschaft zeigt sich auch bei den Qualifikationsanforderungen. Insgesamt ist bis 2030 eine stärkere Nachfrage nach höher qualifizierten Tätigkeiten zu erwarten.

Die Prognos-Studie zeigt, dass der Bildung, insbesondere der beruflichen Bildung und einer permanenten beruflichen Weiterqualifizierung eine wichtige Rolle bei der Vermeidung des Fachkräftemangels zukommt. Für den Einzelnen bedeutet dies, dass in seinem Erwerbsleben verstärkt eine permanente berufliche Weiterbildung unabdingbar sein wird, um den sich erhöhenden und wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt gewachsen zu sein. Erforderlich ist beispielsweise in den Unternehmen eine entsprechende Personalentwicklung, aber auch die Eigenverantwortung der Einzelnen für den Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit ist gefordert. Eine hervorragende Basis für die berufliche Weiterbildung bietet dabei eine fundierte berufliche Ausbildung.

Für den Baden-Württembergischen Handwerkstag spielt im Handwerk die Fort- und Weiterbildung eine entscheidende Rolle. Die Betriebe müssen die vielen technischen Neuerungen der heutigen Zeit kennen und anwenden lernen. Dazu gehören beispielsweise technische Neuerungen und Normen im Bereich der Energieeinsparung. Darüber hinaus nehmen die Dienstleistungsorientierung und Kommunikation eine bedeutende Rolle ein. Im Zuge des sich abzeichnenden Fachkräftemangels und des demografischen Wandels werden auch die Bereiche Personal- und Organisationsentwicklung aus Sicht des Handwerks immer wichtiger. Vor dem Hintergrund steigender Anforderungen in der Arbeitswelt und einer veränderten Berufswegeplanung nimmt auch die Bedeutung akademischer Weiterbildungsmöglichkeiten zu.

Allgemeine und berufliche *Weiterbildung*, wie sie beispielsweise die Volkshochschulen und kirchlichen Bildungswerke anbieten, analysiert die vielfältigen Wandlungsprozesse, unterstützt die Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung dieses Wandels durch die Vermittlung entsprechender Kompetenzen und ermöglicht es ihnen, sich die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Wertmaßstäbe anzueignen. Sie ermöglicht ferner Sinnsuche und -deutung, kann fachliche, generationsspezifische, soziale und andere Disparitäten im Bildungsbereich verringern und verbessert die Beschäftigungschancen und erleichtert berufliche Mobilität. Weiterbildung ist von besonderer Bedeutung für Bürgerinnen und Bürger mit geringer Vorbildung und damit einhergehend häufig geringem Einkommen.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum legen im Hinblick auf den hohen Stellenwert der Fort- und Weiterbildung die Schwerpunkte auf die berufliche und allgemeine Weiterbildung, d. h. Weiterbildung wird dabei immer als Mittel verstanden, die Menschen zu gewinnen, innovativ zu sein und Arbeit und Beschäftigung als Weg zu mehr Wissen und Können sowie zu mehr Handlungsfähigkeit – auch im Sinne von Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung – zu erkennen. Dadurch können auch soziale Folgekosten gesenkt werden.

Bildung ist jedoch mehr als Wissen und Lernen. Bildung zielt auf die Entfaltung der Person in ihren vielfältigen Beziehungen und in diesem Sinn auf den Erwerb persönlicher, religiöser, sozialer, politischer und beruflicher, geistiger und körperlicher Fähigkeiten. Dazu gehört der Zugang zu Wissen und Information, zu Bildungs- und Lernmöglichkeiten, die Suche nach Sinn und Orientierung und die Kunst das eigene Leben und die jeweilige Lebenswelt in der Beziehung zum Anderen verantwortlich mit zu gestalten. Bildung umfasst die Kompetenz, Stellung zu nehmen und im Dialog eigene Positionen zu entwickeln und zu klären. Zur Bildung gehört die Befähigung, Pluralität zu bejahen, Konflikte anzunehmen und sie in der Haltung gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung zu bearbeiten.

Auch die *wissenschaftliche Weiterbildung* im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gewinnt unter dem Gesichtspunkt „Lebenslanges Lernen“ zunehmend an Bedeutung. Um insbesondere den sich wandelnden Anforderungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit Rechnung zu tragen, aber auch, um einen Wiedereinstieg in den Arbeitsprozess z. B. nach der Familienphase zu ermöglichen, ist es deshalb erforderlich, dass das bereits vorhandene Angebot ausgeweitet wird.

5. Durch welche Maßnahmen wird der Bedeutung einer permanenten Fort- und Weiterbildung, unterteilt in die Bereiche der beruflichen Weiterbildung, der allgemeinen Weiterbildung sowie der wissenschaftlichen Weiterbildung, Rechnung getragen?

Zu 5.:

Die *Bundesagentur für Arbeit* fördert laut Stellungnahme der Regionaldirektion Baden-Württemberg Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach den Bereichen der §§ 77 ff. SGB III über Bildungsgutscheine, wenn eine Qualifizierung zur beruflichen Eingliederung im Einzelfall notwendig ist oder dadurch Arbeitslosigkeit verhindert werden kann. Die Förderung von Berufsabschlüssen für Ungelernte erfolgt ebenfalls nach dieser Rechtsvorschrift. Weitere Instrumente der Bundesagentur für Arbeit sind:

- Förderung beruflicher Weiterbildung während des Bezuges von Kurzarbeitergeld,
- Förderung beruflicher Weiterbildung während des Bezuges von Transferleistungen,
- Weiterbildung gering qualifizierter oder älterer Arbeitnehmer (WeGebAU),
- Weiterbildungsförderung für wieder eingestellte Mitarbeiter in der Zeitarbeit,
- Initiative zur Qualifizierung Geringqualifizierter (ab 2010 Initiative zur flankierung des Strukturwandels).

Aus Sicht des Wirtschaftsministeriums bedarf es oftmals noch einer weiteren Sensibilisierung und Aufschließung sowohl von Unternehmen als auch von Beschäftigten für die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung sowie einer finanziellen Hilfestellung. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung durch das Wirtschaftsministerium erfolgt dabei unter Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes und der Hilfe zur Selbsthilfe.

Das *Wirtschaftsministerium* fördert beispielsweise im Bereich der beruflichen Weiterbildung insgesamt 34 regionale Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung mit insgesamt rund 500.000 Euro pro Jahr. Die regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung sind regionale Zusammenschlüsse von Weiterbildungsträgern auf freiwilliger Basis in allen Stadt- und Landkreisen. Sie bilden ein flächendeckendes Netz und verstehen sich als Qualitätsgemeinschaft. Sie informieren über regionale Weiterbildungsangebote, erstellen die Veranstaltungsbroschüre „fit durch fortbildung“, führen Berufsbildungstage durch und beraten bei diesen. Die regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung werden durch dreizehn Regionalbüros der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung in ihren Aufgaben unterstützt. Diese haben als eine wesentliche Zielsetzung, ein weiterbildungsfreundliches Klima zu schaffen, insbesondere durch

Werbung und neutrale Information über berufliche Weiterbildungsangebote in der Region. Die Regionalbüros werden derzeit pro Jahr mit rund 1,2 Mio. Euro bezuschusst. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Ziel 2 und aus Landesmitteln.

Ebenfalls zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung tragen das Fachkursprogramm (vgl. hierzu Ausführungen zu III. 3.) und das Programm „Qualifizierungsberatung und Personalentwicklung“ bei. Nach diesem Programm können Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten einen Antrag auf Förderung eines externen Coaching stellen. Das Coaching hat zwei Schwerpunkte. Der erste liegt in der Qualifizierungs- und Weiterbildungsberatung. Dadurch wird Betrieben Hilfestellung dabei geleistet, passgenaue Qualifizierungsangebote zu erhalten und umzusetzen. Ziel ist es vor allem, kurzfristige Hilfe zu leisten, um Zeiten der Kurzarbeit für die berufliche Weiterbildung der betroffenen Beschäftigten sinnvoll zu nutzen und gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Der zweite Schwerpunkt des Coaching liegt in der systematischen Personalentwicklung. Hier sollen Impulse zur Einführung einer zielgruppenspezifischen oder einer allgemeinen Personalentwicklung bei Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten gesetzt werden. Im Fokus der zielgruppenspezifischen Personalentwicklung stehen weiterbildungsferne Beschäftigte, die als Fachkräfte im eigenen Unternehmen gewonnen werden sollen. Hierzu zählen Personengruppen wie An- und Ungelernte und über 50-Jährige, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger sowie Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Daneben wird auch die Einführung einer allgemeinen Personalentwicklung unterstützt. Die Förderung im Rahmen des Programms „Qualifizierungsberatung und Personalentwicklung“ wird aus Mitteln des ESF Ziel 2 und aus Landesmitteln finanziert.

Darüber hinaus wird auf die Fördermöglichkeit nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) verwiesen (vgl. hierzu Ausführungen zu III. 3.). Außerdem fördert das Wirtschaftsministerium aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Ziel 2 beispielsweise die Entwicklung der beruflichen Weiterbildungsanbieter zum Bildungsdienstleister durch zwei Projekte.

Das *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport* trägt der Bedeutung der Fort- und Weiterbildung dadurch Rechnung, dass die Weiterbildungseinrichtungen nach dem Weiterbildungsförderungsgesetz bezuschusst werden. Weitergehende Maßnahmen unterliegen wegen der Subsidiarität in der Weiterbildung den Weiterbildungsträgern. So versuchen beispielsweise die Volkshochschulen durch ihr breit gefächertes Angebot, hohe Qualität der Bildungsmaßnahmen, permanente Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkshochschulen, durch ihre flächendeckende Struktur und ihre sozialverträglichen Preise der Bedeutung permanenter Weiterbildung Rechnung zu tragen.

Außerdem wird durch das gemeinsame Weiterbildungsportal des Wirtschaftsministeriums und des Kultusministeriums <http://www.fortbildung-bw.de/wb/> wesentlich zur Transparenz auf dem Weiterbildungsmarkt und dadurch zur Steigerung der Weiterbildungsmotivation beigetragen.

Das *Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum* legt großen Wert auf die permanente Qualifizierung. Aufbauend auf einer Erstausbildung beispielsweise in einem der 14 landwirtschaftlichen Berufe (Gärtner/-in, Landwirt/-in, Hauswirtschaft etc.) über die Fortbildungsabschlüsse Wirtschaftler/-in oder Techniker/-in bis hin zum Meister/zur Meisterin, unterstützt das Ministerium das lebenslange Lernen durch die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen. Hier wird auf den Bericht zur Weiterbildung, verabschiedet vom Ministerrat am 4. März 2008, verwiesen. Die Übergänge zwischen der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung sind dabei fließend. Insbesondere die landwirtschaftlichen Landesanstalten im Ressortbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum werden zu Wissenszentren weiterentwickelt. Sie leisten in Verbindung mit der Officialberatung der Landwirtschaftsverwaltung und den fachlich spezialisierten landwirtschaftlichen Beratungsdiensten den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die landwirtschaftlichen Betriebe und unterstützen somit die landwirtschaftlichen Unternehmen dabei, Innovationen in der Praxis zu integrieren und durch Anwendung neuester ökonomischer und ökologischer Erkenntnisse die Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommen der landwirtschaftlichen Unternehmen zu sichern.

Das *Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst* betont die zunehmende Bedeutung der wissenschaftlichen Weiterbildung. Das Landeshochschulgesetz enthält den Auftrag an die Hochschulen, zur Vermittlung weiterer wissenschaftlicher, künstlerischer oder beruflicher Qualifikationen oder zur Heranbildung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses Angebote der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung einzurichten. Die Hochschulen haben für Weiterbildungsstudiengänge Gebühren zu erheben. Die Hochschulen führen die wissenschaftliche und künstlerische Weiterbildung in Form von Studiengängen für Absolventen eines ersten Hochschulstudiums (postgraduale Studiengänge) und Kontaktstudien durch. Die Bemühungen der Hochschulen, ihr Weiterbildungsangebot weiter auszubauen und dabei die Chance zur Profilschärfung zu nutzen, werden von der Landesregierung nachdrücklich begrüßt. Das Land hat zahlreiche Anreize geschaffen, um es den Hochschulen zu erleichtern, sich in der Kernaufgabe wissenschaftliche Weiterbildung noch stärker zu engagieren. Zum einen können die Hochschulen Veranstaltungen des Kontaktstudiums aufgrund von Kooperationen auch außerhalb des Hochschulbereichs durchführen (vgl. hierzu auch Antwort zu Ziffer III. 1.). Zum anderen können die Hochschulen gemäß § 31 Abs. 2 LHG private Bildungseinrichtungen mit der Durchführung der Lehre im Rahmen postgradualer Studiengänge, die keine konsekutiven Studiengänge im Sinne des § 29 Abs. 4 LHG sind, beauftragen. Durch Vertrag, welcher der Zustimmung des Wissenschaftsministeriums bedarf, ist sicherzustellen, dass die von der privaten Bildungseinrichtung verpflichteten Lehrenden mindestens die Voraussetzungen des § 56 Abs. 2 Satz 1 LHG erfüllen, allein den Hochschulen die inhaltliche, didaktische, strukturelle, kapazitäre und zeitliche Festlegung des Lehrangebots im Rahmen der maßgeblichen Studien- und Prüfungsordnung obliegt und die von der privaten Bildungseinrichtung erbrachte Lehre in das Qualitätsmanagement nach § 5 Abs. 1 LHG sowie in die Eigen- und Fremdevaluationen der Hochschule nach § 5 Abs. 2 LHG einbezogen wird. Als Beispiel wird auf die Mannheim Business School gGmbH verwiesen. Aus zentralen Mitteln des Wissenschaftsministeriums standen in den letzten Jahren für Maßnahmen zur Förderung der Medienentwicklung und Weiterbildung an den Hochschulen jährlich zwischen rd. 250.000 und 335.000 Euro zur Verfügung, die in erster Linie für die institutionelle Förderung der Fernstudienzentren Schwäbisch Gmünd und Villingen-Schwenningen sowie für projektbezogene Förderung, z. B. Anschubfinanzierung für das im Jahr 2007 angelaufene Projekt der Universität Ulm „3-Generationen-Universität“, eingesetzt wurden.

Darüber hinaus fördern das Wissenschaftsministerium und der Europäische Sozialfonds (ESF) entsprechende Angebote an den Hochschulen des Landes. Die auf die Zielgruppe älterer Akademiker und Akademikerinnen ausgerichteten Programme der wissenschaftlichen Weiterbildung werden mit insgesamt 6,88 Mio. Euro bis 2013 gefördert.

Ferner stärkt das Land mit dem Förderprogramm Master Online die wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen des Landes und den Ausbau moderner Wissensmedien. Gegenstand der Förderung sind Konzeption, Entwicklung, Einrichtung und Durchführung von neuen multimedial aufbereiteten, online-gestützten Aufbaustudiengängen in Fachrichtungen, für die eine hohe Nachfrage besteht. Zum Studium zugelassen werden kann, wer über einen Abschluss in einem grundständigen Hochschulstudium verfügt. In zwei Förderphasen wurden bzw. werden insgesamt 15 Studiengänge etabliert. Beispielfür den Bereich wissensintensiver Dienstleistungen sind dabei die Studiengänge „Bauphysik“, „Logistikmanagement“, „Intelligente Eingebettete Mikrosysteme (IEMS)“, „Taxation“ und „Palliative Care“ zu nennen. Das Land setzt für das gesamte Programm rund 12,8 Mio. Euro ein.

IV. Strategien, Konzepte und Maßnahmen für eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik des Landes

1. Welchen Strategien und Konzepten folgt die Landesregierung, um die Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich noch besser auszuschöpfen?

Zu 1.:

Die Landesregierung setzt in ihrer Dienstleistungspolitik an den Stärken der baden-württembergischen Wirtschaft an und folgt mit ihren Strategien und Konzepten einem integrierten, ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Ansatz. Baden-Württemberg ist in der industriellen Produktion und im Export von Waren (Sachgütern) gut aufgestellt. Als Leitbild für die baden-württembergische Dienstleistungspolitik gilt es, im Dienstleistungsbereich die gleiche Exzellenz zu erreichen, die das Land im industriellen Produktionsbereich auszeichnet. Ziel der Landesregierung ist es, die Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungspotenziale von Dienstleistungen nicht nur in den Branchen des Dienstleistungssektors, sondern in der Gesamtwirtschaft, also auch in den Industrieunternehmen noch besser auszuschöpfen. Denn industrielle Wertschöpfung und Dienstleistungen werden vielfach in leistungsfähigen und wissensbasierten Netzwerken und Clustern erbracht. Mit einem in dieser Art einmaligen Industrie-Dienstleistungsverbund hat Baden-Württemberg seine Stellung auf den Weltmärkten stärken und ausbauen können.

Darüber hinaus gilt es, auch die Potenziale eigenständiger Dienstleistungsfelder wie Tourismuswirtschaft, Gesundheitswirtschaft oder Kreativwirtschaft noch stärker zu erschließen.

Aus dem Blickwinkel der regionalen Strukturpolitik hat für die Landesregierung auch die Versorgung mit Dienstleistungen einen hohen Stellenwert. Ein entsprechendes Angebot bildet ein wichtiges Element für die Lebensqualität der Bürger, die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen sowie die Lebendigkeit und Funktion von Städten und Gemeinden. In kleineren Gemeinden im ländlichen Raum, aber auch in Orts- bzw. Stadtteilen größerer Gemeinden und Städte, bestehen zunehmend Probleme bei der verbrauchernahen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Vor allem die demografische Entwicklung stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Um Lösungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu entwickeln, hat die Landesregierung im August 2006 einen ressortübergreifenden Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ unter der Federführung des Ministeriums für Ernährung und Ländlicher Raum eingesetzt. Der Kabinettsausschuss erarbeitete zukunftsorientierte Zielvorstellungen und konkrete Handlungsempfehlungen für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums. Hierzu gehören u. a. eine ortsnahe ambulante und stationäre medizinische Versorgung, die Versorgung mit neuen Medien, das Thema Existenzgründung und Unternehmensnachfolge, die Stärkung des Tourismus oder die Bedeutung kultureller Angebote im ländlichen Raum. So wurden zusammen mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Vorschläge und Lösungsansätze im Bereich der medizinischen Versorgung erarbeitet. Diese werden derzeit in Modellprojekten, wie z. B. zur „Telemedizin“ oder „Verbundweiterbildung Plus Ländlicher Raum“, erprobt. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium wurde als integraler Bestandteil des Tourismuskonzepts Baden-Württemberg eine Tourismuskonzeption für den ländlichen Raum erarbeitet. Zudem werden mit der Breitbandinitiative Ländlicher Raum umfangreiche Mittel zur Anbindung des ländlichen Raums an das schnelle Internet eingesetzt.

Auch die Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg trägt mit ihrer Tätigkeit als Informationszentrum und dialogorientiertes Forum zur Stärkung des ländlichen Raums bei. Das Themenspektrum ist sehr breit angelegt und deckt die Bereiche Kommunalentwicklung, Landschaft, Landwirtschaft sowie Kultur und Neue Medien ab. Hierdurch wird eine intensive Kooperation mit den Kommunen und mit regionalen Trägern der Erwachsenenbildung gepflegt.

Insgesamt erwartet der Einzelhandelsverband Baden-Württemberg, dass im Verlauf der demografischen Entwicklung und des Strukturwandels sich der Einzelhandel wieder verbrauchernäher und kleinteiliger aufstellen würde, weil die Kon-

umenten dies so verlangen. Augenblicklich zeichne sich ein solcher Trend bei der Stärkung der wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ab, der unter anderem auch der immer älter werdenden und teilweise immobilen Bevölkerung geschuldet sei.

Die Landesregierung hält folgende Strategien und Konzepte für wichtig:

- Image, Bewusstsein und Dienstleistungskultur fördern

Dienstleistungen werden angesichts der Wettbewerbsintensivierung und des wirtschaftlichen Strukturwandels zum Schlüsselbegriff, wenn in Deutschland und Baden-Württemberg über Innovation, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gesprochen wird. Eine umfassende Dienstleistungskultur ist für die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen in der Industrie wie in der Dienstleistungswirtschaft von immenser Bedeutung. Gute Beispiele, mit denen die wirtschaftspolitische Bedeutung von Dienstleistungen herausgestellt wird, sind der „Dienstleister-Wettbewerb“ und der „Zukunftspreis Handel Baden-Württemberg“. Gemeinsam mit dem Sparkassenverband und unter Schirmherrschaft des Wirtschaftsministeriums verleiht der Einzelhandelsverband den Zukunftspreis Handel Baden-Württemberg an Unternehmen, die sich durch herausragende und zukunftsfähige Leistungen auszeichnen.

- Kooperation, Vernetzung und Cluster

Die Landesregierung will in Technologie- und Kompetenzfeldern, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg von strategischer Bedeutung und die für das wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Profil des Landes prägend sind, durch eine gezielte Förderung die Zusammenarbeit im Rahmen von Innovationsplattformen und Netzwerken stärken. Dabei kommt es insbesondere auch darauf an, Kooperationen über Branchen und Technologiegrenzen hinweg zu initiieren, weil Innovationen häufig genau an diesen Schnittstellen entstehen.

Die Prognos AG hat in diesem Kontext dem Wirtschaftsministerium 18 Kompetenzbereiche als Zielfelder der Clusterpolitik des Landes empfohlen. Diesen werden von den Experten eine besondere Bedeutung für Baden-Württemberg und gute Wachstumsperspektiven sowie Marktpotenziale zugerechnet. Zu diesen 18 Kompetenzbereichen und Zielfeldern zählen auch u. a. die für die Gesundheitswirtschaft relevanten Technologien wie Medizintechnik und Biotechnologie, aber auch Querschnittsbereiche wie Informationstechnologie/Unternehmenssoftware, Telekommunikation, Wissenswirtschaft, Medien-, Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Logistik (s. auch Ziff. I. 4. dieser Anfrage). Diese Prognos-Empfehlungen bilden die Grundlage für die Förderung von landesweiten Innovationsnetzwerken, mit denen die Landesregierung die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Standortes Baden-Württemberg erhalten und weiter ausbauen will. Für den Auf- und/oder Ausbau landesweiter Netzwerke in den noch nicht organisatorisch abgedeckten Technologie- und Kompetenzfeldern wurden bereits Wettbewerbe ausgeschrieben bzw. werden solche noch ausgeschrieben. Dazu gehören auch dienstleistungsgeprägte Zielfelder wie zum Beispiel die Logistik.

Das Wirtschaftsministerium hat außerdem mit der Zielsetzung, weitere regionale Innovations- und Clusterpotenziale zu aktivieren, den „Wettbewerb zur Stärkung regionaler Cluster in Baden-Württemberg“ aufgelegt. Der Wettbewerb fand mit 36 Bewerbungen aus einem breiten Kompetenzspektrum, auch aus dem wissensintensiven Dienstleistungsbereich, und einer großen regionalen Abdeckung eine hohe Resonanz. Eine unabhängige Jury verständigte sich auf 12 preisgekrönte Vorhaben aus einem breiten Branchenspektrum, darunter auch die wissens- und dienstleistungsorientierten Branchen Biotechnologie und Filmwirtschaft. Die 2. Runde des regionalen Clusterwettbewerbs soll 2010 gestartet werden.

Auch in den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgeschrieben clusterrelevanten Wettbewerben „Spitzencluster“ und „Gesundheitsregionen der Zukunft“ konnten bislang insgesamt drei Antragsinitiativen aus Baden-Württemberg prämiert werden, von denen zwei die stark wissensorientierte Biotechnologie betreffen.

Eine wichtige Basis für die Weiterentwicklung der landesweiten Dienstleistungsstrategie ist die Vernetzung und die enge Kooperation mit den Kammern und Verbänden der Dienstleistungswirtschaft des Landes, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft der Dienstleistungsverbände Baden-Württemberg (Einzelhandelsverband Baden-Württemberg, DEHOGA Baden-Württemberg, Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb Baden-Württemberg [CDH] e. V., Verband für Dienstleistung, Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg e. V.), dem Baden-Württembergischen Handwerkstag, dem Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag – Federführung Dienstleistung, dem Landesverband der Freien Berufe oder den Landesverbänden im Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi).

Wichtige Impulse für die Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen Dienstleistungsstrategie bringt auch die Vernetzung im Bund-Länder-Ausschuss Dienstleistungswirtschaft mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und den Ländern.

- Dienstleistungsinnovationen und Wissenstransfer in Unternehmen befördern

Die Landesregierung misst einer Verstärkung der Innovationstätigkeit im Dienstleistungsbereich eine hohe Bedeutung bei. Strategisches Ziel des Kooperationsprojektes „Dienstleistungsinnovation und Wissenstransfer“ von Wirtschaftsministerium, Landesstiftung Baden-Württemberg, Projektträger im DLR sowie Kammern und Verbänden ist die Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen. Von besonderer Bedeutung ist der Innovations- und Wissenstransfer. Dabei geht es vor allem darum, das Spektrum der praktischen Innovationspolitik für die mittelständischen Unternehmen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungswirtschaft und für die Freien Berufe zu erweitern.

Ein weiterer strategischer Ansatz ist das Modellvorhaben Innovationsgutscheine.

Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das seit Februar 2008 nach niederländischem, irischem und österreichischem Vorbild Innovationsgutscheine an kleine und mittlere Unternehmen ausgibt. Innovationsgutscheine sollen die Planung, Entwicklung und Umsetzung neuer Produkte, Produktionsverfahren oder Dienstleistungen bzw. eine wesentliche qualitative Verbesserung bestehender Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen unterstützen. Mit Hilfe der Innovationsgutscheine können Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten und höchstens 20 Mio. Euro Umsatz/Bilanzsumme Unterstützung für Innovationsvorhaben von bis zu 7.500 Euro erhalten. Die Unternehmen können die Innovationsgutscheine bei öffentlichen oder privaten Instituten weltweit, aber auch bei Forschungs- und Entwicklungsabteilungen aus produzierenden Unternehmen oder bei Ingenieur- oder Designbüros einlösen. Unter den Branchen sind die unternehmensnahen Dienstleistungen mit ca. 22 % vertreten. Auch das Handwerk ist in seiner ganzen Branchenbreite gut vertreten.

- Eigenständige Forschung zu Dienstleistungen verstärken

Die Landesregierung misst der Dienstleistungsforschung einen eigenständigen Charakter zu. Die Forschungsthemen Dienstleistungsentwicklung, Dienstleistungsstandardisierung oder Internationalisierung sind branchenübergreifend von Interesse und erfordern auch branchen- und sogar sektorübergreifende Lösungen, da (produktbegleitende) Dienstleistungen auch für Produktions- und Industriebetriebe eine zunehmende Bedeutung erhalten. Diese Themen wurden und werden von baden-württembergischen Forschungseinrichtungen maßgeblich geprägt und weiterentwickelt. Nach Einschätzung von Experten etabliert sich mit dem Thema „Service Science“ eine Disziplin, die möglicherweise zukünftig das „Dach“ der Dienstleistungsforschung bildet. Die Landesregierung wird daher Sorge tragen, dass die hervorragende Infrastruktur für die Dienstleistungsforschung und damit die Vorreiterrolle Baden-Württembergs auf diesem zukunftsweisenden Wissenschaftsfeld weiter ausgebaut wird.

- Gründung von Dienstleistungsunternehmen unterstützen

Fast 80 % der Unternehmensgründungen können dem Dienstleistungsbereich zugeordnet werden und stellen somit in nahezu allen Maßnahmen den Großteil der (potenziellen) Gründerinnen und Gründer dar. Mit innovativen Förderansätzen im Rahmen der Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg (ifex) und der Unterstützung von Kammern, Verbänden, Wirtschaftsförderungseinrichtungen, Hochschulen, Schulen, Behörden und Initiativen der Privatwirtschaft hat sich in den letzten Jahren ein diversifiziertes Informations-, Qualifizierungs-, Beratungs- und Finanzierungsangebot entwickelt, mit dem Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich der Gründungsinitiativen einen der vorderen Plätze einnimmt. Darauf aufbauend stehen aktuell folgende Maßnahmen im Fokus der ifex:

- Förderung einer neuen Kultur der Selbstständigkeit und des Unternehmertums durch Maßnahmen zur Unterstützung von unternehmerischem Denken und Handeln an Schulen, im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit und an Hochschulen;
- Harmonisierung des „Starter-Center“-Ansatzes der Kammern mit dem Ansatz des Einheitlichen Ansprechpartners mit dem Ziel eines flächendeckenden, standardisierten Gründerservices im Sinne eines wirklichen One-Stop-Shops;
- weitere Stärkung der Gründungsqualität – Qualitätssicherung in der Gründungsqualifizierung und Modernisierung des Beratungswesens;
- Unterstützung familienexterner Unternehmensnachfolgen;
- Verstärkung der Maßnahmen für innovative und wachstumsstarke Unternehmensgründungen;
- Verbesserung der Kapitalversorgung von Kleinst- und Kleinunternehmen (Mikrofinanzierung)

- Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung

Im *Bereich der dualen Ausbildung* wird seit Ende der 90er-Jahre die Mehrheit der Auszubildenden in Dienstleistungsberufen ausgebildet. Die dualen Ausbildungsberufe werden laufend weiterentwickelt und den Anforderungen des Arbeitsmarktes angepasst. Neue Dienstleistungsberufe werden geschaffen. Beispiele für neue Berufe im Dienstleistungsbereich in den letzten Jahren sind Kaufmann/Kauffrau für Dialogmarketing (seit 2006), Personaldienstleistungskaufmann/Kauffrau (seit 2008) oder Kaufmann im Gesundheitswesen (seit 2001). Insofern trägt das duale Ausbildungssystem der zunehmenden Bedeutung der Dienstleistungen Rechnung. Die Landesregierung begrüßt das Engagement der Unternehmen bei der Ausbildung in den neuen Ausbildungsberufen. Insgesamt misst die Landesregierung der weiteren Professionalisierung von Dienstleistungstätigkeiten im nicht-akademischen Bereich (Dienstleistungsfacharbeit) eine wichtige Bedeutung bei.

Im *akademischen Bereich* werden im Rahmen der zweiten Ausbaustufe des Landesprogramms „Hochschule 2012“ neben weiteren für den Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen relevanten Studiengänge folgende ausgebaut:

- Ernährungsmanagement und Diätetik, Universität Hohenheim,
- Finanzmanagement/International Economics and Finance, Universität Konstanz,
- Medien- und Kommunikationswissenschaft, Universität Mannheim,
- Service Management, Hochschule Furtwangen,
- Technisches Logistikmanagement, Hochschule Heilbronn,
- Dienstleistungsmanagement/Dienstleistungsingenieur, Hochschule Karlsruhe.

- Neues Tourismus- und Bäderkonzept Baden-Württemberg

Die Landesregierung hat gemeinsam mit Beratungsunternehmen und unter Einbezug der betroffenen Akteure in den Jahren 2008 und 2009 die vom Ministerrat am 19. Mai 2009 angenommenen Konzeptionen „Tourismuskonzept Baden-Württemberg“ und „Bäderkonzept Baden-Württemberg – Strategisches Konzept 2020“ erarbeitet.

Das Tourismuskonzept des Landes richtet sich als eine längerfristige strategische Konzeption für den Tourismus des Landes an alle Akteure im Tourismus, von der Ebene des einzelnen Leistungsträgers, über die Kommunen und Tourismusverbände bis hin zu der Ebene des Landes. Es hat in seinem analytischen Teil zunächst die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus insbesondere unter Beschäftigungsaspekten konkretisiert. Daneben wurden die einzelnen Potenziale des Landes in den wichtigsten Themen und Märkten (Gesundheitstourismus, Naturtourismus, Radtourismus, Wandern, Städtetourismus, Kulturtourismus, Genießerland, Familientourismus und Wintersport) untersucht und bewertet. Weiter wurden die Regionen und Reisegebiete unter Nachfrageaspekten hinsichtlich ihres Destinationscharakters bewertet und bestimmt. Die Tourismuskonzeption hat sodann vor dem Hintergrund der Beschreibung der wichtigsten Trends auf Angebots- und Nachfrageseite Aufschluss über den strategischen Rahmen, innerhalb dessen sich die Tourismuswirtschaft des Landes künftig optimalerweise entwickeln sollte, erbracht. Dieser strategische Rahmen ist durch Leitziele, Leitzielgruppen und ein Markenkonzept von Destinations- und Erlebnismarken gekennzeichnet. Für die Bildung dieser Marken wurden insgesamt zwölf Handlungsleitlinien postuliert aus denen fünf Querschnittsaufgaben (Qualitätsmanagement, Innovationsmanagement, Tourismus für alle, Internationalisierung und Verkehr) abgeleitet wurden. Daneben wurden für die in Kern- und Ergänzungsmärkte qualifizierten touristischen Zukunftsmärkte und für den Tourismus im ländlichen Raum Entwicklungsziele definiert und beispielhafte Handlungsoptionen für die touristischen Akteure zur Erreichung dieser Ziele aufgezeigt.

Das Bäderkonzept stellt eine Vertiefung und Konkretisierung der für die Heilbäder und Kurorte in dem Kernmarkt „Gesundheit & Wohlfühlen“ des Tourismuskonzepts gegebenen Aufgaben und Herausforderungen sowie von Lösungsansätzen dafür dar.

Vor diesem Hintergrund besteht auf der Aktionsebene des Landes die Absicht, im Rahmen der Tourismusförderung die in den beiden Konzeptionen aufgezeigten Entwicklungsrichtungen und -ziele im Hinblick auf ihre Anreizwirkung für die weiteren Akteure nachhaltig zu unterstützen.

- Internationalisierung und Dienstleistungsexport

Einen zukunftsorientierten Ansatz für die Erschließung neuer Wachstumschancen im internationalen Bereich sieht die Landesregierung im Dienstleistungsbereich, in dem sich langfristig wachstumsstarke Branchen befinden. Für einen stärkeren Export kommen auch laut Prognos-Globalisierungsreport 2009 vor allem die wissensintensiven unternehmensnahen und die gesundheitsbezogenen Dienstleistungen in Frage.

Ein weiteres, noch intensiver nutzbares Exportfeld eröffnet sich nach Prognos an der Schnittstelle von Industrie und Dienstleistungen. Statt Waren oder Dienstleistungen, die häufig an unterschiedlichen Stellen innerhalb einer Wertschöpfungskette stehen, sollten verstärkt Systeme und Komplettlösungen angeboten und exportiert werden.

- Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen, insbesondere Verringerung der Steuer- und Abgabenlast

Eine wichtige Rolle insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung eines Marktes für personalintensive Dienstleistungen kommt auch der jeweiligen Abgabenlast zu. Eine Reform der Steuer- und Abgabenpolitik mit dem Ziel, die Differenz zwischen brutto und netto zu verringern, könnte die Nachfrage nach personalintensiven Dienstleistungen, insbesondere im Umfeld privater Haushalte stärken und überdies die richtigen Anreize dafür setzen, das legale Angebot zu erhöhen.

2. *Welches sind die wichtigsten Handlungsfelder und Maßnahmen der Dienstleistungspolitik des Landes, insbesondere der „Dienstleistungsinitiative Baden-Württemberg“?*

Zu 2.:

Die wichtigsten Handlungsfelder und Maßnahmen der Dienstleistungspolitik des Landes sind wie folgt:

- Erstes Handlungsfeld:
Projekt: „Dienstleistungsinnovation und Wissenstransfer“

Im Rahmen des Projektes „*Dienstleistungsinnovation und Wissenstransfer*“ fördert die Landesstiftung Baden-Württemberg mit ihrem Programm „*Wissenstransfer Dienstleistungsforschung*“ den Transfer von neuesten Erkenntnissen der Forschung in kleinere und mittlere Unternehmen auf dem Gebiet der unternehmensnahen und produktbegleitenden Dienstleistungen. Die Landesstiftung Baden-Württemberg möchte mit ihrem Programm dazu beitragen, die in Ziffer II. 4. der Anfrage beschriebenen Transferlücke, die zwischen den wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Unternehmenspraxis klafft, zu schließen. Dazu bereiten wissenschaftliche Einrichtungen bereits vorliegende, jedoch zumeist abstrakte/komplexe Erkenntnisse aus der Dienstleistungsforschung zusammen mit Transferinstitutionen so auf, dass diese in mittelständische Unternehmen transferiert werden können (z. B. als Leitfaden, Schulungsunterlagen, Workshops). In einem zweiten Schritt werden die erarbeiteten Vorgehensweisen in Pilotbetrieben erprobt.

Die Ausschreibung des Programms durch den Projektträger im DLR erfolgte im Juli 2008 in den drei Themen professionelle Dienstleistungsentwicklung, Kooperationsmanagement, Standardisierung und Qualitätsmanagement. Aus den 15 Anträgen wurden vier ausgewählt. Für die Laufzeit von zwei Jahren stehen insgesamt eine Million Euro zur Verfügung. Die Projekte sind Mitte 2009 gestartet und laufen bis 2011. Insgesamt sind an den Projekten sechs wissenschaftliche Einrichtungen, elf Transferpartner und über 40 Unternehmen beteiligt. Die ausgewählten Projekte sind:

- Projekt: Erfolg durch Dienstleistungen – Angewandtes Service Engineering für KMU (EDDI)

Forschungseinrichtungen:

Professor Dr. Martin Reckenfelderbäumer

AKAD Wissenschaftliche Hochschule Lahr, Lehrstuhl für Allgemeine BWL/
Schwerpunkt Marketing

Professor Dr. Christoph Uhrhan

AKAD Hochschule Stuttgart, Professur für Maschinenbau

Transferpartner:

Technologiefabrik Karlsruhe

Kompetenzzentrum Minimal Invasive Medizin & Technik Tübingen – Tuttlingen e. V. (MITT)

Technologiezentrum St. Georgen

- Projekt: Optimierung von Total Cost Ownership Dienstleistungen im Maschinen- und Anlagenbau (OpTiMA)

Forschungseinrichtungen:

Profesor Dr. Stefan Schweiger

Hochschule Konstanz, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Transferpartner:

Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee

- Projekt: Transferinitiative – Erfolg mit neuen Dienstleistungen

Forschungseinrichtungen:

Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO)

Itb – Institut für Technik der Betriebsführung im Deutschen Handwerksinstitut

Transferpartner:

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag, Federführung Dienstleistung

Handwerkskammern in Freiburg, Konstanz und Region Stuttgart sowie Kreis-handwerkerschaft Waldshut-Tiengen

- Projekt: Wissenstransfer und Grundlagenbereitung für Technische Dienstleistungen im Maschinen- und Anlagenbau (WiTal)

Forschungseinrichtungen:

Professorin Dr. Gisela Lanza

wbk Institut für Produktionstechnik

Universität Karlsruhe

Transferpartner:

Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald

Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden e. V.

In einem dritten Schritt sollen die erarbeiteten und in Pilotbetrieben erprobten Werkzeuge in ein Gesamtkonzept münden und in die Fläche gebracht, d. h. allen Unternehmen zugänglich gemacht werden. Für diesen Wissens- und Innovationstransfer wird das Wirtschaftsministerium im Rahmen der „*Dienstleistungs-Zukunftswerkstatt Baden-Württemberg*“ zusammen mit den Kammern und Verbänden sowie den Forschungs- und Transfereinrichtungen ein landesweites Transferkonzept vorbereiten und umsetzen. Die gemeinsame Auftaktveranstaltung zur „*Dienstleistungs-Zukunftswerkstatt*“ und zum Programm „*Wissenstransfer Dienstleistungsforschung*“ der Landesstiftung fand am 12. November 2009 beim Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, IAO statt. Wesentliche Aufgabe der Dienstleistungs-Zukunftswerkstatt ist es, den Transfer der Ergebnisse aus der Dienstleistungsforschung auch nach Abschluss des Förderprogramms der Landesstiftung Baden-Württemberg sicherzustellen und den Transferprozess zu verbreitern und zu verstetigen sowie nachhaltig zu gestalten. Ein wesentlicher Eckpfeiler dieses Transferansatzes ist die breite Information, Sensibilisierung und Qualifizierung der Führungskräfte in mittelständischen Unternehmen und in den Freien Berufen, aber auch der Betriebsberater und Weiterbildner für Themen wie Dienstleistungsentwicklung, produktbegleitende Dienstleistungen oder Export von Dienstleistungen.

- Zweites Handlungsfeld:
Logistik-Initiative Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist aufgrund seiner starken industriellen Basis und seiner kaufkräftigen Bevölkerung einer der wichtigsten Logistikmärkte und Standorte in Deutschland. Für die weitere positive Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg ist es von entscheidender Bedeutung, die enge Verflechtung zwischen logistischem Dienstleistungsangebot und der Prosperität unserer Industrie auch im öffentlichen Bewusstsein fest zu verankern.

Die Landesregierung fördert mit einem 6-Punkte-Programm den Logistikstandort Baden-Württemberg, um damit Standortverlagerungen vorzubeugen. Im Rahmen der im Frühjahr 2008 gestarteten Logistik-Initiative Baden-Württemberg engagiert sich das Wirtschaftsministerium in sechs Schwerpunkten zur Stärkung des Logistikstandortes Baden-Württemberg. So wurde mit themenspezifischen Zu-

kunftworkshops sowie zielgruppenspezifischen Veranstaltungen ein dauerhafter Logistik-Dialog im Land etabliert: Auf dem baden-württembergischen Logistik-Kongress fand 2009 bereits zum zweiten Mal ein lebhafter Austausch zwischen Akteuren aus der Logistikbranche, den Wirtschaftsorganisationen, der Wissenschaft, der Wirtschaftsförderung sowie den Kommunen statt. Durch eine branchenspezifische Standortbroschüre in deutscher und englischer Sprache, Standortpräsentationen im In- und Ausland und gezielte Messepräsenz wird das spezifische logistische Profil des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg, aktiv vermarktet.

Für ein besseres Verständnis der logistischen Wertschöpfungskette in Gesellschaft und Politik setzt sich die Logistik-Image-Kampagne ein. Sie steht unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers und wird von Logistikakteuren aus Baden-Württemberg getragen.

Einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der Logistik-Community leistet das baden-württembergische Logistikportal, das Ende 2008 unter *www.logistik-bw.de* frei geschaltet wurde und seit September 2009 in englischer Sprache zur Verfügung steht. Weitere Schwerpunkte sind die Stärkung der horizontalen und vertikalen Vernetzung der Logistikbranche sowie die Pflege der dynamischen Forschungs-, Aus- und Weiterbildungslandschaft.

- Drittes Handlungsfeld:
Erschließung der Wachstums- und Beschäftigungspotenziale in der Gesundheitswirtschaft

Die Wachstumspotenziale der Gesundheitswirtschaft insgesamt und die damit verbundenen Chancen für zahlreiche neue Arbeitsplätze liegen im Hinblick auf die demografische Entwicklung einerseits im Land selbst, andererseits aber auch im internationalen Bereich. Die weitere Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft des Landes und die Profilierung des Gesundheitsstandortes Baden-Württemberg ist daher eine wichtige Aufgabe der Außenwirtschafts- und Standortmarketingpolitik. Dies gilt keineswegs nur für die traditionell starken und exportorientierten baden-württembergischen Branchen Medizintechnik und Pharmaindustrie, sondern auch für die Kernbereiche der Gesundheitsdienstleistungen sowie für Planung, Bau oder Ausrüstung von Krankenhäusern bis hin zur medizinischen Aus- und Weiterbildung.

Daher hat sich die Arbeitsgruppe „Gesundheitsstandort Baden-Württemberg als Marke der Außenwirtschaft“ im Gesundheitsforum Baden-Württemberg die Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft zur Aufgabe gemacht. Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist der Leiter der Abteilung Grundsatz und Außenwirtschaft im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg. Die Arbeitsgruppe will die internationale Spitzenposition des Gesundheitsstandortes Baden-Württemberg stärken und die Marktposition mit Gesundheitsprodukten und Gesundheitsdienstleistungen ausbauen.

Strategien hierzu sieht die Arbeitsgruppe vor allem darin, den Gesundheitsexport aus Baden-Württemberg auszuweiten und Gastpatienten nach Baden-Württemberg zu holen. Dazu soll die baden-württembergische Behandlungskompetenz für Gastpatienten attraktiver gemacht, die Aktivitäten baden-württembergischer Unternehmen und Gesundheitseinrichtungen im Ausland gestärkt und der Gesundheitsstandort Baden-Württemberg insgesamt profiliert werden.

Das Wirtschaftsministerium hat die Gesundheitswirtschaft mit besonderer Priorität bereits in die Markterschließungsmaßnahmen der letzten Jahre einbezogen, ebenso bei den Maßnahmen im Jahr 2010. So hat Baden-Württemberg im Jahr 2009 Außenwirtschaftsmaßnahmen zur Gesundheitswirtschaft in Indonesien und Brunei, in Malaysia und Vietnam sowie in Moskau und zur Medizintechnik in China durchgeführt. Für das Jahr 2010 sind Messebeteiligungen, Kontakt- und Kooperationsbörsen sowie Fachinformationsreisen in China, Kuba und im Baltikum geplant, darüber hinaus gemeinsame Veranstaltungen der Außenwirtschaft und des Standortmarketings in Saudi-Arabien sowie in Singapur und Malaysia.

Als ersten Schritt zur noch stärkeren Internationalisierung soll ein Stärkeprofil mit den Kernkompetenzen der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg erstellt werden. Ziel ist es, diese Kompetenzen stärker zusammenzuführen, zu bündeln

und zu vernetzen. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat dazu im Juli 2009 das Forschungsprojekt „Gesundheitsstandort Baden-Württemberg: Stärken und außenwirtschaftliche Potenziale“ gestartet. Im Rahmen des Projekts sollen die Stärken und Kernkompetenzen der Unternehmen, Einrichtungen und Netzwerke der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg herausgearbeitet sowie Strategien und Handlungsempfehlungen zur Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft entwickelt werden.

Mit dieser Aufgabe hat das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg drei einschlägig ausgewiesene Forschungsinstitute beauftragt. Die Leitung und Koordination der Untersuchung liegt beim Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW) in Tübingen. Die weiteren Projektpartner sind das Institut Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen und die ISW Consult GbR in Leonberg.

Die Ergebnisse des Projekts „Gesundheitsstandort Baden-Württemberg: Stärken und außenwirtschaftliche Potenziale“ bilden die Grundlage für die weiteren Initiativen der Arbeitsgruppe „Gesundheitsstandort Baden-Württemberg als Marke der Außenwirtschaft“ im Gesundheitsforum Baden-Württemberg. Das Projekt wird maßgeblich von den Kammern und Verbänden des Landes unterstützt, insbesondere von der Federführung Gesundheitswirtschaft des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags und vom Baden-Württembergischen Handwerkstag.

Die Ergebnisse der Projektstudie und die Vorarbeiten im Rahmen der Clusterinitiative des Wirtschaftsministeriums sollen die Sensibilisierung und Vernetzung der regionalen Akteure wie Unternehmen, Kliniken und Gesundheitsdienstleister weiter voranbringen. Mit der Vernetzung der Akteure soll die Grundlage geschaffen werden, um einerseits sogenannte „Gesundheitspakete“, d. h. Akut- und Reha-Behandlung einschließlich Angeboten für Tourismus plus Kultur plus Shopping und andererseits Angebote von Gesamt- und Systemlösungen auf ausländischen Märkten über Kooperationen aus Kliniken, Medizintechnik und Gesundheitsdienstleistern zu entwickeln.

- Viertes Handlungsfeld:
Kultur- und Kreativwirtschaft

Das baden-württembergische Wirtschaftsministerium hat sich bereits seit längerem mit der Kultur- und Kreativwirtschaft befasst. Aufgrund der herausgehobenen Rolle einer typischen Querschnittsbranche haben die besonderen Fragestellungen und Herausforderungen der Kultur- und Kreativwirtschaft bisher schon Eingang gefunden in die Mittelstands- und Gründungspolitik, in die Clusterpolitik und das Standortmarketing, in die Dienstleistungspolitik sowie in die Arbeit der jeweils für die Teilbranchen zuständigen Fachreferate des Wirtschaftsministeriums. So hat Baden-Württemberg in der „Arbeitsgruppe Kulturwirtschaft“ der Wirtschaftsministerkonferenz die Entwicklung des Leitfadens zur statistischen Abgrenzung der „Kultur- und Kreativwirtschaft“ mitinitiiert.

Grundsätzlich stehen in Baden-Württemberg seit jeher die Programme der Wirtschaftsförderung auch Unternehmen und Selbstständigen der Kultur- und Kreativwirtschaft zur Verfügung. Rund 10% der rund 82.300 Neugründungen von Gewerbebetrieben erfolgen nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Ein Schwerpunkt liegt in der Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie, zu denen zum Beispiel die Entwicklung und Programmierung von Software und Internetpräsentationen gehören. Auf die Begleitung dieser Zielgruppe sind beispielsweise die MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH, die vom Land in früheren Jahren geförderten Softwarezentren sowie Initiativen wie Baden-Württemberg Connected (bwcon) oder das CyberForum spezialisiert, welche im Rahmen des ESF durch das Land hierfür finanziell gefördert werden.

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg unterstützt Unternehmen und Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft schwerpunktmäßig mit Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und der Rahmenbedingungen, der Information und der Aus- und Weiterbildung sowie mit den Programmen der einzelbetrieblichen Mittelstandsförderung. In den letzten Jahren wurden auch Einrichtungen gegründet oder ausgebaut, die Unternehmen, Freiberuflern oder Existenz-

gründern langfristig als Multiplikatoren, Gründerzentren oder Aus- und Weiterbildungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Beispiele dafür, wie das Design Center Stuttgart, die Filmakademie Baden-Württemberg, der Musikpark Mannheim oder die Popakademie Baden-Württemberg, werden unten näher dargestellt.

Zwar sind Wirtschaftsförderungsmittel und Beratungsangebote in Baden-Württemberg bisher schon von der Branche in nennenswertem Umfang angenommen worden. Die aktuellen Auswertungen deuten aber darauf hin, dass es möglicherweise in diesem Zusammenhang noch erhebliches Potenzial zugunsten der Kreativen gibt. Vielen Unternehmen und insbesondere freiberuflich Tätigen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind die bestehenden Fördermöglichkeiten nicht hinreichend bekannt. Die Förderprogramme für die Kultur- und Kreativwirtschaft müssen also regelmäßig und zielgruppenadäquat beworben werden. Speziell für die Thematik Design hat das Wirtschaftsministerium Ende 2009 einen Leitfaden für kleine und mittlere Unternehmen mit dem Titel „Innovationsfaktor Design“ herausgegeben.

Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg wird sich verstärkt dafür einsetzen, dass den Kreativen die Offenheit der allgemeinen bewährten Förderprogramme künftig deutlicher gemacht wird. Noch bestehende Hemmnisse im Zugang und in der Nutzung der Programme sollen beseitigt und Defizite der Unternehmen in der Kenntnis der Förderprogramme durch Bereitstellung von Informationen abgebaut werden. Angesichts der Fülle an Programmen und Informationen könnten auch webbasierte Informationsportale für den Kreativbereich sinnvoll sein. Aufgrund ihrer Charakteristika erfordert die Kultur- und Kreativwirtschaft neben kompetenten Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen auch ein hohes Maß an Verfahrenskreativität – gemeint sind Spielräume innerhalb der Verwaltung, flexibel und bedarfsgerecht auf Problemstellungen zu reagieren. In der praktischen Umsetzung wird dabei insbesondere eine enge Zusammenarbeit mit dem im Aufbau befindlichen Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes gesucht werden, das eine Regionalstelle in Baden-Württemberg haben soll.

Auf Anregung des Innovationsrates ist vorgesehen, einen Kreativitäts- und Innovationsring zu gründen. Um den erfolgreichen Transfer von Kreativität, Design und Innovation zur Marktfähigkeit sicherzustellen, ist ein Unterstützungssystem wünschenswert, das Gründungen aus dem Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft ganzheitlich unterstützt, von der Finanzierung über Immobilien, Ansprechpartner, Netzwerke, Marketing, Vertrieb etc. und das neue Verständnis eines ganzheitlichen „Design Denkens“ (Design Thinking) verbreitet.

In Baden-Württemberg gibt es viele überregional bedeutende Einrichtungen, die im Bereich Kreativität und Innovation in Verbindung mit Kultur- und Kreativwirtschaft tätig sind:

- Akademie Schloss Solitude
- Design Center Stuttgart
- Fachhochschule Schwäbisch Hall – Hochschule für Gestaltung
- Filmakademie Baden-Württemberg
- Hochschule für Gestaltung Schwäbisch Gmünd
- Landesakademie für Schulkunst, Schul- und Amateurtheater Schloss Rotenfels
- Merz-Akademie
- MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH
- Popakademie Baden-Württemberg
- Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart
- Staatliche Hochschule für Gestaltung Karlsruhe (HfG)
- Zentrum für Kunst und Medientechnologie
- Fakultät Textil & Design der Hochschule Reutlingen
- Hochschule Pforzheim – Gestaltung, Technik, Wirtschaft und Recht
- Festspielhaus Baden-Baden

Diese Einrichtungen könnten in einem Kreativitäts- und Innovationsring ihre Kooperation verstärken und unterschiedliche Aufgaben zur Förderung der Kreativität und Innovation übernehmen. Insbesondere werden diese Einrichtungen, aber grundsätzlich auch Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufgerufen, sich an einem Programm „Lernen am Unterschied“ (Mutual jobshadowing) zu beteiligen, z. B. durch die Einbeziehung der Führungsakademie Baden-Württemberg.

Auch im Rahmen der Fortschreibung der Kunstkonzeption Baden-Württemberg wird auf die besondere Rolle der Kultur- und Kreativwirtschaft als Innovationstreiber hingewiesen werden. Die Konzeption und einzelne Handlungsvorschläge sollen im September 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

- Fünftes Handlungsfeld:
Dienstleister-Wettbewerb 2010

Das Wirtschaftsministerium hat am 30. November 2009 zum sechsten Mal den Dienstleister-Wettbewerb ausgeschrieben. Für den Wettbewerb „Dienstleister des Jahres 2010“ können sich Dienstleister aus allen Bereichen der Dienstleistungswirtschaft Baden-Württembergs bewerben. Für die Preisträger – die Dienstleister des Jahres – sind das Renommee und der Werbeeffect nach außen und die motivierende Wirkung des Preises für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach innen die wichtigsten Erfolge dieser Auszeichnung. Ein wesentliches Kennzeichen des Wettbewerbs ist das Sponsoring der Preisgelder. Sponsoren des Dienstleister-Wettbewerbs 2010 sind die SRH Heidelberg und die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg. Ein weiteres Kennzeichen ist die ideelle und werbliche Unterstützung durch die Wirtschaftsorganisationen und die Verbände der Dienstleistungswirtschaft, insbesondere die Arbeitsgemeinschaft der Dienstleistungsverbände Baden-Württemberg, den Baden-Württembergischen Handwerkstag, den Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg und den Landesverband der Freien Berufe. Mit dem Wettbewerb soll die immer größere Bedeutung der Dienstleister für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung hervorgehoben und in der Öffentlichkeit bewusst gemacht werden.

- Sechstes Handlungsfeld:
Dienstleistungsexport und Internationalisierung

Im Rahmen der Maßnahmen des Landes zur Unterstützung der internationalen Aktivitäten der baden-württembergischen Wirtschaft kommt Dienstleistungen eine immer größere Bedeutung zu. Die einzelnen Maßnahmen sind unter Ziffer IV.4. der Anfrage dargestellt.

- Siebtes Handlungsfeld:
Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie (DLR)

Mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie Ende des Jahres 2009 sind von Seiten des Landes die erforderlichen Voraussetzungen für einen funktionierenden Dienstleistungsbinnenmarkt geschaffen worden. Damit kann das System von „Einheitlichen Ansprechpartnern“ in Baden-Württemberg zum Jahreswechsel 2009/2010 die Lotsenfunktion für Dienstleistungserbringer flächendeckend aufnehmen.

Ziel der Dienstleistungsrichtlinie ist es, die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale des Dienstleistungssektors durch eine systematische Reduktion von rechtlichen und administrativen Hindernissen besser als bislang auszuschöpfen. Letztlich soll sichergestellt werden, dass sowohl die Erbringer als auch die Empfänger von Dienstleistungen in den Mitgliedstaaten von ihren Grundrechten aus Art. 43 und 49 EG-Vertrag, also den garantierten Grundfreiheiten des Niederlassungsrechts und des freien grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs profitieren können. Das Wirtschaftsministerium wird die Arbeit der Einheitlichen Ansprechpartner konstruktiv begleiten und die im Gesetzentwurf über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg (EAG BW) vorgesehene Evaluierung vorbereiten.

Besonders hervorzuheben ist die erfolgreiche Kooperation zur Umsetzung der Einheitlichen Ansprechpartner im Land. Der enge Austausch zwischen Wirt-

schaftsministerium, Innenministerium, Vertretern der Kammern und der Kommunalen Spitzenverbände während des Gesetzgebungsverfahrens hat zu einem tragfähigen, praxistauglichen Regelungswerk für Baden-Württemberg geführt. Der Einheitliche Ansprechpartner wird gerade für mittelständische Unternehmen ein kompetenter Verfahrenslotse sein, der Aufnahme und Durchführung ihrer Tätigkeit im Land erheblich erleichtern wird.

3. Welche Strategien und Konzepte sind denkbar, um das Potenzial von personal- und beschäftigungsintensiven Dienstleistungen, zum Beispiel im Umfeld privater Haushalte, besser zu nutzen?

Zu 3.:

Strategien und Konzepte zur besseren Nutzung des Potenzials von personalintensiven Dienstleistungen, insbesondere von haushaltsnahen Dienstleistungen, müssen auf die Überwindung der Hemmnisse für eine markt- und erwerbswirtschaftlich orientierte Nutzung ausgerichtet sein. Diese Hemmnisse liegen, wie unter Ziffer I. 6. der Anfrage dargestellt, vor allem in den Faktoren fehlende Markttransparenz, geringes Image und in der Höhe der marktgängigen Preise für haushaltsnahe Dienstleistungen.

- Steuerliche Maßnahmen zur Kostensenkung

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung (WachsBeschStFördG) vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1091) sowohl die steuerliche Berücksichtigung erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten als auch die Erweiterung der steuerlichen Absetzbarkeit für haushaltsnahe Dienstleistungen – wie Handwerkerleistungen oder Betreuungsleistungen für eine pflegebedürftige Person – eingeführt. 2008 wurden diese Regelungen durch das Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz – FamLeistG, BGBl. I S. 2955) erweitert. Die damit verbundene Vereinfachung der steuerrechtlichen Berücksichtigung haushaltsnaher familienunterstützender Dienstleistungen trägt dazu bei, dass Familien sowohl finanziell als auch in ihrem Alltagsmanagement entlastet werden. Allerdings sind es bisher vor allem einkommensstärkere Familien, die auf diese Strategie zurückgreifen, obwohl auch in anderen Familien von einem entsprechenden Bedarf auszugehen ist. Ziel muss es daher sein, haushaltsnahe Dienstleistungen für breitere Zielgruppen verfügbar zu machen. Dazu wäre auch zu prüfen, wie ein Nebeneinander von gewerblichen, gemeinnützigen und bürgerschaftlich organisierten Anbietern hergestellt werden kann. Vorteilhaft dürften eine Vernetzung auf kommunaler Ebene und eine organische Einbettung in das örtlich bestehende Dienstleistungsangebot sein.

- Steigerung des Image durch Qualifizierung

Um das Segment der haushaltsnahen Dienstleistungen unter dem Aspekt einer Steigerung der Beschäftigungswirksamkeit zu erschließen, ist eine hinreichende Qualifizierung der Anbieter erforderlich, die für die Nachfragerseite hinreichend transparent sein muss. Bisher wird das Image der Branche dadurch beeinträchtigt, dass es – abgesehen von der Berufsausbildung zur Hauswirtschafterin bzw. zum Hauswirtschafter – keine anerkannten Nachweise für (Grundlagen-)Kenntnisse gibt. Das Ministerium für Arbeit und Soziales führt derzeit das Nachhaltigkeitsprojekt „Konzeption für den Ausbau familienunterstützender Dienstleistungen“ durch, das insbesondere auch das Ziel verfolgt, gering qualifizierte Personen mit ungünstigen Beschäftigungsaussichten soweit fortzubilden, dass ihr Dienstleistungsangebot am Markt auf Akzeptanz stößt.

- Markttransparenz schaffen am Beispiel der Datenbank für Haushaltsdienstleistungen der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart: www.machenwir.ihk.de

Die Datenbank wurde im Rahmen des IHK-Modellprojekts „Machen wir – Dienstleistungen rund um Ihr Zuhause“ mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums im Jahr 2000 erstellt. Ziele des Modellprojekts waren vor allem:

- Unternehmen, die Haushaltsdienstleistungen anbieten, sollen besser als bisher auf sich aufmerksam machen können. Ihr Angebot soll transparenter werden.
 - Arbeitslose sollen im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, vor allem auch durch Zusatzqualifikation, eine Beschäftigungschance bekommen.
 - Berufstätigen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden, indem sie von Hausarbeit entlastet werden. Mittelbar soll dadurch auch dem Fachkräftemangel begegnet werden.
 - Rahmenbedingungen müssen geändert werden, um die Abgaben für Niedriglohnarbeitsplätze so gering wie möglich zu halten, damit der Lebensunterhalt der Arbeitskräfte sichergestellt wird.
 - Private Haushalte sollen dafür gewonnen werden, nicht auf Schwarzarbeit zu setzen.
- Haushaltsdienstleistungen in ländlichen Regionen

Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum unterstützt im Rahmen des EU-Förderprogramms „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“ beispielgebend Projekte, um auch das Potenzial beschäftigungsintensiver Dienstleistungen im Umfeld privater Haushalte, insbesondere als Beschäftigungsmöglichkeit für Frauen im ländlichen Raum zu nutzen. Modellhaft werden Netzwerke in den ländlichen Regionen gefördert, deren Ziel es ist, das Angebot an haushaltsnahen Angeboten zu vernetzen und zu koordinieren. Damit werden vor allem die notwendigen Teilzeitarbeitsplätze in den ländlichen Regionen geschaffen.

- Fazit im Hinblick auf die Nutzung des Potenzials haushaltsnaher Dienstleistungen

Aus Haushaltssicht bietet eine legale Beschäftigung eine höhere Sicherheit, eine verlässliche und vertrauenswürdige Hilfe im sensiblen Privatbereich zu finden. Zudem können Unfälle abgesichert werden und es drohen weder Strafzahlung noch Rufschädigung, wie dies bei Bekanntwerden einer illegalen Beschäftigung der Fall ist. Diese Vorteile können je nach persönlichen Präferenzen und Werthaltungen die höheren Kosten überwiegen, zumal bei einer legalen Beschäftigung 20 Prozent der Kosten – bis zu 4.000 Euro pro Jahr – von der Steuer abgesetzt werden können, bei Minijobberinnen und Minijobbern immerhin bis zu 510 Euro.

Aus Anbietersicht könnten vor allem die Vorteile durch die Absicherung in den Sozialversicherungen die nach Abzug der Abgaben geringeren Verdienstmöglichkeiten überwiegen. Das Profil der Anbieter zeigt allerdings, dass diese Vorteile häufig bereits über andere Wege gesichert sind. So haben insbesondere verheiratete Anbieter, die über ihren Ehepartner versichert sind und einen stundenweisen Zuverdienst suchen, kaum Interesse an einer legalen Tätigkeit in diesem Bereich. Es ist daher anzunehmen, dass der hohe Anteil an Schwarzarbeit unter den familienunterstützenden Dienstleistungen insbesondere auch durch Fehlanreize auf der Anbieterseite zu erklären ist.

Bei einer legalen Beschäftigung gibt es die Formen der sozialversicherungspflichtigen Haushaltshilfe, der Minijobberin bzw. des Minijobbers oder der Dienstleistung von Selbstständigen, bzw. von Beschäftigten eines erwerbswirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmens.

Die Analyse der Anreizstrukturen der verschiedenen Beschäftigungsformen zeigt, dass die Nachfrage nach sozialversicherungspflichtigen Hausangestellten gering ist, da hierfür eine hohe Stundenzahl pro Woche nachgefragt werden muss. Es gibt daher nur wenige Vollzeitstellen in diesem Bereich. Die Alternative sind Dienstleistungsagenturen oder erwerbswirtschaftliche Dienstleistungsunternehmen, da diese die Nachfragewünsche zu sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bündeln und den Vorteil bieten, als Ansprechpartner für Haushalte und Dienstleister zur Verfügung zu stehen. Sie sind allerdings aufgrund der „Overheadkosten“ sowie der Steuer- und Abgabenlast deutlich teurer als Minijobberinnen bzw. Minijobber oder einzelne Selbstständige.

Die Beschäftigungsform Minijob ist für viele Haushalte attraktiv, weil hier mit geringem Verwaltungsaufwand und einem relativ geringen Kostenaufschlag ein legales Beschäftigungsverhältnis erreicht werden kann. Aus Anbietersicht ist diese Form jedoch kaum vorteilhafter als Schwarzarbeit. Das mögliche Monatseinkommen wird auf 400 Euro begrenzt und es entstehen nur in geringem Maße direkte Ansprüche an die Sozialversicherungen.

Das Angebot selbstständiger Dienstleister ist aus Sicht der Haushalte attraktiv, weil hiermit keine Arbeitgeberpflichten verknüpft sind. Von den Anbietern verlangt es jedoch einen relativ hohen Verwaltungsaufwand und entsprechendes Wissen. Zudem verteuert die Mehrwertsteuer den Preis für selbstständige Arbeit, von welcher der Anbieter nicht direkt profitiert. Für ihn ist daher die Schwarzarbeit in der Regel attraktiver als die Selbstständigkeit.

Die Analyse der Anreizstrukturen von Anbietern und Nachfragern auf dem Markt für haushaltsnahe und familienunterstützende Dienstleistungen zeigt auch, dass Strategien und Konzepte zur besseren Nutzung des Potenzials dieser Dienstleistungen an der entsprechenden Ausgestaltung dieser Anreizstrukturen ansetzen müssten. Bei Umsetzung von geeigneten Maßnahmen zur Veränderung dieser Anreizstrukturen, z. B. Verringerung der Steuer- und Abgabenlast, weitere Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit oder Umstellung der steuerlichen Förderung auf ein Gutscheinsystem schätzt das Institut der Deutschen Wirtschaft in seiner Studie „Familienunterstützende Dienstleistungen“,

- dass eine Legalisierung von 30 % der bisherigen Schwarzarbeit zu 177.000 Vollzeitäquivalenten und einem zusätzlichen Bruttoarbeitslohn von 2,8 Mrd. Euro führen würde.
- Gelänge es, 60 % der bisherigen Schwarzarbeit zu legalisieren, so wären dies 355.000 Vollzeitstellen und ein zusätzliches volkswirtschaftliches Bruttoeinkommen von 5,5 Mrd. Euro.

4. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung den Export und die Internationalisierung von Dienstleistungen?

Zu 4.:

Die Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH (bw-i) führt im Rahmen ihrer Aktivitäten auch zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung der Internationalisierung von Dienstleistungen durch. Schwerpunkte bilden hierbei die Bereiche Gesundheitswirtschaft, Logistik und Informations- und Kommunikationswirtschaft sowie Kultur- und Kreativwirtschaft. Klassische Instrumente wie Messebeteiligungen, Kontakt- und Kooperationsbörsen, Firmeninformationsreisen, Firmengemeinschaftsstände und Messebesuche stehen hier im Vordergrund.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer Maßnahmen zur Erschließung internationaler Märkte hat Baden-Württemberg International, bw-i, seit 2007 auf die „technischen Dienstleistungen“ in den Bereichen Infrastruktur (Wasser, Abwasser, Abfall) und Bau/Architektur gelegt. Dazu wurden in den Regionen mit hohem Bedarf an diesen technischen Dienstleistungen, insbesondere in den Ländern des Mittleren Osten, im Maghreb, in Ägypten, Russland und China gezielt Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Das Wirtschaftsministerium hat zusammen mit bw-i im Jahr 2008 eine Initiative gestartet, baden-württembergische Unternehmen mit Schwerpunkt im Bereich der technischen Dienstleistungen im Netzwerk „Baden-Württemberg Engineers“ zusammenzufassen. Ziel ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Dienstleistungsunternehmen zu steigern und ausländische Märkte, zunächst den saudischen Markt, zu erschließen. bw-i hat gezielt im saudischen Markt potenzielle Kunden gesucht und das Netzwerk „Baden-Württemberg Engineers“ den Kunden vorgestellt. Das Netzwerk ist heute in der Region bekannt und kann inzwischen einen Auftragseingang von mehreren Millionen Euro verzeichnen. Das Netzwerk „Baden-Württemberg Engineers“ kann als Vorbild für weitere Vernetzungen in anderen Dienstleistungsbereichen gelten.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie fördert des Weiteren die Kooperationsanbahnung wissensintensiver und unternehmensbezogener Dienstleistungsanbieter mit ausländischen Partnern, um die grundsätzlich guten internationalen Marktchancen deutscher Dienstleistungsunternehmen zu verbessern. Neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen trägt das Programm gleichzeitig dem Interesse der Bundesregierung Rechnung, die bilateralen Beziehungen zu den einzelnen Zielländern zu verbessern. Die Unternehmerreisen führen vorwiegend nach Mittel- und Osteuropa und in die GUS-Regionen, aber auch in den arabischen, asiatischen und lateinamerikanischen Raum, sowie in ausgewählte Schwellenländer. Ab 2010 werden jährlich 1 Mio. Euro von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt, um ca. 30 bis 35 Unternehmerreisen durchzuführen. Auf dem Außenwirtschaftsförderportal der Bundesregierung www.ixpos.de werden die einzelnen Unternehmerreisen/Kontaktanbahnungstreffen veröffentlicht und beworben.

Baden-Württemberg war im Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation vom 30. November bis 3. Dezember 2009 Gastgeber für das Creativity World Forum, das erstmals in Deutschland stattfand. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg nutzte diese Chance, um Baden-Württemberg als führende Innovationsregion und Spitzenstandort für Kreativität und Technologie international zu präsentieren sowie die Internationalisierung der Kreativwirtschaft – einem überdurchschnittlich wachsenden Wirtschaftsbereich – voranzutreiben. Unter dem Motto „Where Creativity meets Technology“ bot ein Kongress am 1. und 2. Dezember 2009 in Ludwigsburg mit renommierten Rednern sowie zahlreichen Experten-Panels eine Plattform für die Standortentwicklung, die Vernetzung und Internationalisierung der Kreativwirtschaft.

Das Creativity World Forum 2009 wurde als gemeinsame Veranstaltung der Landesregierung unter Federführung des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg und der MFG Baden-Württemberg in Kooperation mit den Districts of Creativity, dem Enterprise Europe Network, Baden-Württemberg International, Handwerk International und dem Steinbeis Europa Zentrum sowie den Städten Stuttgart und Ludwigsburg und rund vierzig weiteren Programmpartnern, wie Regionen und Institutionen der Kreativwirtschaft aus Baden-Württemberg, geplant und durchgeführt. Die Europäische Union förderte das Creativity World Forum 2009 finanziell im Rahmen ihres CIP-Programms zur Unterstützung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (www.cwf2009.de).

Rund 2000 Entscheider aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik aus 28 Ländern nahmen an dem Kongress teil. Eine begleitende Ausstellung mit 60 Unternehmen und Institutionen wurde an beiden Tagen intensiv von den Kongressteilnehmern genutzt. Handwerk International bot zudem mit der b2fair-Plattform eine datenbankgestützte Kontaktbörse, über die insgesamt 500 Gesprächstermine vermittelt wurden. Am 3. Dezember 2009 nutzten zum Abschluss rund 100 internationale Kongressteilnehmer die Möglichkeit, im Rahmen regionaler Touren beispielhafte Einrichtungen und Unternehmen der Kreativwirtschaft in den Regionen Stuttgart („Creative Engineering“), Karlsruhe („Medientechnologie“) und Mannheim („Musikwirtschaft“) kennenzulernen.

Das Wirtschaftsministerium wird künftig zusammen mit den Partnern Baden-Württemberg in den Bereichen Innovation, Kreativ- und Wissenswirtschaft noch stärker positionieren.

Pfister

Wirtschaftsminister

Anlage 1Liste der angehörtten Einrichtungen in alphabetischer Reihenfolge

Arbeitsgemeinschaft der Dienstleistungsverbände Baden-Württemberg:

- Einzelhandelsverband Baden-Württemberg
- DEHOGA Baden-Württemberg
- Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung u. Vertrieb Baden-Württemberg (CDH)
- Verband für Dienstleistung, Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg e.V.

Baden-Württembergischer Handwerkstag

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag,
Federführung Dienstleistung

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag,
Federführung Tourismus

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag
Federführung Außenwirtschaft

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag
Federführung Fort- und Weiterbildung

Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Baden-Württemberg

Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi)

Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO)

Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI)

Itb – Institut für Technik der Betriebsführung
im Deutschen Handwerksinstitut e.V.

Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg

Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH

MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg

Projektträger im DLR/ „Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen“

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.

Anlage 2

Sektorale Abgrenzungen entsprechend der amtlichen Systematik der Wirtschaftszweige

Produzierendes Gewerbe (sekundärer Wirtschaftssektor)

- Verarbeitendes Gewerbe (Industrie),
- Energie und Wasserversorgung,
- Baugewerbe.

Dienstleistungssektor (tertiärer Wirtschaftssektor)

- Handel und Gastgewerbe,
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
- Kredit- und Versicherungsgewerbe,
- Vermietung und unternehmensnahe Dienstleister,
- Erziehung und Unterricht,
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen,
- private Haushalte mit Hauspersonal.

Unternehmensnahe Dienstleistungen (Unternehmensdienstleister)

- Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung,
- Markt- und Meinungsforschung,
- Architektur- und Ingenieurbüros,
- Werbung,
- Personaldienstleistungen,
- Gebäudereinigung,
- Sicherheitsdienste.

Nach der vom Statistischen Landesamt jährlich aufbereiteten Strukturerhebung erwirtschafteten in der **Branche unternehmensnahe Dienstleistungen** im Jahr 2007 in über 56.800 Unternehmen 526.000 Beschäftigte einen Umsatz von rund 38 Mrd. Euro. Gegenüber 2003 war dies ein Umsatzzuwachs um 46 % (+ 12 Mrd. Euro) und eine Beschäftigungszunahme von knapp 34 % (+ 134.000). Unternehmensnahe Dienstleistungen (Business Services) nehmen eine zentrale Stellung im zunehmend wissensbasierten Strukturwandel ein.

Anlage 3

**Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen
und Bundesländern 1991 bis 2008**
Tabelle I.1.1: Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Bundesländern 1991 bis 2008 ^{1) 2)}

a) Produzierendes Gewerbe (einschließlich Bau) (C-F) ³⁾												
Land	Jahr	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	Anteil an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen insgesamt in %											
Baden-Württemberg		44,6	38,8	38,7	38,2	37,9	38,1	38,1	37,9	38,8	40,1	39,3
Bayern		37,2	33,0	31,8	31,1	30,2	30,0	30,6	30,5	31,1	32,1	31,5
Hessen		33,1	28,2	26,4	25,6	25,1	24,9	24,8	24,4	24,4	24,5	24,3
Niedersachsen		35,1	30,8	31,9	31,8	30,9	30,3	29,6	30,2	30,1	30,2	30,6
Nordrhein-Westfalen		38,1	33,5	29,8	29,2	28,9	28,3	29,4	29,2	29,4	30,1	30,1
alte Bundesländer einschließlich Berlin		36,8	32,2	30,6	30,1	29,6	29,2	29,6	29,5	29,9	30,6	30,3
Deutschland		36,6	32,1	30,3	29,7	29,1	28,9	29,3	29,2	29,6	30,4	30,1
Anteil an der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen in %												
Baden-Württemberg		82,5	80,1	82,7	83,6	83,2	84,0	84,1	83,4	83,9	84,1	83,2
Bayern		78,0	75,8	79,3	79,5	79,5	80,5	81,1	81,6	82,3	82,4	81,3
Hessen		78,9	75,7	76,7	77,0	76,9	77,2	75,8	75,6	76,8	77,2	76,1
Niedersachsen		74,6	70,1	74,0	75,6	75,0	75,7	75,2	75,2	74,7	75,7	74,1
Nordrhein-Westfalen		76,6	74,9	78,9	79,0	79,0	79,2	77,0	78,1	78,7	78,8	78,0
alte Bundesländer einschließlich Berlin		77,6	74,8	78,2	79,0	78,8	79,4	79,0	79,2	79,8	80,2	79,2
Deutschland		75,2	70,4	75,9	76,9	76,8	77,5	77,3	77,8	78,3	78,8	77,9
Anteil an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen insgesamt in %												
Baden-Württemberg		54,1	60,1	60,1	60,7	61,1	61,1	61,0	61,4	60,5	59,2	60,0
Bayern		61,1	65,5	66,8	67,4	68,5	69,0	68,2	68,6	68,0	66,9	67,5
Hessen		66,1	71,1	72,9	73,7	74,3	74,6	74,6	75,2	75,2	75,0	75,1
Niedersachsen		62,9	67,2	65,9	65,6	67,1	68,0	68,4	68,2	68,3	68,1	67,9
Nordrhein-Westfalen		61,1	65,7	69,5	70,0	70,3	71,1	69,9	70,2	70,0	69,3	69,3
alte Bundesländer einschließlich Berlin		62,0	66,7	68,3	68,7	69,4	69,9	69,4	69,8	69,4	68,6	68,9
Deutschland		62,0	66,6	68,5	69,0	69,7	70,2	69,6	70,0	69,6	68,7	69,0

c) Dienstleistungsbereiche (G-P)

Land	Jahr	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	Anteil an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen insgesamt in %											
Baden-Württemberg		54,1	60,1	60,1	60,7	61,1	61,1	61,0	61,4	60,5	59,2	60,0
Bayern		61,1	65,5	66,8	67,4	68,5	69,0	68,2	68,6	68,0	66,9	67,5
Hessen		66,1	71,1	72,9	73,7	74,3	74,6	74,6	75,2	75,2	75,0	75,1
Niedersachsen		62,9	67,2	65,9	65,6	67,1	68,0	68,4	68,2	68,3	68,1	67,9
Nordrhein-Westfalen		61,1	65,7	69,5	70,0	70,3	71,1	69,9	70,2	70,0	69,3	69,3
alte Bundesländer einschließlich Berlin		62,0	66,7	68,3	68,7	69,4	69,9	69,4	69,8	69,4	68,6	68,9
Deutschland		62,0	66,6	68,5	69,0	69,7	70,2	69,6	70,0	69,6	68,7	69,0

Anlage 3

Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Bundesländern 1991 bis 2008

Tab. I.1.2: Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Baden-Württemberg 1991 bis 2008 ^{1) 2)}

a) Anteil an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen insgesamt in %

Wirtschaftsbereich	Jahr										
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Handel; Gastgewerbe und Verkehr (G-I)	15,2	15,4	15,9	16,2	15,6	15,5	15,5	15,4	15,7	15,3	15,8
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (G)	9,4	9,8	10,4	10,7	9,8	9,6	9,6	9,7	9,9	9,6	9,9
Gastgewerbe (H)	1,2	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (I)	4,5	4,3	4,1	4,1	4,4	4,6	4,6	4,3	4,4	4,4	4,5
Finanzierung; Vermietung und Unternehmensdienstleister (J+K)	22,3	26,0	25,5	26,0	26,3	26,3	26,3	26,4	26,0	25,6	25,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe (J)	4,1	4,4	4,1	4,2	4,3	4,7	4,9	4,9	4,6	4,0	3,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister (K)	18,2	21,6	21,4	21,8	22,0	21,6	21,4	21,5	21,4	21,6	22,1
Öffentliche und private Dienstleister (L-P)	16,7	18,8	18,7	18,6	19,2	19,3	19,3	19,7	18,8	18,3	18,4
Erziehung und Unterricht (M)	3,4	4,0	4,1	4,1	4,3	4,3	4,3	4,4	4,1	4,0	4,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (N)	4,7	5,7	6,1	6,1	6,5	6,5	6,4	6,7	6,4	6,2	6,3
Private Haushalte mit Hauspersonal (P)	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3

b) Anteil an der Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche in jeweiligen Preisen in %

Wirtschaftsbereich	Jahr										
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Handel; Gastgewerbe und Verkehr (G-I)	28,0	25,5	26,4	26,7	25,5	25,4	25,4	25,0	26,0	25,9	26,3
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (G)	17,4	16,3	17,3	17,6	16,0	15,6	15,7	15,8	16,4	16,2	16,5
Gastgewerbe (H)	2,3	2,1	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (I)	8,4	7,1	6,8	6,8	7,2	7,5	7,5	7,0	7,3	7,5	7,5
Finanzierung; Vermietung und Unternehmensdienstleister (J+K)	41,2	43,2	42,4	42,7	43,1	43,0	43,1	42,9	43,0	43,2	43,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe (J)	7,6	7,3	6,9	6,9	7,1	7,7	8,1	7,9	7,6	6,7	6,3
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister (K)	33,7	35,9	35,6	35,9	36,0	35,4	35,0	35,0	35,4	36,5	36,8
Öffentliche und private Dienstleister (L-P)	30,8	31,2	31,2	30,6	31,5	31,6	31,5	32,0	31,0	30,9	30,7
Erziehung und Unterricht (M)	6,3	6,7	6,9	6,8	7,0	7,0	7,1	7,1	6,7	6,7	6,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (N)	8,6	9,5	10,2	10,1	10,7	10,6	10,5	10,8	10,6	10,5	10,4
Private Haushalte mit Hauspersonal (P)	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5

1) Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

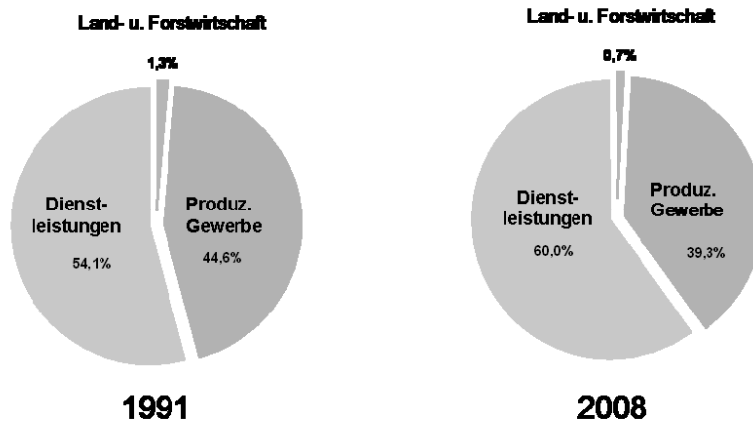
2) Berechnungsstand August 2008 / Februar 2009

3) Abschnitte der Wirtschaftszweigsystematik 2003

Anlage 4

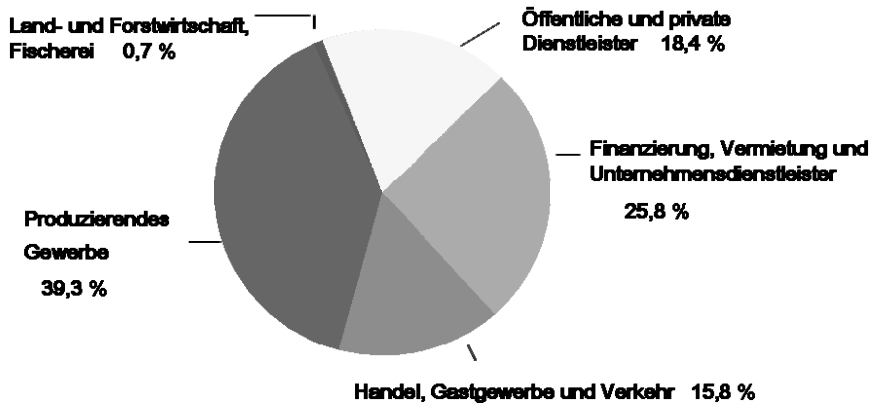
Schaubilder:
 - Wirtschaftsstruktur Baden-Württemberg 1991 und 2008
 - Sektorale Anteile der nominalen Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg 2008

Wirtschaftsstruktur Baden-Württemberg
 Bruttowertschöpfungsanteile (in jeweiligen Preisen)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Sektorale Anteile der nominalen Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg 2008



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Anlage 5

Erwerbstätige nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Bundesländern
1991 bis 2008Tabelle I.1.3: Erwerbstätige (Inland) nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Bundesländern 1991 bis 2008 ¹⁾²⁾a) Produzierendes Gewerbe (einschließlich Bau) (C-F) ³⁾

Land	Jahr										
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anteil an den Erwerbstätigen (Inland) insgesamt in %											
Baden-Württemberg	42,8	38,4	35,8	35,6	34,9	34,3	33,8	33,4	32,9	32,7	32,6
Bayern	37,1	33,9	31,5	31,2	30,5	30,0	29,6	29,1	28,9	28,9	28,9
Hessen	33,9	30,5	26,2	25,7	25,0	24,5	23,9	23,3	22,9	22,7	22,5
Niedersachsen	32,6	29,8	27,4	27,0	26,4	26,0	25,4	25,0	24,6	24,4	24,2
Nordrhein-Westfalen	37,9	33,3	28,7	28,0	27,2	26,4	25,7	25,1	24,6	24,4	24,2
alte Bundesländer einschließlich Berlin	36,0	32,2	28,9	28,5	27,8	27,2	26,6	26,1	25,7	25,5	25,4
Deutschland	36,6	32,6	28,9	28,3	27,6	27,0	26,4	25,9	25,6	25,5	25,3

b) Verarbeitendes Gewerbe (D)

Land	Jahr										
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anteil an den Erwerbstätigen (Inland) insgesamt in %											
Baden-Württemberg	35,3	30,7	29,1	29,1	28,6	28,1	27,8	27,5	27,1	26,9	26,9
Bayern	29,0	25,6	24,1	24,0	23,7	23,3	23,1	22,8	22,5	22,5	22,6
Hessen	26,6	23,1	20,0	19,7	19,2	18,8	18,3	17,8	17,4	17,2	17,0
Niedersachsen	24,4	21,4	19,7	19,7	19,3	19,0	18,7	18,4	18,1	17,8	17,7
Nordrhein-Westfalen	29,0	24,7	21,5	21,2	20,5	20,0	19,3	18,9	18,5	18,3	18,3
alte Bundesländer einschließlich Berlin	27,8	23,9	21,8	21,7	21,2	20,8	20,4	20,0	19,7	19,5	19,5
Deutschland	27,4	22,5	20,7	20,7	20,4	20,0	19,6	19,3	19,1	19,0	19,0
Anteil an den Erwerbstätigen (Inland) im Produzierenden Gewerbe in %											
Baden-Württemberg	82,5	79,9	81,2	81,7	81,8	82,0	82,4	82,4	82,2	82,2	82,6
Bayern	78,2	75,4	76,4	77,1	77,6	77,7	77,9	78,2	78,0	77,9	78,4
Hessen	78,5	75,7	76,3	76,8	76,8	76,5	76,4	76,2	75,9	75,7	75,9
Niedersachsen	74,8	71,6	71,8	72,9	72,9	73,1	73,5	73,7	73,4	73,0	73,2
Nordrhein-Westfalen	76,5	74,1	74,8	75,5	75,6	75,8	75,3	75,4	75,3	75,3	75,6
alte Bundesländer einschließlich Berlin	77,2	74,1	75,2	76,0	76,2	76,4	76,5	76,7	76,5	76,5	76,8
Deutschland	74,9	69,0	71,7	73,1	73,7	74,1	74,3	74,6	74,5	74,5	75,0

c) Dienstleistungsbereiche (G-P)

Land	Jahr										
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Anteil an den Erwerbstätigen (Inland) insgesamt in %											
Baden-Württemberg	54,0	58,9	62,1	62,3	63,0	63,7	64,3	64,7	65,3	65,5	65,6
Bayern	57,6	61,8	65,0	65,4	66,2	66,8	67,3	67,8	68,2	68,2	68,3
Hessen	63,7	67,5	72,3	72,8	73,5	73,9	74,6	75,3	75,7	75,9	76,1
Niedersachsen	62,1	66,0	69,1	69,6	70,2	70,7	71,2	71,8	72,2	72,4	72,6
Nordrhein-Westfalen	60,3	65,1	69,9	70,5	71,4	72,1	72,9	73,4	74,0	74,2	74,4
alte Bundesländer einschließlich Berlin	60,8	65,1	68,8	69,3	70,0	70,7	71,3	71,8	72,3	72,5	72,6
Deutschland	59,5	64,6	68,7	69,3	70,1	70,7	71,3	71,9	72,3	72,4	72,5

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Anlage 5

**Erwerbstätige nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Bundesländern
1991 bis 2008**
**noch Tab: I.1.4: Erwerbstätige (Inland) nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen in
Baden Württemberg 1991 bis 2008 ^{1) 2)}**
a) Anteil an den Erwerbstätigen (Inland) insgesamt in %

Wirtschaftsbereich	Jahr										
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Handel; Gastgewerbe und Verkehr (G-I)	21,9	22,1	22,4	22,3	22,4	22,4	22,5	22,4	22,5	22,6	22,5
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (G)	13,7	13,9	14,1	14,1	14,1	14,0	14,0	13,9	13,9	13,8	13,8
Gastgewerbe (H)	3,2	3,5	3,8	3,8	3,9	3,9	4,0	4,1	4,1	4,2	4,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (I)	5,0	4,7	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,4	4,5	4,6	4,6
Finanzierung; Vermietung und Unternehmensdienstleister (J+K)	9,7	11,7	14,5	14,7	14,9	15,1	15,4	15,6	16,0	16,2	16,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe (J)	3,3	3,4	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0	2,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister (K)	6,4	8,3	11,2	11,5	11,6	11,9	12,2	12,4	12,9	13,3	13,6
Öffentliche und private Dienstleister (L-P)	22,4	25,1	25,2	25,3	25,7	26,2	26,4	26,7	26,7	26,7	26,7
Erziehung und Unterricht (M)	3,9	4,8	5,1	5,2	5,4	5,5	5,6	5,7	5,8	5,8	5,9
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (N)	6,9	8,1	8,7	8,7	9,0	9,2	9,4	9,4	9,5	9,5	9,5
Private Haushalte mit Hauspersonal (P)	1,3	1,5	1,6	1,6	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5

b) Anteil an den Erwerbstätigen (Inland) der Dienstleistungsbereiche in %

Wirtschaftsbereich	Jahr										
	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Handel; Gastgewerbe und Verkehr (G-I)	40,5	37,5	36,0	35,8	35,6	35,1	35,0	34,7	34,5	34,5	34,3
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (G)	25,3	23,6	22,8	22,6	22,3	21,9	21,8	21,5	21,2	21,1	21,0
Gastgewerbe (H)	5,9	5,9	6,1	6,1	6,2	6,2	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung (I)	9,3	8,0	7,2	7,1	7,1	7,0	6,9	6,9	6,9	7,0	7,0
Finanzierung; Vermietung und Unternehmensdienstleister (J+K)	17,9	19,9	23,4	23,6	23,6	23,7	24,0	24,1	24,6	24,8	25,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe (J)	6,0	5,8	5,3	5,2	5,1	5,0	5,0	4,9	4,8	4,5	4,3
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister (K)	11,9	14,1	18,1	18,4	18,4	18,7	19,0	19,2	19,8	20,3	20,7
Öffentliche und private Dienstleister (L-P)	41,6	42,6	40,6	40,6	40,9	41,1	41,0	41,2	40,9	40,8	40,7
Erziehung und Unterricht (M)	7,2	8,2	8,3	8,4	8,6	8,7	8,7	8,8	8,8	8,9	9,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (N)	12,7	13,8	13,9	14,0	14,2	14,5	14,6	14,6	14,5	14,4	14,4
Private Haushalte mit Hauspersonal (P)	2,5	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3

1) Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

2) Berechnungsstand August 2008 / Februar 2009

3) Abschnitte der Wirtschaftszweigsystematik 2003

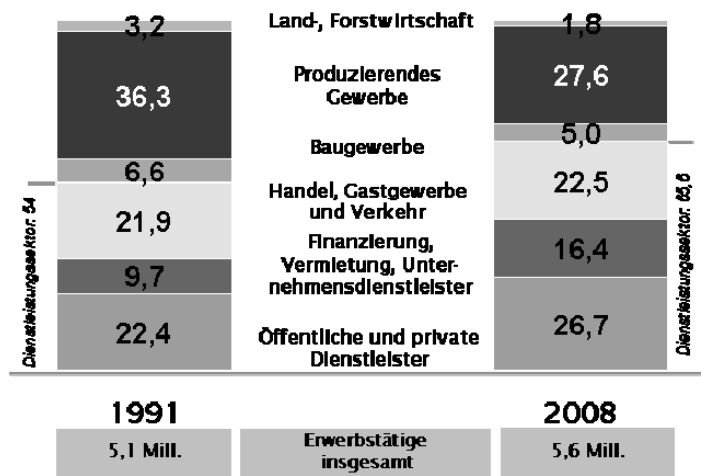
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Anlage 6

Schaubild: Veränderung der Beschäftigungsstruktur in Baden-Württemberg
1991 und 2008

Beschäftigungsstruktur Baden-Württemberg

Anteil der Beschäftigten in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Anlage 7

Abgrenzung der wissensintensiven Wirtschaftszweige nach WZ 2003

Wissensintensives Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie
- Maschinenbau
- H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -einrichtungen
- H. v. Geräten d. Elektrizitätserzg., -verteilung u.ä.
- Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik
- Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik
- H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen
- Sonst. Fahrzeugbau

- Wissensintensives übriges Produzierendes Gewerbe
- Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbrg. verb. Dienstleistungen
- Kokereien, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen
- Energieversorgung
- Wasserversorgung

Wissensintensive Gewerbliche und sonstige Dienstleistungen

- Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung
- Nachrichtenübermittlung
- Kreditgewerbe
- Versicherungsgewerbe
- Kredit- u. Versicherungshilfsgewerbe
- Datenverarbeitung u. Datenbanken
- Forschung- u. Entwicklung
- Erbrg. v. Dienstleistungen überwiegend f. Unternehmen
- Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen
- Kultur, Sport u. Unterhaltung
- Erziehung und Unterricht

Anmerkungen:

Abgrenzung folgt: H. Legler und R. Frietsch (2007); Neuabgrenzung der Wissenswirtschaft – forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen (Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 22-2007).

Die Abgrenzung der wissensintensiven Dienstleistungen erfolgt hier auf der tiefsten Gliederungsebene der Wirtschaftszweigsystematik 2003 (WZ 2003), für die Daten zur Bruttowertschöpfung vorliegen, und zwar die sog. 2-Steller-Ebene. Dadurch sind auch 3-Steller-Branchen enthalten, die als nicht-wissensintensiv eingestuft werden. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftsabteilung „Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen anders nicht genannt“ (74). Neben den wissensintensiven Branchen „Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung“ (74.1), „Architektur- und Ingenieurbüros“ (74.2), „Technische, physikalische und chemische Untersuchung“ (74.3) enthält diese Abteilung auch nicht wissensintensive, aber durchaus dynamische Branchen, wie die „Personal- und Stellenvermittlung, Überlassung von Arbeitskräften“ (74.5) und „Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln“ (74.7).

Anlage 8

**Bruttowertschöpfung in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen
im Ländervergleich**

**Tabelle: II.1.1 Bruttowertschöpfung in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen
nach ausgewählten regionalen Einheiten; Kettenindex, preisbereinigt, 1995=100**

Jahr	BW	BY	HE	NI	NW	A+*	D
1995	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1996	102,8	103,0	104,1	102,5	103,2	102,5	102,6
1997	103,4	105,0	106,9	103,4	105,9	104,2	104,7
1998	107,3	111,3	110,5	106,2	109,2	107,8	108,2
1999	113,4	117,0	114,6	107,9	112,6	111,6	112,0
2000	116,3	121,7	119,0	111,6	115,8	115,2	115,3
2001	120,8	125,7	123,2	110,3	116,8	117,2	117,3
2002	122,2	131,7	124,5	113,9	118,5	119,5	119,7
2003	118,9	132,5	119,6	114,9	116,7	117,9	118,2
2004	117,9	134,5	119,3	117,6	115,9	117,9	118,2
2005	119,2	135,1	120,0	117,0	115,7	118,1	118,2
2006	122,6	136,4	123,7	120,1	118,1	120,7	120,8

* Alte Bundesländer einschließlich Berlin

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Tabelle II.1.2: Bruttowertschöpfung wissensintensiver Dienstleistungsbereiche
Anteil an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt in %**

Jahr	BW	BY	HE	NI	NW	A+*	D
1995	27,5	28,6	32,9	28,1	29,0	29,8	29,6
1996	27,9	29,1	33,8	28,7	30,1	30,4	30,2
1997	27,7	29,3	34,5	28,6	30,6	30,6	30,5
1998	27,7	29,5	34,6	28,2	30,6	30,6	30,5
1999	29,1	30,7	35,8	28,8	31,9	31,7	31,6
2000	28,1	29,8	34,8	28,1	31,5	31,0	30,9
2001	28,6	30,0	35,6	27,7	31,6	31,2	31,1
2002	29,4	30,8	36,7	28,8	32,1	32,0	31,8
2003	29,5	31,4	36,2	29,5	32,8	32,4	32,3
2004	29,6	31,7	36,6	30,3	32,6	32,5	32,4
2005	30,0	31,8	36,7	29,6	32,7	32,6	32,4
2006	29,1	31,1	36,5	29,2	32,6	32,2	32,0

* Alte Bundesländer einschließlich Berlin

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Anlage 9

**Erwerbstätige in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen
im Ländervergleich**
**Tabelle: II.1.3: Anzahl der Erwerbstätigen in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen
nach ausgewählten regionalen Einheiten**

Jahr	BW	BY	HE	NI	NW	A+*	D
1995	1.415.857	1.631.691	917.167	947.054	2.242.115	9.194.125	10.899.575
1996	1.467.847	1.672.190	950.350	968.006	2.324.315	9.465.383	11.190.811
1997	1.499.894	1.713.139	973.748	981.524	2.405.230	9.678.963	11.410.802
1998	1.542.154	1.791.361	1.002.530	1.006.113	2.492.837	9.997.177	11.778.533
1999	1.602.254	1.852.926	1.043.871	1.043.763	2.624.612	10.412.425	12.264.010
2000	1.682.977	1.937.235	1.101.934	1.093.863	2.782.097	10.947.198	12.828.705
2001	1.730.841	1.986.617	1.137.318	1.118.788	2.856.853	11.235.143	13.151.899
2002	1.755.629	2.023.465	1.150.446	1.140.043	2.909.191	11.397.442	13.338.983
2003	1.774.473	2.042.488	1.145.698	1.157.624	2.939.435	11.487.700	13.437.438
2004	1.804.947	2.079.670	1.160.499	1.182.161	3.009.558	11.718.463	13.700.450
2005	1.824.541	2.113.069	1.169.641	1.196.195	3.050.186	11.881.846	13.891.132
2006	1.862.635	2.164.314	1.190.177	1.218.101	3.114.823	12.138.361	14.195.910

* Alte Bundesländer einschließlich Berlin

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Tabelle: II.1.4: Erwerbstätige in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen
Anteil an Erwerbstätigen insgesamt in %**

Jahr	BW	BY	HE	NI	NW	A+*	D
1995	28,1	27,1	31,6	28,2	28,5	29,1	29,0
1996	29,1	28,0	32,7	28,9	29,5	30,1	29,8
1997	29,6	28,6	33,5	29,3	30,3	30,7	30,5
1998	30,0	29,3	34,2	29,8	30,8	31,3	31,1
1999	30,7	29,9	35,1	30,4	31,8	32,1	31,9
2000	31,4	30,6	36,2	31,0	32,8	32,9	32,8
2001	31,9	31,0	37,0	31,6	33,6	33,5	33,5
2002	32,4	31,7	37,6	32,2	34,4	34,1	34,1
2003	33,0	32,3	37,9	32,8	35,1	34,7	34,7
2004	33,5	32,8	38,2	33,3	35,7	35,3	35,2
2005	33,8	33,2	38,6	33,9	36,2	35,8	35,8
2006	34,3	33,7	39,2	34,3	36,9	36,3	36,3

* Alte Bundesländer einschließlich Berlin

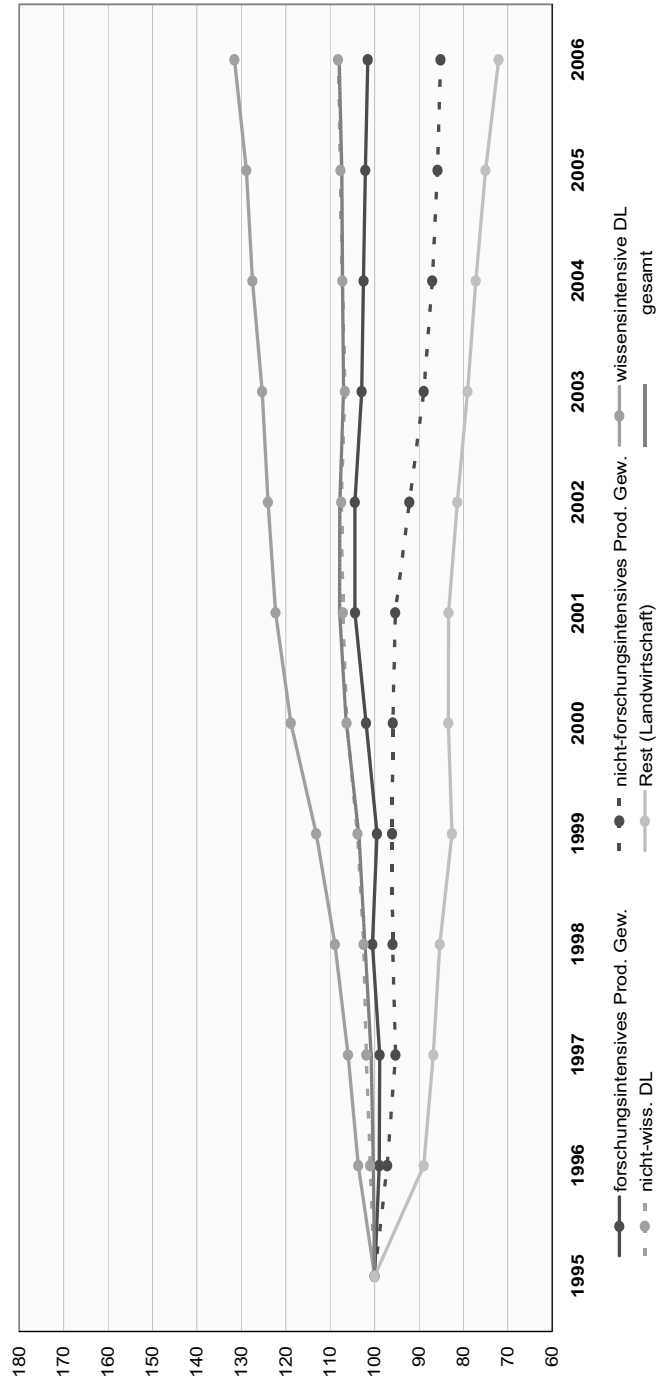
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Anlage 10

Schaubild: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsbereichen

Abb. II.1.2: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsbereichen (1995=100)



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder